

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis: Prämienantrag:
 Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Preisangaben für
 Deutschland und Österreich, Ungarn
 2 Mark, für die übrigen Länder
 3 Mark pro Monat. Postabonnements-
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das fertige
 Wort 20 Pf. (ausfällig fertige
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Schiffsstellenan-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen.

II.

Noch mehr als die Wohnungsmiete erheischt die Beschaffung der Lebensmittel den größten Anteil von den Einnahmen des Arbeiters. Will man die Ausgaben der Arbeiter für Nahrungsmittel in den einzelnen Ländern miteinander vergleichen, so sind hier die Verschiedenheiten in der Ernährungsweise von wesentlicher Bedeutung. Der amerikanische Arbeiter nährt sich anders als der deutsche, und dieser wieder anders als der französische. Es genügt daher nicht allein, daß man die Marktpreise der einzelnen Waren für verschiedene Staaten nebeneinander stellt, man muß auch die Zusammenfügung der Nahrung, die Speisekarte der Arbeiter jeder Nation berücksichtigen. Nach den absoluten Preisen für die wichtigsten Lebensmittel lebt man in Belgien und England verhältnismäßig am billigsten; erheblich höher sind die Preise in Frankreich und Deutschland, am höchsten in Nordamerika. Fleisch und Fleischwaren müssen am teuersten in Deutschland bezahlt werden; Hammel-, Schweinefleisch und Speck kosten in Deutschland mehr als in Amerika. In Amerika stehen Mehl, Brot, Milch und Zucker im Preise besonders hoch.

Stellt man Haushaltsrechnungen für eine ganze Familie in einer Woche auf, so ergab sich übereinstimmend für alle Länder, daß mit zunehmendem Einkommen zwar die absoluten Ausgaben für die Ernährung zunehmen, der Anteil der Ausgaben für Nahrung an den Gesamtausgaben aber fällt, d. h. der schlecht entlohnte Arbeiter muß einen erheblichen Teil seines Lohnes für Lebensmittelbeschaffung verwenden. Bei höherem Einkommen gibt er zwar absolut mehr für Nahrungsmittel aus, aber ihm bleibt auch noch ein wachsend größerer Rest für andere Bedürfnisse. Das gleiche gilt für die Ausgaben für Miete, Heizung, Beleuchtung, Essen und Wohnen muß der Arbeiter. Will er diese beiden notwendigsten Bedürfnisse auch nur einigermaßen, damit er nicht gerade untergeht, befriedigen, so bleibt wenig für die Kleidung, fast nichts für geistige Bedürfnisse übrig. In Deutschland z. B. gehen bei einem Einkommen bis 1200 M. allein 863 M. oder 80,8 Proz. der Einnahmen für Nahrung, Wohnung, Beleuchtung drauf. (Nach einer Berechnung des Kaiserl. Statist. Amtes.) Für Kleidung blieben nur 98,76 M. oder 9,2 Proz., für alle anderen Ausgaben nur 112,11 M. oder 10,4 Proz. Unter den notwendigen Ausgaben für Nahrung und Wohnung leiden infolge des geringen Lohnes die für Kleidung, gefellige, ästhetische Genüsse usw. Mit höherem Einkommen wird auch mehr für Ausgaben frei, die nicht bloß der notdürftigen Fristung der Existenz dienen. So sinken in Amerika die Kosten für Wohnung und Nahrung von 70,9 Proz. bei einem Lohn von 2 Pfund Sterling auf nur 38,3 Proz. bei einem Einkommen von über 8 Pfund Sterling.

Scheidet man die Ausgaben für die Ernährung nach den einzelnen Nahrungsmitteln, so ergeben sich wichtige Unterschiede für die einzelnen Staaten. In England wird von den Arbeitern mehr Brot und Fleisch konsumiert als in Deutschland. Dennoch müssen die deutschen Proletarier für die geringeren Mengen mehr Geld aufwenden, als die englischen. In Deutschland werden daher als Ersatz des teureren Fleisches erheblich (über 60 Proz.) mehr Kartoffeln verzehrt. Würde ein englischer Arbeiter nach Deutschland übersiedeln und dort seine frühere Lebensweise beibehalten, so würden seine Ausgaben für Nahrungsmittel um 18 Proz. steigen. Rindfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Speck, Weizenbrot, Butter, Zucker, Nohle — alles müßte er in Deutschland teurer bezahlen. Nur Milch, Käse, Kartoffeln erhielte er billiger. Würde der englische Arbeiter dagegen in Deutschland die Lebensweise der notgedrungen anspruchsloseren deutschen Proletarier annehmen, so lebte er auch noch ärmer, aber um einen geringeren Prozentsatz. Ein deutscher Arbeiter in England dagegen würde bei unbedingter Lebensweise um 8 Proz. billiger einkaufen können. Die Lebenshaltung ist also — infolge der weit höheren Preise gerade für die notwendigsten Lebensmittel — in Deutschland erheblich teurer als in England; der sich besser ernährende englische Arbeiter findet sein Leben in Deutschland um 18 Proz. verteuert, und selbst für den in der Ernährung anspruchsloseren deutschen Arbeiter ist das Leben in seinem Heimatlande noch um 8 Proz. teurer als in England.

Auch in Frankreich, ebenfalls einem Hochschutzzolllande, zeigt der Arbeiter einen geringeren Verbrauch, aber eine größere Gelddausgabe für Nahrungsmittel. Der belgische Arbeiter dagegen lebt in seinem Lande billiger als selbst in England. Der amerikanische Arbeiter wieder würde in allen anderen Ländern weniger für Ernährung ausgeben müssen, als in seiner Heimat. „Der in das Ausland gehende englische Arbeiter verteuerte seinen Haushalt in Bezug auf die Ausgaben für die notwendigsten Lebensmittel in jedem Lande: am meisten in Amerika (um 38 Proz.), demnächst in Deutschland und Frankreich (um je 18 Proz.), am wenigsten in Belgien (nur um 2 Proz.).“

Die Höhe des Einkommens und der Preise der einzelnen Waren drückt sich, wie schon erwähnt, in der Zusammenfügung

der Nahrung aus. Der Verbrauch verteilte sich (für England gleich 100 gesetzt):

	Deutschland	Frankreich	Belgien	Amerika
Brot, Mehl	89	89	131	60
Fleisch, Fisch	90	98	106	162
Eier	90	82	67	166
Milch	130	77	88	121
Käse	78	86	70	58
Butter, Fett	115	97	125	118
Kartoffeln	148	91	212	136
Zucker	41	96	25	98

In Belgien, England und Amerika nähren sich die Arbeiter wesentlich besser, als in Deutschland und Frankreich. Versucht man das Gesamtsatz zu ziehen, so ergibt sich: die Einnahmen eines Arbeiters sind auf dem Kontinent geringer, seine Ausgaben dagegen höher als in England (mit Ausnahme Belgiens). Die englischen Arbeiter können daher eine bessere Lebenshaltung führen, als ihre französischen, deutschen und belgischen Klassengenossen.

Am ungünstigsten stehen sich die deutschen Arbeiter. „Der deutsche Arbeiterhaushalt trägt die weitaus größte Belastung.“ In Nordamerika ist zwar das Einkommen erheblich höher als in Europa, aber auch die Ausgaben übersteigen die in den alten Kulturstaaten wesentlich.

Die Ursachen für diese Unterschiede sieht Tyska mit Recht in dem Charakter Deutschlands als eines feudal-kapitalistischen Klassenstaats. Die geschriebenen wie ungeschriebenen Privilegien der ländlichen und städtischen Grundbesitzer sichern ihnen eine Bodenrente, die die „Arbeitswerte“ der Proletarier fast völlig aufzehrt. „Die jede Verbesserung in der Lage der kapitallosen arbeitenden Massen, jede Lohn-erhöhung sogleich wieder verschlingen und zunichte machen.“ Das Hausbesitzerprivileg in den Stadtparlamenten, die Wohnungspolitik der Städte, die Unterlassung von Maßnahmen zur Befundung der Wohnungsverhältnisse fördern Ueber-pekulation, Ueberwertung des Grund und Bodens und führen die hohen Mietrenten herbei. Die ländliche Grundrente wird in die Höhe geschoben, weil einige wenige ostelbische Monopolbesitzer ein Industrievolk von mehr als 60 Millionen daran hindern, sich die notwendigen Lebensmittel preiswert zu erkaufen. „Ermöglicht wurde aber eine solche Monopol- und Klassenherrschaft in Deutschland durch die konsequente und systematische Ausschaltung der Arbeiterschaft, wie überhaupt aller nicht kapitalistischen Kreise von Gesetzgebung und Verwaltung. Hier liegen die Wurzeln, die Ursachen für die so erheblich ungünstigere Stellung des deutschen Arbeiters dem englischen und amerikanischen gegenüber.“

Außerordentlicher Kongreß der belgischen Arbeiterpartei.

Brüssel, 30. Juni. (Fig. Ver.)

Hünzshundert und achtundfünfzig Vertrauensmänner des belgischen Proletariats vereinigten sich heute im Festsaal des Brüsseler Volkshauses zu einer Beratung über die politische Situation, die wesentlich der Entscheidung galt, unter welchen Formen und Bedingungen und in welchem Zeitpunkt der Generalkongreß einzusetzen habe, wenn die Regierung sich der Volksforderung einer Verfassungsrevision zum Zwecke der Einführung des gleichen Stimmrechts widersetzt.

Von Anfang bis Ende, bis sich die Hände zur entscheidenden Abstimmung erhoben, stand die Debatte unter dem Hochdruck der Ereignisse der ersten Juniwoche. Die vorwärtsdrängende Leidenschaft der einen und die zu nächster Abwartung mahnende Besonnenheit der anderen führte schließlich nach heftigen Streit zur Synthese eines Beschlusses, der der Kampfstimmung Rechnung trägt, ohne dabei die Gebote wägender Verantwortung außer acht zu lassen. — Wer dem Kongreß beiwohnte, konnte übrigens gerade an diesen Beratungen sehen, was es mit der althergebrachten Legende auf sich hat, die die organisierten Proletarier als eine Herde hinstellt, die sich von ihren „Führern“ schieben und treiben läßt, wie es diesen beliebt. Hätten die Massen nicht ihren eigenen Willen, ihre eigenen Anschauungen, ihr eigenes Kampfleben, dessen Forderungen sie Geltung schaffen wollen im Parteikörper, dann hätte sich die Notwendigkeit einer solchen Beratung, wie sie heute gepflogen wurde, gar nicht ergeben — dann hätten eben die „Führer“, die „Diktatoren“ kurzerhand „besteuert“, was zu geschehen hat. Die „Gefährten“ zeigten sich als „Führer“, die „Führer“ wurden zu „Gefährten“... Die Vorwärtsdränger sind Arbeiter, die zum Warten, zur Durchforschung der Lage, zur nächstern Vorbereitung beschwören, sind die obersten Vertrauensmänner, die berühmten Verherger der Arbeiterschaft, die am grünen Tisch die Schlußpläne entwerfen, die das Proletariat ins Feld führen. Mit Euren Mahnen und Worten und Perumstudieren erlöset Ihr ja die Flamme der Begeisterung der Kämpfer, sagte der Wortführer der Ungeduldigen aus dem Kohlenland von Charleroi. Es gibt keinen charakteristischeren Wortwurf.

Die Kongreßverhandlungen begannen nach 10 Uhr. Die Kontrollposten, deren einige man zu passieren hatte, walteten strenge ihres Amtes. 50 Ordner besorgen den Saaldienst. Die Anmeldungen zum Wort dürfen nur schriftlich geschehen, und streng wird diesmal auch darauf geachtet, daß die Redner ausnahmslos von der Tribüne sprechen (was hier sonst nicht Regel ist).

Die Präsidententribüne ist diesmal besonders reich besetzt. Man sieht Vandervelde, Destrée, de Brouckere, Bertrand, Delporte, Denis, die Senatoren Leken, Coppieters, Lafontaine, Eibers, die Parteisekretäre und noch viele Deputierte und alte Vertrauensmänner der Partei. Ferner haben am Präsidententisch noch zwei Vertreter der spanischen Partei und Rubanowitsch als Delegierter der russischen Genossen Platz genommen.

Wauters bewillkommt namens des Parteivorstandes die Kongreßteilnehmer, die den riesigen Festsaal des „Maison du Peuple“ füllen. In seiner ersten Rede, sagt der Vorsitzende, gehört den Opfern, die in Lüttich, in Brügge und Verbiers von den Genossen einer gewissenlosen Regierung niedergemacht wurden. (Die Versammlung erhebt sich von den Sitzen.) Könnten alle, die in früheren Wahlrechtskämpfen gefallen sind, den heutigen Kongreß sehen, sie würden erkennen, daß ihre Opfer nicht umsonst waren. — Der Vorsitzende appelliert dann an die Teilnehmer, bei aller unvermeidlichen Leidenschaft die Debatten würdig und fortdauernd und des hohen Kampzwendes eingedenk zu führen. Der Kongreß muß der Öffentlichkeit das Schauspiel der Kraft und der unzerstörbaren Einigkeit der Partei bieten.

Der Ausschluß der hierikalischen Presse.

Der Antrag eines Bergarbeiters aus Charleroi auf Ausschließung der hierikalischen Pressevertreter führt zu einer langen Auseinandersetzung über die Abgrenzung bzw. Ausschließung der Öffentlichkeit. Wir haben bereits darauf verwiesen, daß diesmal das Publikum zu den Kongreßveranstaltungen keinen Zutritt haben würde. (Der Saal war übrigens mit den Delegierten voll besetzt.) Der Generalkrat hat indes der bürgerlichen Presse Einladungen geschickt und sie hat sich auch zahlreich eingefunden. — Der Antragsteller wurde von Destrée unterstützt, der Ausschluß der ganzen bürgerlichen Presse verlangte. Es handelte sich nicht darum, unsere Diskussion vor der Öffentlichkeit zu verbergen, aber es sind innere Fragen zu erledigen. Wir wollen unter uns selbst Klarheit schaffen und das erfordert eine unbehinderte Ansprache, die von den Segnern gegebenenfalls zu Repressalien gegen einzelne mißbraucht werden könnte.

De Brouckere meint, daß mit dem Ausschluß der Presse noch nicht die Geheimhaltung verbürgt ist und die Redner damit auch keine volle Sicherheit hätten. Ein Kongreß mit 1500 Delegierten hat keine geheimen Beratungen. Die Regierung wird bei Ausschluß der Presse nicht weniger auf dem Laufenden sein. — Außerdem aber sei der Kampf für das Wahlrecht eine öffentliche Bewegung — es handle sich nicht um ein „Komplot“, sondern um die Beratung der Kampfmittel für eine große, die zweite Öffentlichkeit interessierende Aktion. Auch der Sekretär des Generalkrats verfiel diesen Standpunkt. Auch möge, sagt er, die Öffentlichkeit erfahren, daß es nicht die Führer sind, die den Streit wollen. — Bei der Abstimmung ergaben sich indes 604 Stimmen für und 397 Stimmen gegen den Ausschluß.

Demblon glaubt, daß dieses Votum auf ein Mißverständnis zurückzuführen sei; viele Abstimmende glaubten, es handle sich nur um den Ausschluß der hierikalischen Presse. Er beantragt, sowohl die oppositionelle inländische wie die ausländische Presse zuzulassen. Es wäre lächerlich und ungeschickt, meint Demblon, am Tage nach den Kartellwahlen mit den Liberalen ihre Presse heute auszuschließen, — der Antrag vereint 449 Stimmen und ist — gegen 247 — angenommen. Die hierikalischen Journalisten sind unterdessen schon abgezogen. Die beiden langen Pressefische bleiben nicht weniger dicht besetzt. — Immerhin war der Zwischenfall ärgerlich. Denn die hierikalischen Journalisten können sich darauf berufen, daß sie eingeladen waren und dann nach Hause geschickt wurden.

Das Abstimmungsrecht der Delegierten.

Bei derselben Debatte wurde von Destrée auch das Abstimmungsrecht zur Diskussion gestellt. Destrée, der Deputierter des Wahlkreises Charleroi ist, hatte von der dortigen Föderation den Auftrag, zu verlangen, daß die Delegierten aller Gruppen Stimmrecht erhalten. — Zur Klarstellung sei folgendes gesagt: Der Generalkrat hatte beschlossen, daß auch die der Partei nicht angeschlossenen Gruppen, die indes das Prinzip des Klassenkampfes anerkennen, delegieren können. Sie erhielten kein Stimmrecht zugesprochen, können jedoch an der Debatte teilnehmen, um ihre Meinung zu verteidigen. — Die Delegierten dieser Gruppen erhielten grüne Karten, d. h. Karten von anderer Farbe als die abstimmungsberechtigten Delegierten. Dadurch war einerseits dem Mißbrauch vorgebeugt, andererseits wurde dadurch die Möglichkeit gegeben, daß auch eine — separate — Abstimmung mit den grünen Karten vorgenommen werden und sich auf diese Weise die Meinung dieser Gruppen auch im Stimmverhältnis zeigen kann. Nach längerer Debatte, in der De Brouckere warnt, durch die Verleihung des Stimmrechts an nicht ordnungsgemäß angeschlossene Organisationen einen Präzedenzfall zu schaffen, und sich auch Destrée befriedigt erklärt, bleibt es bei dem vom Vorstand vorgeschlagenen Modus.

Die insgesamt 1568 Delegierten vertreten 1248 Gruppen, 1800 Delegierte — für 994 der Partei angeschlossene Gruppen — sind stimmberechtigt. 288 Delegierte vertreten 250 nicht angeschlossene Gruppen.

Der Standpunkt des Vorstandes. — Die Rede Vanderveldes.

Der Kongreß kann nun endlich in die eigentliche Tagesordnung: Die Beratung der Kampfmittel für die Erreichung des gleichen politischen Rechtes bzw. für die Herbeiführung einer Verfassungsrevision, eingehen. Wir haben im telegraphischen Bericht bereits die beiden Tendenz in der

Generalstreikfrage charakterisiert. Die Auffassung des Parteivorstandes vertritt

Vanderbelde.

Er spricht zunächst die Hoffnung aus, daß eine gründliche, aufrichtig geführte Diskussion die Einigung, die bereits über die prinzipielle Grundlage des zu fassenden Beschlusses existiert, auch in bezug auf das tatsächliche Moment erzielt werden wird.

Tatsächlich, sagt Vanderbelde, haben sämtliche Tagesordnungen der großen Föderationen nicht nur des wallonischen Teils, sondern des ganzen Landes, die Tatsache registriert, daß nach dem Wahlausfall vom 2. Juni die Arbeiter der sozialistischen Gewerkschaften einmütig in dem Gedanken waren: die Eroberung des gleichen politischen Rechtes ist zwingender als je und wir sind entschlossen, koste es, was immer, wenn und sobald es sein muß, den Generalstreik zu machen.

In diesem Punkte hätte der Vorstand nur die einmütigen Beschlüsse zur Kenntnis zu nehmen, aber auch er hatte seine Verantwortung.

Ich habe, sagt Vanderbelde, diesen Bericht nur unter der formellen Bedingung übernommen, daß die Leitende, die ich hier zu entwickeln habe, einmütig von ihm geteilt sind. Sie spielen in folgenden Funktionen: Wir wollen den Generalstreik. Er soll in grandioser unwiderstehlicher Weise vorbereitet werden, er soll unbeschadet aller Provokationen und unter allen Umständen friedlich bleiben. Er darf keinesfalls im Juli dekretiert werden. Es ist ein großes Komitee zu bilden, das die Delegierten sämtlicher großer wirtschaftlicher und politischer Organisationen vereinigt. Dieses Komitee hat unverzüglich zu handeln und mit allen nötigen Maßnahmen den Streik vorzubereiten. Es wird ihn allsobald proklamieren, wenn es die Überzeugung haben wird, daß die Arbeiterschaft bereit und der Moment günstig ist. Diese Schlussfolgerungen in ihrer aus der politischen Situation hervorgehenden unwiderstehlichen Logik aufzuzeigen, sei des Redners Aufgabe auf diesem Kongress.

Nach einer Charakterisierung des Wahlergebnisses kommt Vanderbelde zu dem Schluss, daß die Niederlage der Opposition naturgemäß den Effekt gehabt hat, die Arbeiter zu überzeugen, daß sie vor allem auf ihre eigenen Kräfte, darunter den Generalstreik, zu rechnen haben, um mit den Ueberbleibseln des Jenseitswahlrechts aufzuräumen und aufzuheben, ein halber oder ein Drittel Bürger zu sein. — Ueber diesen Punkt, in der nächsten Zukunft mit Ausbeutung der äußersten Kraft eine Wahlreform mit dem gleichen politischen Recht und einem ehrlichen Proporz zu erkämpfen, herrsche in allen Teilen des Landes volle Einigkeit. Beim Zusammentritt der Kammer wird ein auf Verfassungsrevision abzielendes Projekt vorgelegt werden, für dessen rasche Durchführung die sozialistische Fraktion alle Energie und alle Mittel parlamentarischer Betätigung einsetzen wird. — Diese Aufgabe wird alle Kräfte der sozialistischen Mandatare in Anspruch nehmen und sie zwingen, alle anderen Beschäftigungen aufzugeben. — Die Arbeiter haben seit dem 2. Juni gezeigt, daß sie bereit sind, mit der höchsten Energie, und wenn es sein muß mit dem Generalstreik, die parlamentarische Aktion zu unterstützen und mit der Pluralshande ein Ende zu machen.

Alle unsere Organisationen, alle unsere Föderationen erklären sich dem in Prinzip für den Generalstreik.

Aber wann? Unter welchen Bedingungen?

Der Vorstand ist über einen der wichtigsten Punkte der einmütigen Meinung, daß wenn der Generalstreik ausbrechen sollte, er friedlich sein und bleiben muß. Er muß friedlich sein, weil wir dem Proletariat neue Opfer, neue Kaffaker zu ersparen entschlossen sind. Er muß friedlich sein, weil ein blutiges Abenteuer eine der schlimmsten Katastrophen wäre, das auf Jahre vielleicht den Aufschwung unserer Partei, unserer Organisationen aufhalten könnte.

Wenn der Generalstreik friedlich bleiben soll, muß er, um von Wirkung zu sein, methodisch organisiert und im geeigneten Moment deklariert werden. Damit sei auch gleich gesagt, daß wie uns mit allen Kräften gegen jede Resolution wenden, die darauf hinführt, daß der Generalstreik in der nächsten außerordentlichen Parlamentssession ausbrechen soll, falls die Regierung die Zulassung der Proposition auf Verfassungsrevision verweigert. Es kann nicht laut und klar genug gesagt werden, daß wir um keinen Preis einen Generalstreik mit figem Datum wollen, keinen, der von irgend einer Haltung der Regierung abhängig gemacht wird, keinen impulsiven, keinen gewalttätigen, keinen, der unvorbereitet ausbräche und ohne von den verantwortlichen Mandataren unserer politischen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen erklärt worden zu sein.

Man spricht von einem Generalstreik während der außerordentlichen Session. Vergißt man, daß diese Session von einem Tag zum anderen geschlossen werden kann und daß die streikenden Proletarier, wenn einmal das Parlament nach Hause geschickt ist, nur mehr die Regierung und ihre Schergen sich gegenüber hätten? Man bildet sich ein, daß die Infolge des Sieges jetzt aufgelaufene radikale Partei unter der Drohung oder unter der Pression eines Streiks von einigen Tagen in die Revision willigen und die sofortige Abschaffung des Wahlprivilegs unterschreiben wird, die ihr soeben den Sieg gesichert hat? Vergißt man die böse Erfahrung von 1902? Hat man nichts gelernt und alles vergessen? Gewahrt man nicht, daß wir uns einer Schlappe aussetzen, wenn man die Dinge mit Hast und Gewalt durchsetzen will?

Nach unserer Anschauung kann demnach der Generalstreik nicht improvisiert werden, nicht sofort und nicht auf ein festes Datum hin deklariert werden: er muß mit Ruhe und Kaltblütigkeit beschlossen werden, wenn alle anderen Mittel der Propaganda der Schlichtung und selbst der parlamentarischen Precision erschöpft sind und die Arbeiter im entscheidenden Moment alle Chancen auf ihrer Seite und die moralische Gewißheit haben, zu triumphieren.

Wer wird diesen Moment angeben? Wer wird im gegebenen Falle das Signal zum Streik, zum Verlassen der Arbeit geben?

Man hat von den Deputierten gesprochen, man hat an den Generalrat gedacht.

Wir sind der Ansicht, daß dies nicht genügt und daß es notwendig ist, auf der breitesten Basis ein Wahlrechts- und Generalstreikkomitee, in dem alle politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kräfte der Arbeiterpartei vertreten sind, zu schaffen.

Dieser große Beratungskörper hätte allein das Recht, den Streik zu beschließen. Zudem müßte dieses Komitee schon die Aufgabe übernehmen, den Streik vorzubereiten.

Wenn man von einem „vorbereitenden“ Generalstreik spricht, ist noch ein Moment aufzuklären, über das Mißverständnisse möglich sind.

Manche Genossen scheinen zu glauben, es gäbe nur zwei mögliche Alternativen: entweder den undisciplinierten, ohne jede Vorbereitung oder den folckermäßen organisierten Generalstreik, daß die Gewerkschaftsklassen auf Wochen in der Lage wären, eventuelle alle Streikenden genügend zu entschädigen. Diese falsche Alternative hat manchen dazu verführt zu sagen: wenn man so lange warten will mit dem Streik, bis die Gewerkschaften die große Mehrheit der Arbeiter vereinigen und 50 Millionen in der Kasse haben, dann kann es passieren, daß wir alle gestorben sind, ehe der

Generalstreik erklärt wird. Das wäre in der Tat richtig und die Vorbereitung in diesem Sinne auffassen, hieße allerdings den Generalstreik auf den Kammerrückbank vertragen.

Die letzten Streiks, insbesondere der heroische Streik der Bergarbeiter des Borinage, haben gezeigt, daß die Arbeiter auch bei beschränkten Mitteln, mit einem Kasernenbestand, der nur für wenige Tage Entschädigungen reicht, durch Wochen hindurch auskommen, wenn ihnen Geld- und Lebensmittel geliefert werden, die es ihnen ermöglichen, den Bedürftigsten zu helfen. Diese Arbeit vorzubereiten, wäre eine der Aufgaben des großen Streikkomitees, ebenso wie im ganzen Land eine systematische Propaganda zu entfalten und der Gewerkschaftskommission in ihrem Organisationswerk zur Seite zu stehen.

Als persönlichen Wunsch möchte Vanderbelde noch aussprechen, daß die belgische Arbeiterschaft, die schon so viele Opfer für die Eroberung ihrer elementaren Rechte gebracht, und so viele Kräfte daran gesetzt hat, nicht noch einmal zu diesem furchtbaren Entschluß eines Generalstreiks hingetrieben werde. Er appelliere, sagt Vanderbelde zum Schluss, nicht an die Energie und den Opfermut der Vertreter, deren man sicher sein kann, sondern an die Kaltblütigkeit, an die Disziplin, an die Beharrlichkeit. Mögen die Kämpfe von 1903 und 1902 nicht nur ein Beispiel, sondern auch eine Lehre sein.

Die Rede erweckte tiefen Eindruck durch den Geist der Verantwortung wie nicht minder durch die verkaltete Leidenschaft, die sie atmete.

Mit der Rede Vanderbeldes war die Vormittagsitzung zu Ende.

In Erwartung des Parteitages von Reggio Emilia.

Aus Rom wird und geschrieben:

Der Anfang Juli in Reggio Emilia zusammentretende italienische Parteitag ist bekanntlich verfrüht einberufen worden, weil die Haltung der sozialistischen Fraktion gegenüber dem türkisch-italienischen Kriege zu einer Spaltung in der Fraktion selbst geführt hatte. Es handelte sich dabei nicht darum, daß etwa ein Teil der Fraktion sich offen zugunsten des Krieges ausgesprochen hätte — die Fraktion stimmte geschlossen gegen das Annektionsdekret — sondern lediglich um die Beteiligung an der Demonstration zur Ehrung der im Kriege Gefallenen. Diese hat die Gelegenheitsursache für das Auseinanderklaffen der großen reformistischen Mehrheit der Parlamentarierfraktion, deren rechter Flügel mit immer größerer Orientierung jede Parteidisziplin hintersetzte. Die ganze Sache endete dann damit, daß die Rechtsreformisten D'Isolati, Bonomi und Cabini aus der Parlamentsfraktion austraten, die sich dann auf der Grundlage der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit neu konstituierte.

Wie am Vorabend des Parteitages von Modena der Fall D'Isolati, der den Anlaß zu jenem außerordentlichen Parteitag gab, schon fast vergessen war, so ist auch diesmal die Auseinandersetzung mit den Rechtsreformisten schon ziemlich in den Hintergrund geschoben worden. Man weiß genau, daß die von D'Isolati geführte Richtung in Reggio nur eine kleine Minderheit bilden wird. Soll man sie weiter in der Partei dulden? Soll man sie dulden, obwohl sie seit jener kleinen Krise in der Fraktion keine Gelegenheit verläßt, um sich in schroffen Kontrast zum Empfinden der Parteimehrheit zu setzen? Man denke daran, daß drei reformistische Abgeordnete es für nötig befunden haben, seinerzeit dem König persönlich ihre Genugtuung über das mißgünstige Attentat auszusprechen!

Die Frage löst eine sensationelle und eine taktische, gleichsam organisatorische, Lösung zu. Wer sie als Gefühlsfrage lösen will, wozu die Mehrheit der Partei Lust zu haben scheint, der sagt sich entweder, wie Turati, daß die Rechtsreformisten doch ihre Verdienste um die Arbeiterbewegung haben und es eine läßliche und antipathische Sache ist, sie auszuschließen, oder aber, er stellt sich auf den Standpunkt, daß die tränkende Richtsichtigung des Parteiempfindens ihre Strafe verdient, und fordert so nicht ohne Jörn und Eifer, die Ausschließung der Dissoluten, wie das die Mehrheit der Linkreformisten und ein Teil der Revolutionäre tun. Immer handelt es sich hier um ein Gericht über einzelne Akte einzelner Personen, wobei die einen freisprechen, die anderen verurteilen möchten. Man kann aber die Frage auch ganz unparteilich lösen, indem man ihre taktischen und organisatorischen Voraussetzungen herausfährt und diese zum Gegenstand der Diskussion macht. Dann handelt es sich nicht mehr darum, ob es ein Kapitalverbrechen ist, bei der Ehrung gefallener Soldaten von den Seiten aufzustehen oder einem Könige, der im übrigen ein rechtsschaffener Mensch ist, zum harmlosen Ausdruck eines Allenfalls zu gratulieren. Die Frage wird dann auf eine viel einfachere und allgemeinere Formel gebracht, nämlich auf die der Verbindlichkeit der Parteidisziplin für alle Parteigenossen und die der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. In diesem Sinne wird die Frage von der Mehrheit der revolutionären Fraktion gestellt. Sie wird somit zu einer Frage des Organisationsstatus. Denn sobald dieses feststeht, daß die Fraktion in der Kammer einheitlich vorzugehen hat und die Minderheit sich fügen muß, sobald weiter festgesetzt wird, daß große Verfehlungen gegen die Disziplin zum Ausschluß aus der Partei führen, so werden die Rechtsreformisten automatisch ausgeschlossen.

Die Dringlichkeit des bevorstehenden Kongresses wurde also seinerzeit durch einen Zwischenfall bedingt, dessen Wiederholung einzig und allein durch eine Veränderung des Organisationsstatus vorzubringen ist. Der Parteivorstand sah sich der Krise in der Parlamentsfraktion gegenüber jeden Einflusses beraubt und beschloß, dieser Lage durch einen Kongress ein Ende zu machen. Unter diesen Umständen ist es ganz besonders merkwürdig, daß der Parteivorstand, der einer Kommission den Auftrag zur Ausarbeitung eines neuen Organisationsstatutes gegeben hat, es bis zur Stunde nicht für nötig fand, den Entwurf den Parteisektionen zur Diskussion zu unterbreiten. In Sachen des Organisationsstatutes sind übrigens die Auffassungen ziemlich geklärt: die volle Autonomie der Parlamentsfraktion und das Recht jedes einzelnen Abgeordneten, nach seinem eigenen Dafürhalten zu stimmen, wird nur von den Rechtsreformisten bestritten. Die Linkreformisten fordern eine Beschränkung, die Revolutionäre die Aufhebung der heutigen Autonomie der Fraktion.

Trotz ihrer großen praktischen Bedeutung wird aber diese Frage nicht im Vordergrund der Diskussion stehen. Wie auf allen früheren Parteitagungen wird die Hauptdebatte auf eine Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Strömungen in der Partei hinauslaufen, und diese Auseinandersetzung wird wahrscheinlich, der Tagesordnung des Kongresses zum Trost, alle die Partei bewegenden Fragen — Ministerialismus, Wahlaktivismus, Ausschluß der Rechtsreformisten, Organisation — in eine einzige Diskussion einbeziehen.

Was den Ausgang dieser Diskussion betrifft, so kann über ihn nicht der mindeste Zweifel bestehen. Die übergroße Mehrheit der Partei ist heute antiministeriell und verweist die Wahlbündnisse; froglisch kann höchstens die Entscheidung über die Ausstufung

der Rechtsreformisten und über die Autonomie der Fraktion sein. Wenn trotzdem die Partei mit so großem Eifer und so großer Erregung sich zum Parteitag rüstet, so liegt der Grund darin, daß zwei annähernd gleich starke Richtungen, die der Linkreformisten und die der Revolutionären, um die Herrschaft in der Partei ringen.

Beide sind antiministeriell, beide Gegner der Wahlbündnisse; was sie voneinander scheidet, das ist die verschiedene Begründung ihrer Taktik und die verschiedene Bedeutung, die dieselben Begriffe nun einmal annehmen, wenn sie von verschiedenen Personen mit ganz und gar abweichender Vergangenheit und abweichendem Temperament gebraucht werden.

Die Linkreformisten nehmen heute in allen tatsächlichen Dingen den Standpunkt der Revolutionäre ein, ohne dennoch aufhören zu wollen, Reformisten zu sein. Sie sagen, daß die heutige politische Lage die Klassenengegenseitigkeit geschärft habe, und daß außerdem durch den Krieg jede Möglichkeit einer fruchtbareren Reformtaktik von selbst wegfällt. Der Krieg verschlingt alle Mittel, auf die man sonst zugunsten proletarischer Reformen, namentlich zugunsten der Arbeiterversicherung, beschlag nehmen könnte.

Die Situation am Vorabend des Parteitages ist also die, daß zwei annähernd gleich starke Fraktionen mit zwei sich in allen praktischen Forderungen deckenden Tagesordnungen sich die Vorherrschaft in der Partei streitig machen. Die große Gefahr, die eine solche Lage für die Klarheit und Aufrichtigkeit einschließt, leuchtet ohne weiteres ein. Wir können uns auf einen Parteitag gefaßt machen, bei dem beständig hinter den Kulissen gezählt und gerechnet wird. Es scheint nicht, daß die Linkreformisten allein die Mehrheit behaupten können. Es dürften daher vier Lösungen möglich sein. Die Linkreformisten können sich in zwölf Stunden mit den ihnen theoretisch verwandten und taktisch verfeindeten Rechtsreformisten verbünden und somit eine Mehrheit bilden, die sich ganz genau mit der heutigen deckt und alles ungefähr so lassen wird, wie es vor dem Parteitage war. Weiter können die Linkreformisten Zugang zum revolutionären Flügel erhalten. Als dritte Lösung bliebe die eines Uebereinkommens zwischen Linkreformisten und Revolutionären, deren Grund die Gemeinsamkeit der Taktik abgeben würde. Zu dieser Lösung würden sich die Linkreformisten wohl nur verstehen, wenn sie durch keine andere den Sieg der Revolutionäre verhindern könnten. Als letzte Möglichkeit bleibt die eines Sieges der revolutionären Fraktion; man müßte sie auf Grund der bis jetzt erfolgten vorbereitenden Kongresse als die allerwahrscheinlichste bezeichnen, wenn man der Geschlossenheit der revolutionären Fraktion ganz sicher sein könnte.

Eine nicht zu unterschätzende Schwierigkeit, die die Siegeschancen der Revolutionäre herabsetzt, wird diesmal durch die eigenartige Stellung des „Avanti“ gegenüber der Partei dargestellt. Der „Avanti“ ist das Zentralorgan der italienischen Partei, ist aber trotzdem nicht ihr Eigentum. Finanzielle Rücksichten haben den Parteivorstand veranlaßt, das Blatt einer Aktiengesellschaft zu übergeben, in der der jeweilige Parteivorstand immer über mehr als die Hälfte der Aktien verfügt. Der Chefredakteur des Blattes wird vom Parteitag gewählt, und der Parteivorstand ist zu einem jährlichen Zuschuß von 20000 Lire verpflichtet. Ueber die finanziellen Verhältnisse des Blattes ist die Partei nur gerücheweise informiert.

Sollten diese Verhältnisse schlecht sein, so würde offenbar die Uebernahme durch die revolutionäre Fraktion unter diesen Umständen der Uebernahme von Verantwortlichkeiten gleichkommen, die von Rechts wegen nicht dieser Fraktion, sondern jenen zukommen, die die heutige Situation des Parteiorgans herbeigeführt haben. Man muß sich fragen, ob denn unter diesen Umständen die Uebernahme des Zentralorgans durch die revolutionäre Fraktion richtig und zweckmäßig wäre.

Sehen wir andererseits voraus, daß die finanzielle Lage des Blattes zufriedenstellend sei, so bliebe zu untersuchen, ob man es dem rein reformistischen Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft zutrauen kann, daß er für die finanzielle Wüste des Blattes weiter in derselben Weise Sorge trägt, auch wenn der „Avanti“ durch Uebergang in die Hände der Revolutionäre ganz und gar nicht mehr den Anforderungen der Reformisten entspricht. Es braucht sich hierbei durchaus nicht um eine besuchte Vereinträchtigung des Blattes zu handeln. Es genügt vollkommen, daß sich die Administratoren der Ueberzeugung hingeben, das Zentralorgan müsse unter revolutionärer Leitung an finanzieller Leistungsfähigkeit verlieren, um einen Rückgang herbeizuführen. Man braucht kein großer Psychologe zu sein und auch keine machiavellistischen Nebenabsichten bei den Reformisten vorauszusetzen, um einzusehen, daß es menschlich ist, mit geringerer Liebe für ein Unternehmen zu arbeiten, dessen Richtung man mißbilligt.

Diese in keiner anderen Partei wiederkehrende Situation macht es möglich, daß auch im Falle eines Sieges die revolutionäre Fraktion das Zentralorgan in Händen der Linkreformisten läßt, sei es auf Grund eines Kompromisses, sei es unter Ablehnung jeder Verantwortlichkeit.

Und scheint es, als ob die internationale Partei über den Ausgang des Parteitages beruhigt sein könnte. Die Aktion der Linkreformisten in Italien gefragter. Die Rechtsreformisten werden zwar nicht anstehen, es als einen Beweis der furchtbaren Unklugheit und der Unbanbarkeit zu bezeichnen, daß die italienische Partei sich gerade heute vom Reformismus losgibt, nachdem dieser nach Ansicht seiner Vorfechter dem Volke die Wahlreform verschafft hat. Wer aber die italienischen Verhältnisse verfolgt hat, weiß, daß Giolitti die Wahlreform wollte. Keineswegs haben die Sozialisten ihm diesen Willen suggeriert. Noch weniger war ihre Mitwirkung zur Annahme des Entwurfs, die fast einstimmig erfolgte, nötig. Gewiß wäre es absurd gewesen, wenn die Sozialisten gegen eine Wahlreform gestimmt hätten, die rund 5 Millionen Proletarier mit dem Wahlrecht ausstattet. Aber darum zu sagen, daß die Wahlreform die Frucht der reformistischen Taktik sei, das erinnert doch etwas an die Fabel von der Fliege, die sich einredet, durch ihr Fortfliegen den Laßwagen des Welterkommen zu erleichtern. Die Bourgeoisie aller Länder gewährt Reformen, wobei sie teils augenblicklichen Situationen Rechnung trägt, teils auch eine weitschauende Politik treiben kann. Es mag bequemer sein, diese Reformen als Früchte der reformistischen Taktik hinzustellen, aber unter Verhältnissen wie den heutigen in Italien besteht zwischen Reformismus und Wahlreform lediglich ein verbaler Zusammenhang: der Gleichklang des Wortes.

Deshalb kann die italienische Partei, ohne sich des Unbanks schuldig zu machen, mit dem Reformismus heute ebensogut brechen, wie sie es nach einer Niederlage der Wahlreform gekonnt hätte.

Der Krieg.

Zur Lage in Albanien.

Salonik, 2. Juli. Die von Konstantinopel und von den Verbänden hier eingetroffenen Truppen werden nach dem Süden des Wilajets Skutari und gegen Edbassan geschickt, da sich unter den Wilden Anzeichen von Erregung zeigen. Nach amtlichen Mitteilungen trifft es nicht zu, daß diese Truppen aus gegen die Weuteren in Monastir Verwendung finden sollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Juli 1912.

Ein Führer?

In Mülheim am Rhein hat am Sonnabend der bekannte rheinische Zentrumsführer Oberlandesgerichtsrat Marx eine Rede gehalten, die insofern besonderes Interesse beanspruchen kann, als der Redner bestätigte, daß zwischen dem Zentrum und den Konservativen zurzeit eine gewisse Spannung besteht und deshalb die Zentrumsleitung nicht abgeneigt ist, mit den Nationalliberalen eine Verständigung zu suchen. Nachdem Herr Marx seine Rede nach altem Rezept mit allerlei einseitigen Auswärtigkeiten der Sozialdemokratie eingeleitet hatte, leistete er sich nach dem Bericht der „Köln. Ztg.“ folgende Ausführungen:

Mit auffällender Schärfe stellt der Redner dann fest, daß sich das Verhältnis zu den Konservativen verschlechtert habe. Es seien Fragen der gemeinsamen Weltanschauung, die beide Parteien feinerzeit zusammengeführt hätten. So habe sich jetzt aber immer mehr der gewaltige Einfluß gezeigt, den die Frage in konfessionellen Fragen bei den Konservativen hervorgerufen habe. Die Konservativen hätten es anscheinend direkt darauf abgesehen, das Zentrum zu verlegen. Bei der Debatte über die Zulassung der Ehen zwischen Weihen und Schwarzgen hätten sich die Sozialdemokraten christlicher gezeigt als die Konservativen; durch das Verhalten der Konservativen in der Anstaltungspolitik seien konservative Grundsätze gefährdet. Die Nationalliberalen, mit denen in früheren Jahren segensreich zusammengearbeitet wurde, hätten bei den letzten Wahlen eine „Vollkommenheit“ gezeigt, durch die das Gesichtslos gegenüber den Sozialdemokraten vermindert sei. Und dabei habe doch gerade das Zentrum in Duisburg den Nationalliberalen herausgehauen. Das Zentrum sei jederzeit bereit, wieder mit den Nationalliberalen zum Wohle des Staates und der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß erstens die Zentrumsparität bei wichtigen Beschlüssen nicht ausgeschaltet werde, wie es zur Zeit der Blockbildung geschehen sei, und daß zweitens ihre Weltanschauung und ihre religiösen Gefühle unberührt bleiben und die Nationalliberalen „unmoderne“ Bestrebungen, wie sie früher in diesen Dingen dort vorgekommen seien, ausschließen.

Das Schönste aber ist, die im ganzen zu den Vätermännern haltende „Köln. Ztg.“ weist dieses eigenartige Besserwerden des Herrn Oberlandesgerichtsrats Marx keineswegs zurück, sondern findet es ganz nett und rührend. Wörtlich meint sie:

„Die vorstehenden Ausführungen bestätigen, was man allerdings schon seit einiger Zeit weiß, daß der Draht zwischen dem Zentrum und den Konservativen endgültig gerissen ist. Und sie bestätigen ferner, daß auch die alte Verbindung mit der roten Partei sich bei der heutigen Konstitution des Zentrums nicht wiederherstellen läßt. Es bleiben also, wenn das Zentrum praktisch mitarbeiten will, nur die Nationalliberalen übrig. Aus diesem Grunde sind die Verbindungen, die Herr Marx für ein Zusammengehen mit der nationalen Mittelpartei formuliert, von hohem Interesse. Die Nationalliberalen ihrerseits haben natürlich keinen Anlaß, die Mitarbeit des Zentrums da abzulehnen, wo nationale und liberale Ziele dadurch gefördert werden. Das ist aber auch die Grundbedingung, die sie ihrerseits stellen müssen. Und wir glauben, es genügt, diese Grundbedingung zu nennen, um zu zeigen, daß der Spielraum für ein Zusammengehen nicht gerade allzu groß sein wird.“

Die Antwort zeigt, wie sich die politische Situation seit den Reichstagswahlen im Januar geklärt hat. Mag heute auch noch der „Spielraum für ein Zusammengehen“ nicht gerade groß sein, so werden sich doch voraussichtlich die Merkmalen, Konservativen und Nationalliberalen bald wieder zum schönen politischen Interessensbund zusammen finden. Verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Lande — besonders aber leicht in der Gasse.

Liebet euch untereinander!

Das Schweißgebot des Papstes hat zwar die kirchliche Presse dazu veranlaßt, vorläufig ihre vom Geist christlicher Liebe getragenen Erörterungen über die Frage der christlichen Gewerkschaftsorganisation einzustellen; aber die katholisch-kirchliche Gesinnung hat allzu tief das innerste Wesen der kirchlichen Blätter erfasst, als daß sie ganz ohne gegenseitige Verteidigung und Verdächtigung zu existieren vermöchten. Wütender als jemals drängen die Blätter und Wütenden der Vaganten und der Oppersdorffschen Richtung aufeinander los und sagen sich die schönsten Schmählichkeiten in ihre Duldergesichter. Nachdem jüngst erst Herr Geheimrat Dr. Porck den Grafen v. Oppersdorff als Krakeiler behandelt hat, kommt nun Graf v. Oppersdorff und charakterisiert voller christlicher Liebe den Vorsitzenden des Zentrums als einen an Größenwahn krankenden eifernen Gernegroß. Nachdem der Herr Graf in seiner Wochenschrift „Wahrheit und Klarheit“ dem Geheimrat Porck vorgeworfen hat, daß ihn erst „vor noch gar nicht langer Zeit ein früher hochangesehenes katholisches Blatt vom Heiligen Stuhl öffentlich wegen ehrabschneiderischen Treibens gegen einen hohen kirchlichen Würdenträger“ in die Schranken weisen mußte, entwirft er von dem Oberleiter der Zentrumsparität folgendes schöne Charakterbild:

„Wir sind im katholischen Lager näher zu Sitten geblieben, die man im deutschen Parteileben zum zweiten Male vergeblich sucht. Wir haben einen Personenkultus großgezogen, und die Großgezogenen treiben mit sich selber einen Kultus, daß im Interesse sachlicher Arbeit endlich dagegen Einspruch erhoben werden muß. Seit über einem Jahre hören wir jetzt, so oft Herr Porck vor die Öffentlichkeit tritt, ein Stöhnen und Jammern über die Schwere des Loses, das heutzutage einem Parteiführer beschieden sei. Als ob wir an der Spitze keine Männer mehr hätten! Wir hören ein ewiges Neben von Amtsnäbigkeit, hören, daß man lieber heute als morgen die so schrecklich schwere Führerschaft abgeben möchte, und daß nur das Bewußtsein der Unersetzlichkeit einem auf so angebotenen Posten noch halte. Diese Tonart ist ein Nothum und nicht einmal ein schönes. Die anderen Parteien, die ja schließlich auch ihre Führer und, wie wir, auch ihre Gegenläufer und „Richtungen“ haben, kennen diesen neuesten Typus der sentimentalischen Gewalttätigkeiten jedenfalls nicht. Die Herren Heydebrand und Jodly, Bollermann und Wedel pflegen ihren innerparteilichen Kummer jedenfalls nicht auf offener Markte bloßzustellen oder bei jeder Gelegenheit an das Mitgefühl ihrer engeren Parteigenossenschaft zu appellieren. Und doch hatten sie, wenn wie schon von der Sozialdemokratie absehen, alle mindestens ebenso viel Grund, Vielesicht noch mehr. Denn bei keiner Partei herrschen so wie im gegenwärtigen Zentrum die „Maschinenpolitiker“;

funktioniert so prompt, was man in Amerika die „Dampfwalze“ nennt. Was gar Herrn Porck anbelangt, so möchte ich im ganzen Deutschen Reich keinen Parlamentarier oder Parteiführer, der so viel Weisheit und Lob spendend beläme; der von hundert Zeitungen Tag für Tag so unermüdlich seine Eminenz bescheinigt erhalte. Und da Herr Porck noch nie ein ihm spendendes Lob, mag es auch noch so unbedeutend sein, mag es auch noch so trüber Quelle kommen, abgelehnt hat, so wäre es vielleicht nicht aus dem Rahmen der Konsequenz fallend, wenn er die ihm so oft, von Verufenen und Unverufenen, attestierte Größe auch in der Hinnahme von Lob und namentlich von berechtigtem Lob (Tadel) dokumentiert hätte. Ueberall in der Welt, ausgenommen allein vielleicht die orientalischen Nachbarnstaaten, unterliegen heute die Führer dem öffentlichen Urteil. Und nicht nur dem Urteil der Gegner. Nur bei uns ist es anders, anders geworden. Da wird jeder, der sich eine, und sei es auch noch so höfliche, kritische Bemerkung gestattet, gefemt und geschäftet und aus hundert Blättern, Wäutchen, Korrespondenzen, unter dem wohlmeinenden Schweigen der Eidgenossen, mit mehr oder weniger massiven Beleidigungen traktiert.“

Das Konterfei ist sicherlich im ganzen gut getroffen; aber um so weniger wird von solcher Leistung auf dem Gebiete der Porträtkunst Herr Porck in seinem wunderbaren Herzen gerührt sein.

Gleichzeitig mit der Oppersdorffschen Wochenschrift schießt auch die „Köln. Korrespondenz“ los. Unter der Ueberschrift „Die Infamie“ schreibt sie:

„Unter den Organen der Kölner Richtung steht neben der „Reisser Zeitung“ das Inseratenblatt „Essener Volkszeitung“ auf niedrigster Stufe. Aus dem Musterlande Baden, wo das Zentrum einen päpstlichen Erlass öffentlich „bebauerte“, bringt das Blatt am 25. Juni 1912 eine längere Zuschrift, worin die deutschen Bischöfe aufgefordert werden, Herrn Dr. Kaufmann aus ihren Diözesen zu vertreiben. Wir halten zum Zentrum, aber wir stehen nicht an zu erklären, daß keine andere Partei eine solche Infamie jemals erlebt hat! Ist denn der Mensch, der das geschrieben hat und ist das Blatt, das sich zur Verbreitung seiner Infamie hergibt, wirklich nicht im Stande einen sachlichen Kampf zu führen? Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen die von uns vertretene Behauptung, daß das Zentrum „im Einklang mit den katholischen Grundfragen“ bleiben muß, und da sie sich anders nicht helfen können, koramieren sie den deutschen Episkopat, den hohen Vertreter der katholischen Weltanschauung, und verlangen von ihm die Verurteilung eines Gegners, der den katholischen Standpunkt vertritt! Sie sind immerfort daran, die wichtigsten Weltanschauungsorganisationen der deutschen Katholiken zu entkirchlichen und die kirchliche Autorität daraus zu vertreiben, tritt ihnen aber ein Geistlicher entgegen, so verlangen sie von denselben kirchlichen Autoritäten die Vertreibung dieses Geistlichen aus seinem Vaterlande!“

Man sieht die reine kirchliche Ethik zettelt ganz niedliche Blüten!

Deutschlands Kultur Ausgaben.

Der freisinnige Landtagsabgeordnete Schupp hat in der „Voss. Ztg.“ eine Berechnung darüber ausgemacht, was Deutschland jährlich an „Kulturausgaben“ ausmacht.

Die Ausgaben des Deutschen Reiches für Kulturzwecke im engeren Sinne — nämlich für Bildungszwecke — sind außerordentlich gering. Sie belaufen sich insgesamt auf noch nicht 20 Millionen Mark, wobei aber nicht nur die Ausgaben für die Kunst und für Schulen, sondern auch die für die Wissenschaft und die Kirche mitgerechnet werden, also die etwa 10 Millionen von Ausgaben, die eher gegen als für Kulturzwecke beausgabt werden.

Dann rechnet Herr Schupp zusammen, was an Bildungsausgaben in sämtlichen deutschen Bundesstaaten zusammen im Jahre 1908 verausgabt wurde. Das waren zusammen 410 1/2 Millionen Mark. Auch darunter aber befand sich ein ganz erheblicher Prozentsatz von Ausgaben für die Kirche; Ausgaben, die allein für Preußen die Höhe von mehreren Dutzend Millionen erreicht haben.

Die Ausgaben der Kommunen endlich für das Bildungswesen variieren nach Herrn Schupp außerordentlich. Sie schwanken zwischen 2 1/2 M. pro Kopf der Bevölkerung und 35 M. Demgegenüber stellt Herr Schupp die Ausgaben für das Heer, die außerordentliche und ordentliche Ausgaben zusammengerechnet, 1907 10,3 M. betragen hätten.

Nach der Aufstellung, die der neueste halbamtliche „Kaukas“ veröffentlicht, betragen die Ausgaben für Heer und Marine pro Kopf 21,17 Mark. Wollte man dazu auch die Kosten für die Kolonien, den Militärinvalidenfonds, den Pensionsfonds und die für militärische Zwecke gemachten Schulden hinzuzählen, so läme man auf mindestens 25 Mark pro Kopf. Und vergleicht man die Summen, die insgesamt von Staat und Kommune für alle wirklichen Bildungszwecke, für Volksschulen, höhere Schulen, Universitäten, sowie für Kunst und Wissenschaft ausgegeben werden, mit den Ausgaben für den Militarismus, so ergibt sich, daß unser Militarismus mindestens das Dreifache alles dessen verschlingt, was im ganzen Deutschen Reich für Bildungszwecke aller Art ausgegeben wird! So stellen wir bereits im Januar d. J. fest, daß die gesamten (auch kommunalen usw.) Aufwendungen für die Volksschule, einschließlich der Baukosten, in Preußen sich 1905 auf 325 Millionen, also pro Schüler auf 33 M. beliefen; während an Rüstungsausgaben von insgesamt 960 Millionen (durch die neuen Flotten- und Heeresvorlagen ist inzwischen die Ausgabe für den Militarismus noch wesentlich gewachsen) auf den Kopf der 420 000 preußischen Soldaten eine jährliche Ausgabe von 2300 M. entfiel.

Diese sehr interessanten Gegenüberstellungen vorzunehmen, hat leider der freisinnige Landtagsabgeordnete Schupp unterlassen. Wie er denn überhaupt seine Darlegungen keineswegs in jene erhebliche Kritik unserer traurigen Bildungszustände ausklingen läßt, die man bei ihm wegen seiner Doppelseigenschaft als Lehrer und Freisinnsmann hätte erwarten sollen!

Der Kampf der Mittelstandsvereinigung gegen die Konsumvereinsbewegung

Kommt in einer Petition an den preussischen Landtag zum Ausdruck, worin das Verbot des Handels der Beamten sowie der Beschäftigung in Konsumvereinen und die Unterlassung jeder behördlichen Unterstützung der Beamtenkonsumvereine und der Beamtenbauernvereine gefordert wird. Die Kommission für Handel und Gewerbe hat über diese Petition einen ausführlichen schriftlichen Bericht erstattet. Die gleiche Petition ist von der Kommission bereits im vorigen Jahre beraten, aber infolge Schlußes der Session vom Plenum nicht mehr erledigt worden.

Es handelt sich im ganzen um sechs Wünsche der Mittelständler. Zunächst verlangen sie ein gesetzliches Verbot für Beamte aller Kategorien und deren Familienangehörige, den gemeinschaftlichen Einkauf von Waren im großen und Abkauf im Kleinen zu betreiben. Ueber diesen Wunsch ist die Kommission zur Tagesordnung übergegangen, weil ein gesetzliches Verbot nicht zu recht-

fertigen sei; da den Beamten nicht übersehen werden gemeinschaftliche Einkäufe zu machen.

Der zweite Wunsch betrifft ein gesetzliches Verbot der irgendetwelchen Nebenbeschäftigung während des Dienstes, sowie die kostenlose Benutzung staatlicher Räumlichkeiten für außerberufliche Zwecke. Soweit die gesetzliche Regelung fordernd, hat die Kommission Uebertragungsordnung, im übrigen aber Ueberweisung zur Berücksichtigung beschlossen.

Drittens wird ein gesetzliches Verbot der Betätigung von Beamten in Konsumvereinen gegen irgendetwelche Ermäßigung verlangt. In der Debatte hierüber machten die Vertreter des Handelsministers, des Ministers des Innern, des Finanzministers und des Ministers der öffentlichen Arbeiten Mitteilung von einer Reihe von Erläuterungen, die sich auf die Verteilung von Beamten an der Verwaltung von sogenannten Konsumvereinen und dergleichen beziehen. Der wesentliche Inhalt dieser Erlasse ist der, daß für die Konsumvereine durch den Einfluß der Beamtenverwaltungen dahin Vorkehrungen getroffen werden sollen, daß nur Waren zum Verkauf freigegeben werden, die für den Haushalt und die Bedürfnisse des Arbeiters und der gering besoldeten Beamten von Wert sind. Eine materielle behördliche Unterstützung der Vereine soll unterbleiben. Die zuständigen Verwaltungsbehörden haben ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß jede Geschäftsverbindung der Konsumvereine mit der unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Großverkaufsgesellschaft in Hamburg oder ähnlichen betriebligen Vereinigungen unterbleibt.“ So heißt es wortwörtlich in einem Erlasse des Handelsministers vom 7. November 1911. In der gleichen Richtung bewegen sich Erlasse der übrigen beteiligten Minister. Ein Teil der Kommissionsmitglieder wollten noch darüber hinausgehen, sie klagten darüber, daß die Beamten so hilflos seien, in Konsumvereinen zu kaufen, und wünschten, daß auf die Beamten in dieser Beziehung eine gewisse Einwirkung ausgeübt werde. Die Vertreter der Regierung erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, eine bestimmte Zusage zu geben, inwieweit eine Einwirkung auf die Beamten ausgeübt werden könne. Die Kommission beschloß schließlich, auch über diesen Punkt der Petition, insofern eine gesetzliche Regelung verlangt wird, zur Tagesordnung überzugehen, im übrigen aber ihn zur Berücksichtigung zu überweisen, unter speziellem Ausdruck des Wunsches, daß die „Bankenswerten“ Erlasse in der Praxis durchgeführt werden.

Punkt 4 der Petition: „Unterlassung jeder behördlichen Unterstützung der Beamtenkonsumvereine, Nichtüberlassung von Räumlichkeiten usw.“ wurde durch diese Beschlußfassung für erledigt erklärt.

Ueber den fünften Punkt: „Gesetzliches Verbot der gewinnbringenden Nebenbeschäftigung der Baubeamten, Bautechniker und Lehrer an Baugewerks-, Kunstgewerbeschulen usw.“ ging die Kommission, soweit es sich um ein gesetzliches Verbot handelt, zur Tagesordnung über, im übrigen überwies sie den Punkt als Material, mit dem Wunsche, daß die nötigen Maßnahmen auf die gewerblichen Stände innegehalten werden.

Der sechste und letzte Punkt fordert die Unterlassung jeder behördlichen Unterstützung der Beamtenbauernvereine, falls nicht ein Wohnungsmangel tatsächlich festgestellt wird. Nachdem die Regierungsvertreter erklärt hatten, daß die Beamten offene Türen einrennen, weil in jedem Falle der staatlichen Unterstützung einer Bauernvereinschaft die Bedürfnisfrage geprüft werde, ging die Kommission über diesen Punkt zur Tagesordnung über.

Das Plenum des Abgeordnetenhauses wird im Herbst zu den Wünschen der Mittelständler Stellung nehmen.

Das Kommunalwahlrecht in Schleswig-Holstein.

Den Bürgervereinigern, die vor einigen Wochen auf ihrem Verbandstage in Glücksstadt die Frage der Änderung des Schleswig-Holsteinischen Kommunalwahlrechts berieten, sind jetzt die schleswig-holsteinischen Haus- und Grundbesitzer gefolgt. Auf ihrem Verbandstage, der am letzten Sonntag in Schleswig stattfand, waren aber die Meinungen über das Wie der Änderung genau so geteilt, wie auf dem Verbandstage ihrer Klassenossen in Glücksstadt. Die einzige Möglichkeit, den Vorschlag der Sozialdemokratie auf die Dauer zu hemmen, liegt nur in der Einführung der Klassenwahl. Alle anderen Vorschläge: Genüßerschöpfung, wo er noch nicht den höchsten Satz erreicht hat, Einführung der Bezirkswahl usw., sind Dämme, die nur auf gewisse Zeit die steigende rote Flut aufhalten können. Aber mit der Dreiklassenwahl werden den Bürgern auch wichtige Rechte genommen und deshalb schreit man noch vor der Forderung zurück. Herr Böker-Altona machte auch hier Propaganda für sein reaktionäres Dreiklassenprojekt mit ungleicher Vertreterzahl in den einzelnen Klassen, aber er fand nicht die nötige Gegenliebe. Der Herr hat übrigens neben der sozialdemokratischen Gefahr noch eine zweite entdeckt, und die droht von der Beamten- und Lehrerschaft, die zur Vertretung ihrer Interessen oft geneigt seien, Sonderlandtagsuren aufzustellen und dadurch die Einigkeit des Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie zu gefährden.

Natürlich erscheint den Herren die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit in den Großstädten Kiel und Altona größer, als in den Mittel- und Kleinstädten. Darum ist auch die Zahl der Dreiklassenwahlrechtsfreunde in den beiden Großstädten am stärksten. Ein ganz Schauer machte sogar den Vorschlag, es müsse eine besondere Städteverfassung für die Großstädte und eine für die Mittel- und Kleinstädte geschaffen werden. In einem bestimmten Vorschlag kam der Verbandstag jedoch nicht. Er wählte eine fünf-gliedrige Kommission, die gemeinsam mit dem Verband der Bürgervereine weiter darüber beraten soll, wie das schleswig-holsteinische Wahlrecht mit möglichst wenig Schaden für das Bürgertum verschandelt werden kann. — Beachtung verdient eine Mitteilung des Wandsbeler Stadtverordnetenvorsitzers Sprossel, daß amtlicherseits bereits Erhebungen über eine event. Änderung des Wahlrechts in Schleswig-Holstein angestellt worden seien.

Ende der Extra-Streifjustiz.

Am 18. Juli werden die am Landgericht Wörmum eingerichteten Sonderkammern zur Aburteilung von Streifergehen und die damit verbundenen Kommissariate, die zur Herstellung von Massenanklagen eingerichtet waren, aufgelöst werden. Was bis dahin noch ansteht, wird vor den gewöhnlich tagenden Strafkammern verhandelt.

Rußland.

Wie die Geheimpolizei politische Propaganda treibt!

Wie der sozialdemokratische Dumaabgeordnete Genosse Gegetskori in einer seiner jüngsten Reden mitteilte, wurden in sämtlichen Arbeitervierteln Petersburgs Zehntausende von Flugblättern verbreitet, die die Arbeiter aufforderten, gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten zu protestieren, die dem Parneressort die für die Arbeiter so nützlichen „Flottenkredite“ verweigerten. Die Flugblätter trugen die Unterschrift einer geheimen revolutionären Organisation. In Wirklichkeit aber waren sie — wie Genosse Gegetskori mitzuteilen in der Lage war — in der Petersburger „Ohrana“ hergestellt!

Amerika.

Schluß der Wahlkomödie in Baltimore.

Baltimore, 2. Juli. Auf dem demokratischen Konvent ist Wilson zum Präsidentschaftskandidaten nominiert worden.

Gewerkchaftliches.

Steigerverband und christliche Bergarbeiter.

Bekannt ist die wüste Heke gegen den Steigerverband. Mit Schikanen und Maßregelungen aller Art hofften die rheinisch-westfälischen Scharfmacher die junge Organisation wieder zu besitzigen. Und als das nicht gelang, setzte man sich mit der politischen Polizei in Verbindung. Ein Polizeispitzel schaute nicht vor Verbrechen zurück und setzte sich durch einen schweren Einbruchsdiebstahl in den Besitz der Mitgliederliste des Steigerverbandes. Weitere Maßregelungen an Steigern waren die Folgen. Daß die so hart geprüfte Organisation Schaden erleiden mußte, ist sonnenklar. Der brutalen Gewalt mit Verbrechen gepaart hat der Steigerverband nicht Stand halten können; er hat viele Mitglieder verloren.

Zu jenen, die mit großer Schadenfreude diesen Niedergang beobachteten, gehört auch der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter. Er hatte bei Gründung des Steigerverbandes geglaubt, dieser würde sich dem Gewerksverein an die Seiten heften und ins ultramontane Lager hinüberdenken. Das ist nicht geschehen. Der Steigerverband blieb neutral, sorgte aufs beste für die Standesinteressen der Steiger. Das hat den christlichen Gewerksverein wütend gemacht. Und da er sachlich gegen den Verband nichts vorzubringen hatte, griff er zu den Waffen der persönlichen Verächtigung — wie gewöhnlich! Vornehmlich mußte der Vorsitzende des Steigerverbandes Berner erhalten, den man fortgesetzt angriff und in Mißkredit zu bringen suchte. Gütte Berner körperliche Gebrechen an sich, auch diese hätte man ihm vorgeworfen. So weit geht der christliche Haß gegen den Mann. Ihm wirft man auch vor, daß er den Steigerverband nicht „richtig“ leite, seine Taktik eine falsche sei usw. Der Steigerverband muß sich zum Zentrum bekennen, dann ist alles gut. Nun, um den fortgesetzten Anpöbelungen der schwarzen Hinzegardisten zu beugen, hat Berner in der letzten Nummer der „Steigerzeitung“ dem Gewerksverein einige klatschende Maulschellen appliziert. Er schreibt:

„Ueber die Taktik, die von mir eingeschlagen ist, läßt sich streiten. Aber sie hat den einen Vorzug, daß sie konsequent ist und nicht Veranlassung gibt, bald rechts, bald links, bald Gott zu sprechen und zu schreiben, wie es bei der Taktik notwendig ist, die die Herzen vom christlichen Gewerksverein für die allein richtige halten.“

Gerade deren Taktik im Verbrechen, im An-die-Draht-Klopfen und Sagen: „Herr Gott, ich danke dir, daß ich nicht so bin wie andere Leute.“ und dabei die Heuchelei von Moral und guter Sitte, das Heranziehen des Persönlichen statt sachlicher Auseinandersetzungen, das sind die Ursachen, warum ich diese Gewerkschaftsrichtung, die das Wort christlich als falsches Firmenschild heraushängt, willens nicht unterstützen kann. Ganz abgesehen von sachlichen Differenzpunkten, die sich im Laufe der Zeit in verschiedenen Fragen ergeben haben.

Und dann das Wort „national“. Die Herren vom Gewerksverein sagen ja: „Einem Steigerverband im Geiste Berners brauchen sie als christlich-nationale Arbeiterbewegung keine Kränze nachzuweihen.“ Wir waren früher in unserem Verband nach der Meinung des Gewerksvereins „national“. Da waren die Grubenbesitzer 1907 und 1908 unsere Mitglieder, die Vertrauensmänner in den national-liberalen Vereinen, Vorstandsmitglieder von Arbeitervereinen, Mitglieder der Presbyterien usw. waren, ohne weiteres auf die Straße. Und welche politische Partei hat energisch protestiert und wie hat sich die nationale Presse dazu verhalten? Und das haben die „nationalen“ Grubenbesitzer getan, von denen wir Grubenbeamten das „nationale“ Empfinden durch eine Behandlung, deren sich oft ein Hund schämen möchte, eingepreßt erhalten. Die Grubenbesitzer, die zum großen Teile international sind! Seitdem sind mir zu der Heberzeugung gelangt, daß das Wort „national“ mit dem wirtschaftlichen Kampfe nichts zu tun hat.

Unsere Taktik wird nur noch nach den Gesichtspunkten eingeteilt, die eine Verbesserung der Lage der Steiger bezwecken. Und das ist nicht durch bitten und betteln zu erreichen, sondern durch rücksichtslose Aufklärung.“

Wie wir sehen, kennt Berner die Christen ebenso genau, wie die Scharfmacher. Was er schreibt, trifft das richtige.

Berlin und Umgegend.

Hütung, Töpfer! Wegen mehrmaligen Lohnausfalles sperren wir hiermit das Offenbaugeschäft Hermann Koschan. Wo der Sitz des Geschäfts ist, konnte nicht genau festgestellt werden. Der Inhaber ist in Reutbahn, Berliner Str. 76, beim Restaurateur H. Schönfisch als Schlafbürche gemeldet, und soll wohnen bei seiner Frau in Albershof, Belgistr. 18. In Frage kommen die Wauten Berliner Str. 63-64, Niederhönoweide, Bauherr Alfred Müller, Niederhönoweide, Berliner Str. 107, und der Bau Emser Str. 14, Reutbahn, Bauherr Hermann Peyer, Lichtenberg, Gürtelstr. 8. Zentralverband der Töpfer.

Deutsches Reich.

Zur Regelung der Aussperrung der Metallarbeiter in Hannover

traten am Donnerstag, den 27. Juni, die Verhandlungskommissionen erneut zusammen und stellten fest, daß bei der Sachlage die Verhandlung verlagert werden mußte, weil keine Partei neue Vorschläge machen konnte. Am Montag, den 1. Juli, haben die weiteren Verhandlungen begonnen. Es steht zu erwarten, daß, wenn die Unternehmer annehmbarere Vorschläge zur Festsetzung der Arbeitszeit machen und dabei Entgegenkommen zeigen, baldige Einigung erzielt wird.

Schutz vor den Arbeitswilligen.

In einer Reihe von bürgerlichen Zeitungen wird die Notiz verbreitet, daß bei dem Streik der Röhrenarbeiter in Bissingen a. Erz zwischen den aus Hamburg hergehollten Arbeitswilligen und den streikenden Arbeitern ein Kontrakt stattgefunden habe, bei welchem ein Teil der Beistelligen erhebliche Verletzungen erlitten habe. Diese Notiz ist unrichtig! Tatsache ist, daß die im Betrieb internierte Hinzegarde sich gegenseitig derartig verhöhnte, daß Polizei und ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Tatsache ist ferner, daß die Arbeitswilligen wiederholt die friedlich ihrer Pflicht obliegenden Streikposten zu provozieren versuchten und mit blauen Wänden drohten.

Gegen den Zwangsarbeitsnachweis.

Im Kreise Hagen-Schwelm haben die Metallarbeiter über den Unternehmensnachweis die Sperre verhängt, um den Auswüchsen dieser Unternehmereinrichtung entgegenzutreten. Während der Aussperrung im Jahre 1910 führten die Scharfmacher obigen Kreises den Unternehmensnachweis ein, um die Arbeiterschaft zu bezahen zu treiben. Damals setzte die Arbeiterschaft im erbitterten mehrwöchigen Kampfe durch, daß über den Arbeitsnachweis eine Beschwerdekommission eingesetzt wurde, an deren Spitze ein unparteiischer Vorsitzender stand. Im Laufe der Zeit stellte sich aber heraus, daß die Beschwerdekommission nur auf dem Papier stand, daß in Wirklichkeit die Unternehmer den Nachweis als Kampfmittel benutzten und in der rücksichtslosesten Weise voringen. Während der Aussperrung im Jahre 1910 schrieben die Arbeitgeber in einem Flugblatt folgendes:

1. Es steht nirgends in den Satzungen und ist auch nicht beabsichtigt, daß ein Arbeiter eine ihm durch Arbeitsnachweis nachgewiesene Stelle annehmen muß. Vielmehr bleibt dies nach wie vor sein durchaus freier Wille. Im Gegenteil steht ausdrücklich im § 6 der Satzungen, daß ihm der Arbeitsnachweis beibehalten bleibt. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.

sein will, ihm eine nach seinen Wünschen und Fähigkeiten zugehörige Stelle zu vermitteln.

2. Der Nachweis weist die Stelle überhaupt nicht an, sondern er weist sie nach, d. h. er weist dem anfragenden Arbeiter nach, wo er Arbeit finden kann. Er braucht diese durchaus nicht anzunehmen.

3. Paßt dem Arbeiter die ihm angewiesene Stelle, nachdem er sie gesehen hat, nicht, so bekommt er vom Arbeitsnachweis eine andere nachgewiesen.

4. Auf Wunsch oder wenn beim Arbeitsnachweis gerade keine Stellen als frei gemeldet sind, erhält der Arbeiter einen offenen Arbeitsnachweis, mit dem er selbst eine Stelle ebenfalls vollständig frei auffuchen kann. Nach Ablauf des Scheines kann er, falls erforderlich, anstandslos einen neuen erhalten, auch kann die Gültigkeitsdauer nach § 7 Absatz 8 in besonderen Fällen bis zu einer Woche verlängert werden.

Bei den Friedensverhandlungen im Jahre 1910, die im Rathaus zu Hagen unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Weste stattfanden, erklärten die Vertreter des Arbeitgebervereins ausdrücklich, daß sie den Arbeitsnachweis genau nach vorstehenden Erklärungen und Erläuterungen handhaben wollten. Aber schon einige Wochen nach Beendigung der Aussperrung trat es klar zutage, daß der Arbeitgeberverein sein gegebenes Versprechen bewußt brach.

Beim Streik der Arbeiter der Firma Pettinghaus in Altenvoerde wurden Arbeiter, die nie in dem Betriebe gearbeitet hatten, gezwungen, nach Altenvoerde in Arbeit zu gehen. Das beschränkte sich aber nicht auf die Nachweistelle in Altenvoerde, sondern sämtliche Nachweistellen des Kreises Hagen-Schwelm, wie Hagen, Gabelsberg, Schwelm, Hoppe, vermittelten nur Arbeiter nach der bestreikten Firma. Behe dem Arbeiter, der es ablehnte, Streikbrecher zu werden, ohne Gnade wurde der Mann gesperrt und bekam überhaupt keine Arbeit mehr. Aber nicht genug damit. Man verstand es auch, einzelne mißliebige Arbeiter solange durch den Nachweis zu sperren und dem Hunger zu überliefern, bis sie des Kampfes müde wurden und Hagen-Schwelm verließen. So konnte häufig festgestellt werden, daß Arbeiter, die sich erlaubten, mal mit ihrem Unternehmer ans Gewerbeamt zu gehen, um dort ihr Recht zu suchen, einfach von der Arbeitsvermittlung ausgeschlossen wurden. Erlaubt sich ein Arbeiter mal, über die ungerechte Behandlung aufzubegehren, flugs wird er gesperrt.

Von seiten des Metallarbeiterverbandes wurde versucht, dem Vorgehen des Nachweises durch ein Gerichtsurteil einen Riegel vorzuschieben, da doch die Handhabung des Nachweises offenbar gegen die guten Sitten verstößt. Zwei Arbeiter, die unter einer beratigen willkürlichen Sperre zu leiden hatten (einer war über ein Vierteljahr gesperrt), verklagten den Leiter des Nachweises auf Schadenersatz. Das Gericht erklärte aber das Vorgehen des Nachweises als nicht gegen die guten Sitten verstößend, die Unternehmer hätten das Recht, so zu handeln. Aber einen Erfolg hatten die Klagen denn doch. An Gerichtsstelle gaben die Unternehmer unumwunden zu, daß sie bei der Aussperrung die Leffenslichter düpierten und während der Friedensverhandlungen den Arbeitgebervertretern gegenüber mit der Wahrheit zurückhielten. Der Prozeßvollmächtigte der Arbeitgeber sagte folgendes: Der Arbeitsnachweis suche, wenn bei einem seiner Mitglieder ein Streik ausbräche, dieses dadurch zu unterstützen, daß er zunächst nur ihm die sich meldenden Arbeitswilligen solange zuweise, bis sein Bedarf an Arbeitern gedeckt sei. Der Arbeitsnachweis habe nur nach seinem Prinzip gehandelt, wenn er die Ausstellung des Arbeitsnachweises auf eine nicht bestreikte Firma verweigere.

Diese Ausführungen belegen genau das Gegenteil von dem, was die Unternehmer im Jahre 1910 versprochen haben. Durch alle diese Vorkommnisse haben sich im Kreise Hagen-Schwelm unerträgliche Zustände herausgebildet und beschlossen die in Frage kommenden Organisationen den Kampf gegen den Arbeitsnachweis aufzunehmen. In einer Eingabe, in denen vorstehend geschilderte Zustände angeführt wurden, versuchten die Arbeiterorganisationen mit dem Arbeitgeberverein über den Nachweis in Verhandlungen zu treten, um auf friedlichem Wege die Mißstände zu beseitigen. Allerdings ohne Erfolg.

Wenn es nun durch das Vorgehen der Unternehmer im Kreise Hagen-Schwelm wieder zu erbitterten Kämpfen kommt, müssen die Arbeiterorganisationen die Verantwortung dafür ablehnen. Auf alle Fälle lassen sich die Arbeiter nicht die Freizügigkeit rauben. Die Arbeiterschaft Deutschlands kann aber die Hagen-Schwelmer Arbeiter dadurch unterstützen, indem sie dafür sorgt, daß der Zugang von Hinzegardearbeitern nach Hagen-Schwelm streng ferngehalten wird, damit die Unternehmer keinen Ersatz von auswärts bekommen.

Der Streik der Maschinisten, Seiger und Erdarbeiter bei Held u. Franke A.G. in Minden a. W.

dauert fort. Am 29. Juni fanden erneut Verhandlungen statt, die leider ergebnislos verliefen. Die Firma erklärte, einer bestimmten Regelung der Arbeitszeit nicht zustimmen zu können, ebenso wenig könne sie eine Lohnerhöhung auf sich nehmen, da die betreffenden Arbeiten so billig übernommen seien, daß ein Gewinn kaum herausspringe. Die Firma sei bereit, mit den Arbeiterorganisationen einen Tarifvertrag abzuschließen; wenn diese den Streik auf der ganzen Kanalbaustraße proklamieren würden, dann ließe sich vielleicht die Regierung zu einer Nachbewilligung bereit finden. Selbstverständlich sind die Arbeiter der Meinung, daß sie nicht für die Berechnungsfehler der Firma zu büßen haben. Ebenso wenig wird man Held u. Franke zu Gefallen bei anderen Firmen streiken, wenn die sonstigen Anlässe dafür nicht gegeben sind. Bezeichnend ist die Aeußerung des Direktors Pränig: Wir werden lieber das Geld, was uns die Lohnerhöhung event. kostete, für die Verbeischaftung ausländischer Arbeitskräfte in Anspruch nehmen, als den deutschen Arbeitern etwas bewilligen. Tatsächlich haben denn auch Agenten der Firma in Holland Arbeiter angeworben, denen pro Stunde 43 bis 48 Pf. versprochen wurden und freie Station, während die Streikenden 48 Pf. fordern. Die Vertreter der Arbeiter erklärten sich zu dem weitgehendsten Entgegenkommen sowohl hinsichtlich der Arbeitszeit wie des Lohnes bereit. — Gerüchtwiese verlautet, daß der Verband der Tiefbaugeschäfte der Firma Held u. Franke mit einer allgemeinen Aussperrung beispresingen wolle.

Kellnerstreik. Die Kellner des Café Bauer in Karlsruhe stehen im Streik. Zugang nach Karlsruhe ist deshalb streng fernzuhalten.

Ausland.

Generalstreik in den französischen Häfen.

„Echo de Paris“ berichtet, daß die eingeschriebenen Seeleute, nachdem sie im Ministerium des Innern empfangen worden waren und Mitteilung der Note erhalten hatten, die von den Delegierten der Schiffsfahrergesellschaften eingereicht war und worin die Bedingungen festgelegt wurden, unter denen das Schiedsverfahren akzeptiert werde, sich nach der Arbeitsbörse begaben, von wo der Generalsekretär Rivelli ein Telegramm an sämtliche Häfen sandte, in dem die Seeleute aufgefordert werden, von heute ab den Kampf auf das Aeußerste aufzunehmen, da die Unterhandlungen mit den Reedern abgebrochen seien. Das Verbandskomitee der Doder hielt daraufhin eine Versammlung ab, von deren Resultat der Presse keine Mitteilung gemacht wurde. Wie das „Echo de Paris“ erfahren haben will, wird der Verband nach Prüfung der Lage den Generalausschuss berufen.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Gaskofsmarkt.

In Berlin ist vor einiger Zeit eine Gaskof-Vertriebsgesellschaft gegründet worden, die unter Leitung der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke“ steht. Ueber ihre Tätigkeit machen sie selbst folgende Mitteilungen: „Die Gesellschaft ist keine Erwerbsgesellschaft und nicht die Vertretung der Großhändler, sondern ein Zusammenschluß der deutschen Gaswerke selbst zur Wahrneh-

mung deren wirtschaftlicher Interessen. Von den derselben angehörenden (308) Werken sind mindestens zwei Drittel solche, die im Besitz von Kommunalverwaltungen sind. Der Gegenstand des Unternehmens ist nach den Statuten die bestmögliche Bewertung von Gaskofen und sonstigen Nebenzeugnissen der beteiligten Werke. Um diese bestmögliche Bewertung erreichen zu können, ist die Vereinigung auf die Großhändlerchaft angewiesen, und um die gegenseitige Konkurrenz dieser Großhändlerchaft untereinander auszuschalten, ist unter Mitwirkung der Wirtschaftlichen Vereinigung die Gaskof-Vertriebsgesellschaft m. b. H. in Berlin gegründet worden. Der zweite Hauptzweck der Wirtschaftlichen Vereinigung besteht darin, die Abnehmer auf Grund ihrer Lieferungsbedingungen dazu anzuhalten, den gekauften Gaskofen entsprechend der Erzeugung der Gaswerke abzunehmen und nicht lediglich, wie es bisher der Fall war, in den Wintermonaten, wenn der Bedarf groß ist, Ansprüche an die Gaswerke zu stellen und in den Sommermonaten diese als ihre unentgeltlichen Lagerplätze zu betrachten. Ein weiterer Zweck ist die wirtschaftliche Verteilung des Gaskofen der angehörenden Werke, entsprechend der Frachtenlage zu den Verbrauchsstellen mit dem Endziel, die dadurch ersparten Frachten gleichmäßig den Gaswerken und Käufern zukommen zu lassen. Die Preise, die den der Vereinigung angehörenden Gaswerken von der Vereinigung gezahlt werden, werden jährlich nur durch die Organe der Vereinigung, dem Beirat und Aufsichtsrat, bestimmt.

Wenn die Wirtschaftliche Vereinigung auch selbst keine Erwerbsgesellschaft ist, so dient sie doch dem Erwerb der beteiligten Gaswerke. Sie benutzt ihre Macht, um die Händler zusammenzuschließen und ihnen Preise und Lieferungsbedingungen zu diktiert. Die kommunalen Gaswerke machten bisher wenigstens auf beschränktem Gebiet den Privatindustriellen Konkurrenz. Mit der Organisierung ihres Absatzes werden die städtischen Gaswerke jetzt wahrscheinlich auch ihre Preise erhöhen. Berlin's städtische Gaswerke gehören der „Vereinigung“ nicht an. Sollten sie beitreten, so würden auch die Preise in Berlin ansteigen.

Aus der Frauenbewegung.

Die sparjamen Zechenherren.

Die Bergarbeiterlöhne sind gestiegen! So länden lärmend journalistische Kellamagnummeln. Man weiß, wer sie rührt und man kennt den Zweck der Lobung. Die Großmut der Unternehmer stellt sich zur Schau, damit man das Glück der Bergarbeiter erkenne, vor allem aber auch die Vorsehung und Gemeingefährlichkeit der — Streikvereine, wie die Scharfmacherfedern schreiben, verabscheuen lerne. Das fördert die koalitionsfeindlichen Treibererlen. Daß mit der glänzenden Lage der Industrie und den wahnwitzig steigenden Lebensmittelpreisen auch die Löhne ansteigen, sollte man eigentlich als eine Selbstverständlichkeit betrachten. Anders bei den Grubenkapitalisten! Sie glauben Dankbarkeit erheischende Wohlthaten zu spenden. Ueberdies hat es mit den Lohnsteigerungen einen bösen Haken. Bewiß, im 1. Quartal 1912 waren die Schichtverdienste im Durchschnitt um einen Pfennig höher als im Jahresmittel 1911. Die jetzigen Löhne bleiben trotzdem aber doch noch hinter denen der gleichen Periode des Jahres 1907 zurück. Gegenüber damals sind zudem heute die Lebensmittelpreise erheblich höher und die Erlöse der Unternehmer größer. Doch noch etwas anderes, den Sparstimm der Zechenherren prächtig illustrierendes, ist zu erwähnen: ein Rückgang der Frauenlöhne im Bergbau! Die Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft war im ersten Vierteljahr 1912 niedriger als wie im Jahresdurchschnitt 1911. Nur in einigen kleinen Bezirken, im Erzbergbaubetriebe und im hayerischen Kohlenbergbau, sind die Löhne der Frauen etwas gestiegen. Die unterschiedliche Bewegung veranschaulicht die folgende Zusammenstellung: Es stiegen (+) und sanken (—) die Löhne um Pfennige:

	für Männer	für Frauen
Obererschlesien . . .	+ 5	— 1
Niedererschlesien . . .	+ 6	— 1
Saale (Braunshofen) . .	+ 0	— 8

Es fehlt nur noch, die absolute „Höhe“ der Frauenlöhne herauszustellen, um die Großmut des Kohlenkapitals in voller bengalischer Beleuchtung zu zeigen. Es betragen die Tageslöhne in Mark:

	im Gesamt-	für
	durchschnitt	Frauen
Obererschlesien	3,53	1,24
Niedererschlesien	3,56	1,59

Frauenarbeit auf Gruben kennt man hauptsächlich nur im katholischen Obererschlesien, wo fromme Magnaten als Industrie-gewaltige regieren. Man merkt ihre besondere Liebhaberei für Frauenarbeit wurzelt in einem starken Sparstimm. Ueber den Rückgang der Frauenlöhne wissen die Werksjournalisten selbstverständlich nichts zu melden.

Letzte Nachrichten.

Die Frankfurter Oberbürgermeisterwahl.

Frankfurt a. M., 2. Juli. (B. L. Z.) In der heutigen geheimen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde einstimmig beschlossen, den Oberbürgermeister Baigt Warmen an erster Stelle, den Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Friedleben an zweiter und den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Kommerzienrat Ladenburg an dritter Stelle dem Könige für den Posten des Oberbürgermeisters vorzuschlagen. In derselben Sitzung wurde beschlossen, dem scheidenden Oberbürgermeister Dr. Adides das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Zum französischen Seemannsstreik.

Dänkirchen, 2. Juli. (B. L. Z.) Die Hafenarbeiter haben beschlossen, die Arbeit auf französischen Schiffen niederzulegen, um dadurch gegen die heute nachmittag mit holländischer Hilfe erfolgte Abfahrt eines Dampfers zu protestieren. Der Sekretär des Generalkomitees der eingeschriebenen Seeleute hat an den Minister des Innern einen Brief gerichtet, in dem er die Bedingungen erörtert, welche den Seeleuten durch die Messagerie maritimes im Falle der Annahme eines Schiedsgerichtes auferlegt worden sind.

Rivelli kommt zu der Ansicht, daß die kurze Frist für die Wiederaufnahme der Arbeit nur darauf abzielt, der Messagerie maritimes zu gestatten, ihre Annahme zurückzuziehen und mit den anderen Gesellschaften sich solidarisch zu erklären.

In der Kammer erklärte der Handelsminister David bei Besprechung des Streiks der eingeschriebenen Seeleute, er werde sein möglichstes tun, um den Streik sobald wie möglich zum Ende zu bringen und bitte die Kammer, ihm Vertrauen zu schenken. Darauf wurde die einfache von der Regierung gebilligte Tagesordnung mit 394 gegen 173 Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Brand einer Zeerfabrik.

Wien, 2. Juli. (B. L. Z.) Ein furchtbarer Brand bedroht die den Rütigers-Werken in Berlin gehörende große Zeerfabrik in Angern mit völliger Vernichtung. Die Fabrik steht seit heute morgen in hellen Flammen und die Feuerwehren der benachbarten Dörfer sind bisher machtlos gewesen. Am Nachmittag ist aus Wien ein Löschzug der Wiener Feuerwehr zur Unterstützung nach Angern abgegangen. Man hofft, daß es den vereinigten Bemühungen der Wehren gelingen wird, wenigstens einen Teil der Fabrik zu retten.

Baul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Unfallgefahren in der Holzindustrie.

Im Gewerkschaftshaus hat der Deutsche Holzarbeiterverband eine Ausstellung veranstaltet, welche unseren Lesern schon durch eine Besprechung in Nr. 145 des „Vorwärts“ bekannt geworden ist. Diese Ausstellung repräsentiert nicht die Leistungen des Gewerkschafts und der Industrie, sondern zeigt nur die Schäden, welche die maschinellen Einrichtungen anrichten. Am Montag tagte in den „Andreas-Festsälen“ auch eine Versammlung der Berliner Maschinenarbeiter, welche sich mit den Missetäten und den Unfallgefahren in den Holzbearbeitungsbetrieben beschäftigte. Zu dieser Versammlung waren sowohl die Vertreter der Berufsvereinigungen, als auch die Gewerbeinspektoren und die Senatsvorsitzenden des Reichsversicherungsamtes eingeladen, jedoch war keiner der Herren erschienen. Von den Gewerbeinspektoren für Wilmersdorf und Schöneberg lagen Antwortschreiben vor, in denen sie für die Einladung dankten und ihr Bedauern aussprachen, daß sie aus Mangel an Zeit der Versammlung nicht beiwohnen konnten. Als einziger Gast erschien neben einigen Arbeitnehmerschreibern des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung nur Herr Professor Dr. Sommerfeld, der Leiter des Museums für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg.

Dem ausführlichen Referat des Gaudvorsitzers Anton Raich-München entnehmen wir folgendes: Von den technischen Umwälzungen, welche sich überall bemerkbar machen, ist auch die Holzindustrie nicht verschont geblieben. Solange die Dampfmaschine die einzige Antriebskraft war, waren der Einführung der Maschine gewisse Schranken gezogen, da diese nicht überall rationell ausgenutzt werden konnten und nur in Großbetrieben zentriert waren. Mit der Erfindung der Rotoren und besonders der Elektromotoren, änderte sich aber das Bild. Die Maschinen gelangten von der Zeit an immer mehr und mehr zur Einführung, selbst die Kleinbetriebe auf dem Lande sind jetzt in der Lage, mittels der elektrischen Lieberlandzentralen ihre Betriebe mit von Rotoren angetriebenen Maschinen auszurüsten. Die Motorenkräfte haben sich in den Jahren von 1895 bis 1907 folgendermaßen vermehrt: Wassermotoren von 75006 auf 105 003 Pferdekraften, Dampfmaschinen von 119 071 auf 264 383, Gasmotoren von 5742 auf 17 170, Spiritus-, Petroleum- und Benzinmotoren von 1739 auf 13 089, und die elektrischen Motoren, welche im Jahre 1895 noch nicht von der Statistik erfasst werden konnten, weisen im Jahre 1907 63 898 Pferdekraften auf. Insgesamt waren in der Industrie der Holz- und Schnitthölzer im Jahre 1895 18 014 Motorenbetriebe mit 203 235 Pferdekraften vorhanden, die sich bis zum Jahre 1907 auf 38 800 Motorenbetriebe mit 408 000 Pferdekraften vermehrten. Diese Entwicklung förderte ganz gewaltig den Großbetrieb und führte zur Einführung der Teilarbeit. An Stelle des gelernten Gesellen trat der ungelernete Maschinenarbeiter. Für den letzteren hat diese Entwicklung aber auch große Gefahren mit sich gebracht. Die Maschinen werden, abgesehen von einzelnen einwandfrei eingerichteten Betrieben, allzu oft noch in beengten Räumen untergebracht, die ohne Licht und Luft sind, und wo zugleich die Abfälle und das zu bearbeitende Material abgelagert werden. Die Maschinen haben aber zum Teil eine Umdrehungsgeschwindigkeit bis zu 6000 Touren in der Minute. Jetzt der Arbeiter nur einen Augenblick nicht die nötige Aufmerksamkeit oder ist er ermüdet, so liegen die Finger mit einem Ruck zwischen den Sägen und Hobelspanen. Die geistige Anspannung ist deshalb bei den Maschinenarbeitern eine detailig große, daß die Nervosität bei ihnen eine begreifliche Erscheinung ist. Die Ausnutzung der Maschinen geht den Unternehmern über alles; es wird mit der Minute gerechnet, und wenn dazu noch die wilde Alfordarbeit tritt, dann sind die Unfälle nicht verwunderlich. Die Unfallhäufigkeit ist trotz der Bestrebungen der Arbeiter selbst und trotz der gesetzlichen Maßnahmen immer noch gestiegen. Im Jahre 1900 entfielen auf 85 066 Betriebe mit 427 244 Arbeitern 19 497 Unfälle, davon 152 mit tödlichem Ausgang. 1910 kamen in rund 88 000 Betrieben mit 452 570 Arbeitern 20 549 Unfälle vor, wovon 154 tödlich verliefen. Auf 1000 versicherte Personen kamen bei der Sächsischen Holzberufsgenossenschaft im Jahre 1886 24,6, 1900 38,29, 1910 39,26 Unfälle. Bei der Süddeutschen Berufsvereinigungschaft stiegen diese Ziffern von 30 89 auf 35,72 und 35,39, bei der Norddeutschen Berufsvereinigungschaft von 34,55 auf 47,09 und 46,92, bei der Bayerischen Berufsvereinigungschaft von 37,85 auf 52,4 und 53,14. Diese Zahlen umfassen aber die gesamten in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter und ergeben einen Durchschnitt von 4—5 Proz. Würde eine Statistik nur für die Maschinenarbeiter aufgestellt werden, dann lämen geradezu grauenhafte Zahlen heraus. Eine im Jahre 1904/05 aufgestellte Statistik ergab, daß in diesem Zeitraum 57,24 Prozent der Berliner Maschinenarbeiter verunglückten. Von den Verletzten erlitten 49,4 Proz., also fast die Hälfte, einen schweren,

und 50,6 Proz. einen leichten Unfall. Dieselben Ziffern sind in allen Sektionen der Maschinenarbeiter zu konstatieren, die in den letzten Jahren statistisch aufgenommen haben. Es gibt auch kaum einen Maschinenarbeiter, der nicht schon eine Verletzung erlitten hat; man gewöhnt sich schon daran, daß diese Arbeiter einen oder zwei Finger weniger haben als andere Menschen. Es ist daher berechtigt, mehr Schutz für die Arbeiter zu fordern. Es darf nicht länger gelitten werden, daß an diesen mit scharfen Schneidwerkzeugen ausgerüsteten Maschinen Frauen und jugendliche Arbeiter beschäftigt werden. Auch die Arbeitszeit bedarf noch sehr der Verkürzung und der Lohn muß auf eine auskömmliche Höhe gebracht werden; denn die besten Schutzvorrichtungen schießen die Unfälle nicht aus, wenn der Körper müde und erschöpft ist. Ferner sind die Arbeiter aufzuklären über die sie umgebenden Gefahren. Angesichts der Tatsache, daß viele tausend Arbeiter aus den entlegensten Gegenden Deutschlands kommen, wo sie nicht gelernt haben, ihr Leben und ihre Gesundheit zu achten, um dann in die gefährlichen Betriebe einzutreten, die ihnen eine hundertprozentige Verbesserung ihrer Lebenslage darbieten, muß gefordert werden, daß Kurse eingerichtet werden, an denen jeder Maschinenarbeiter teilnehmen muß, bevor er an die Maschine gestellt wird. Die Verhütung der Unfälle ist der wichtigste Zweig des Arbeiterschutzes. Pflicht der Gesetzgebung ist es, ihm ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ohne Rücksicht auf den Unternehmensgewinn müssen vom Staat Maßnahmen getroffen werden, die einen besseren Schutz der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter gewährleisten. Dies ist um so leichter, als die Technik so weit vorgeschritten ist, daß es Schutzvorrichtungen gibt, wodurch die meisten Unfälle verhütet werden können. Bei der Beratung der Unfallverhütungsvorschläge sind Vertreter der Arbeiter unbedingt mit heranzuziehen; die Aufsichtsbeamten sind mit mehr Machtbefugnissen auszustatten. Eine Verrechnung dieser Beamten ist eine absolute Notwendigkeit, sind doch von der Norddeutschen Berufsvereinigungschaft, welcher 45 623 Betriebe mit 262 267 Arbeitern unterstehen, nur sechs Aufsichtsbeamte angestellt, die nur 11,52 Proz. der Betriebe revidieren konnten. Die Berufsvereinigungschaften tun ernstlich nichts, um die Unfälle zu vermindern; sie verneinen nicht die Aufsichtsorgane, und die Strafen, die sie über die Unternehmer verhängen, können eher als ein Anreiz zur Uebertretung der Vorschriften angesehen werden. Die Unternehmer verstehen es auch sehr gut, die Aufsichtsbeamten hinter das Licht zu führen; es muß deshalb auch verlangt werden, daß Kontrolleure aus den Reihen der Arbeiter herangezogen werden, welche die Schliche kennen, die zur Irreführung angewandt werden. Solange aber der Staat noch nicht die Verpflichtung anerkennt, für den Schutz des Arbeiters in weitestem Maße zu sorgen, muß zur Selbsthilfe gegriffen werden. Diese beruht auf der Organisation, welche anerkanntermaßen schon viel dazu beigetragen hat, daß Aufklärung in die Reihen der Maschinenarbeiter eindringt.

In die Diskussion über diesen Vortrag griff gleich als erster Redner Professor Dr. Sommerfeld ein. Er erklärte sich mit den vom Referenten aufgestellten Forderungen einverstanden, da ihm die Gefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen bekannt seien. Es sei wirklich Zeit, daß diesem Elend ein Ende bereitet werde; auch sei es möglich, den geforderten Schutz durchzuführen. Die wichtigste Aufgabe sei es, die Arbeiter selber und auch die öffentliche Meinung aufzuklären. Denn die Arbeitskraft sei für den Arbeiter das höchste Gut; er müsse wissen, es zu schützen und zu erhalten. Die Zahl der Aufsichtsbeamten müsse vermehrt werden; die Regierung selbst sei überzeugt, daß die jetzige Zahl nicht reiche, es fehlen ihr aber die Geldmittel. Zum Schluß forderte Redner die Maschinenarbeiter auf, immer wieder ihre Stimme zu erheben; sie würden damit auch Ansehen und Beifall bei den Männern finden, die nicht ihrem Verufe angehören.

Im ferneren Verlauf der Diskussion, an der sich noch Thielmann, Sauerzapf, Windmüller und Riehl beteiligten, wurden die Ausführungen des Referenten voll und ganz gutgeheißen und in einzelnen Dingen noch erweitert. So wurde auch die Rechtsprechung in den Schiedsgerichten einer Kritik unterzogen, da bei der Rentenfestsetzung ohne Kenntnis der wahren Verhältnisse vielfach der Zustand der Bewohnung angenommen und ein Unterschied zwischen gelernten und ungelerten Maschinenarbeitern gemacht werde.

Folgende Resolution gelangte dann zur einstimmigen Annahme:

Die am 1. Juli 1912 in den „Andreas-Festsälen“ tagende, zahlreich besuchte Versammlung der Berliner Maschinenarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über „Unfallgefahren in der Holzindustrie“ einverstanden. Die Versammlung protestiert gegen das leichtfertige Spiel, das mit ihrer Gesundheit und mit ihrem Leben von vielen Unternehmern durch Nichtbeschaffung geeigneter Schutzvorrichtungen getrieben wird.

Sie sind überzeugt, daß Tausende ihrer Berufskollegen nur deswegen verstümmelt und verkrüppelt wurden und durch Erwerbsunfähigkeit mit ihren Familienangehörigen dem Elend und der Not anheimfielen, weil bisher die notwendigen Arbeitssicherheitsmaßnahmen zum Schutze der Maschinenarbeiter gar nicht oder ungenügend getroffen wurden. Die Versammlung unterstützt nachdrücklich diejenigen Forderungen, die von der Münchener Maschinenarbeiter-Konferenz an die Berufsvereinigungschaften, die Gewerbeinspektoren und die Gesetzgebung erhoben wurden und erwartet ihre baldige Durchführung. Die versammelten Maschinenarbeiter erwarten, daß ihre Forderungen aus Gründen der Menschlichkeit und der allgemeinen Volkswohlfahrt von der breitesten Öffentlichkeit unterstützt werden.

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 2. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)
Erster Verhandlungstag.

Die Beweisaufnahme erreichte heute ihr Ende. Von allen Teilen als unwesentlich bezeichnete Schwäherereien füllten zunächst einen Teil der Sitzung aus. Dann wurde über ein angeblich unberechtigtes Vorgehen der Polizeiaffistentin einem Mädchen gegenüber unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Die Polizeiaffistentin hatte dieses Mädchen, das sie auf den gleichen Nachmittag zu sich geladen hatte, am Morgen in Begleitung des Kriminalschutzmans Belzer aus ihrer Wohnung stiftet und durch den Polizeiarzt auf Geschlechtskrankheiten untersuchen lassen. Das Vorgehen der Affistentin beruhte auf dem Auftrage ihres Vorgesetzten Dr. Ostfelder, weil der Verdacht der Gewerbsungabe bestand und das Mädchen auf Ladungen nicht gekommen war. Das Mädchen hatte drei uneheliche Kinder, war als Zeugin in ein schwebendes Kuppelverfahren verwickelt. Auch hatte man der Affistentin mitgeteilt, das Haus, in dem das Mädchen wohne, sei seit dessen Zugang Purenhaus benannt. Das Mädchen mußte zugeben, Beziehungen zu einem Manne zu haben, den sie hier und da forscht, um inzwischen mit anderen Männern in nähere Beziehungen zu treten.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurde der Polizeiaspirant Bruder ausgerufen, der auf Vorhalt der Verteidigung verschiedene schwer bedenkliche Manipulationen zugeben mußte. Verteidiger Justizrat Bernstein: Haben Sie Mitteilungen aus Freundeskreisen über bestimmte Mädchen amtlich gegen diese Mädchen verwendet? Zeuge Bruder: Es handelt sich nur um zwei Fälle, in denen beide Mädchen geschlechtskrank waren; sie hatten schon verschiedene Personen angeheiratet. Verteidiger Bernstein: Sind Sie auch gegen solche Mädchen amtlich eingedrungen, mit denen Sie selbst intim verkehrten? Vorherr: Sie können die Aussage darauf verweigern. Zeuge Bruder: Ich habe nicht mehr und nicht weniger poffiert als irgend ein anderer junger Mann. Verteidiger Bernstein: Weshalb sind Sie denn verheiratet worden? Zeuge Bruder: Nur wegen eines Gerüchtes über mich im Zusammenhang mit einem Fräulein C. Verteidiger Bernstein: Hatte das Mädchen nicht Briefe von Ihnen im Besitze? Zeuge Bruder: Ruff ich darauf antworten? Verteidiger Bernstein: Ich beziehe auf der Frage. Es ist versucht worden, Mädchen hier als unglaubwürdig hinstellen. Ich will das mit dem Zeugen machen. Staatsanwalt: Die Frage ist unerheblich. Ob Bruder glaubwürdig ist oder nicht, das können wir selbst entscheiden. Verteidiger Bernstein: Ich will die Unzulänglichkeit der Mainzer Polizei auf diesem Gebiete beweisen und in dieser Polizei spielt der Zeuge Bruder eine wesentliche Rolle. Ueber ihn soll folgendes bewiesen werden: Er hatte mit Fräulein C. Beziehungen. Eines Tages erschien in der Wohnung des Mädchens ein Schuhmann und nahm ihr die Briefschaften weg. Bruder hatte es so eingerichtet, daß das Mädchen zur gleichen Zeit zu Frau Schapiro geladen und dort vernommen wurde, die selbstverständlich von der ganzen Narration nichts wußte. Der Schuhmann hat dem Mädchen dann die Briefe wiedergebracht, mit Ausnahme derjenigen, die von Bruder stammten. Staatsanwalt: Es handelt sich in diesem Prozeß nicht um amtswidrige Handlungen des Bruder, sondern um Verschuldbildungen gegen Frau Schapiro und den Beigeordneten Berndt. Wir schweifen zu weit ab. Verteidiger Bernstein: Der Bruder hat Frau Schapiro erst auf verschiedene Mädchen aufmerksam gemacht, deshalb wollen wir über ihn volle

Kleines feuilleton.

Die Reliquien entstehen. Im Werner „Bund“ erzählt Dr. Ernst Grob anlässlich der Rousseau-Feste eine hübsche Geschichte: In den fünfziger Jahren hatte der Wirtschaftspächter auf der Petersinsel eine junge Verwandte, die ebenso wigig als hübsch war, zu sich genommen. Jedermann hatte seine beste Freundin an Fräulein Josephine. Zu jener Zeit hand der Rousseau-Kultus in hoher Blüte, und aus der ganzen Welt kamen die Verehrer Rousseaus nach dem göstlichen Eilande, um die Spuren des großen Naturphilosophen zu verfolgen. Besonders zahlreich stellten sich die Engländer und Holländer ein, alles, was in irgendwelcher Beziehung zu dem Verfasser des „Emile“ gebracht werden konnte, erregte ihre Aufmerksamkeit. Die kraftvollen Eichen, unter denen Rousseau geluhtwandelte, die lauschigen Plätze am sandigen Strande, wo er über das Evangelium von der Rückkehr zu den einfachen natürlichen Verhältnissen und über die ursprüngliche Gleichheit aller Menschen nachgedacht, und vor allem die düstere Kammer, die dem Verstorbenen für kurze Zeit eine Aufnahmestelle geboten hatte, wurden zu geweihten Stätten. Die ungeteilte Bewunderung für den Weisen hinderte indes die Besucher keineswegs, sich ungefragt in den Besitz von Gegenständen zu setzen, die in irgendeinem vermeintlichen oder wirklichen Zusammenhang mit Rousseau standen. Die Engländer besonders mit ihrer angeborenen Unverschämtheit taten es den anderen zuvor. War es nun etwas vom Verzuge der weisheitsgütigen Kammer, ein Splitter vom Gefäß oder ein Stück Rinde — gleichviel, etwas mußte als Andenken mit, zum großen Berger der blonden Wirtin, die für solche Menschenverehrlichkeit kein Verständnis hatte.

Eines Tages brachte ein Arbeiter einen alten, im Uferkloster aufgefundenen Holzschuh in die Einnehmerrei; beim Anblick dieses Schuhs durchdrang das Gehirn von Josephine ein schallhafter Gedanke. Sie erkannte das wertvolle Ding um einen Kognal und stellte es triumphierend als wertvollste Reliquie auf der würdevollen Kommode im Rousseauzimmer auf. Wenn nun die Besucher, die immer mehr kamen, wollten, als man zu jenen imlande war, von Josephine in die Kammer geführt wurden, wies die Führerin mit einem schelmischen Nicken auf den alten Holzschuh hin, indem sie sagte: „Der Holzschuh Rousseaus.“ Und voll heiliger Scheu nahen die Fremden sich dem denkwürdigen Identitätsstück, das einstmals die edlen Formen des Rousseaus umschloffen hatte, und betrachteten und betasteten es von allen Seiten. Wohl mochte es bisweilen vorkommen, daß eine schwärmerische Seele den unformlichen Schuh an die Lippen drückte und sogar zu Bestechungsversuchen griff, um die Reliquie zu erwerben. Aber dafür war die treuherrige Schweizerin nicht zu haben; sie hatte obgleich Nähe genug, das Lachen zu verheizen. Der Holzschuh ist eines Tages spurlos verschwunden, und die Vermutung

liegt nahe, daß er sich heute noch im Privatbesitz eines Rousseauverehrsers jenseits des Kanals befindet.

Die größten Bahnhöfe und die schnellsten Züge. Der größte Bahnhof der Welt ist einstweilen noch der vor kurzen eröffnete Leipziger Hauptbahnhof, mit seinen 85 550 Quadratmetern Grundfläche. Dem noch nicht einmal ganz 40 000 Quadratmeter bedeckte nächster Rivale, der Hauptbahnhof in St. Louis, also er ist noch nicht halb so groß. Aber schon sind die Amerikaner wieder an der Arbeit, der im Bau befindliche New Yorker Bahnhof der Pennsylvania-Eisenbahn soll 110 000 Quadratmeter bedecken. Der Pariser Bahnhof St. Lazare hat über 33, der Londoner St. Pancras nur über 15 1/2 Tausend Quadratmeter. Recht reichlich ist Deutschland mit großen Zentralbahnhöfen versehen: in Frankfurt a. M. 31 1/2, in Dresden 25 1/2, in Köln 22 1/2, in München 21 Tausend Quadratmeter. Von den Bahnhöfen in Berlin, das ja keinen Zentralbahnhof hat, nimmt der größte, der Schlesiische, etwa ein Fünftel des Leipziger Bahnhofes in Anspruch.

Unter den internationalen Expresszügen fährt der Nord-Süd-Expresszug in 30 1/2 Stunden bei einer mittleren Stundengeschwindigkeit von 63 Kilometern von Berlin über Hof, München, Innsbruck, Verona, Rom nach Neapel. Die höchste mittlere Geschwindigkeit von 59 Kilometern erreicht der Simplon-Expresszug, der in 19 Stunden 5 Minuten von Calais über Paris, Genf, Mailand nach Neapel fährt. Eine fast ebenso große Mittelgeschwindigkeit (58,9) hat der Berlin-Miviera-Expresszug auf seiner 1845 Kilometer langen Strecke von Berlin über Frankfurt/M., Lyon, Marseille nach Ventimiglia. Der Tauern-Expresszug fährt in 27 bezw. 22 1/2 Stunden von Paris bezw. Berlin über München, Salzburg nach Triest. Die längste Fahrtdauer, 9 Tage 10 Stunden, hat der Sibirische Expresszug, der die ungeheure Strecke von 8889 Kilometer zu durchmessen hat und es nur auf eine mittlere Geschwindigkeit von 37 Kilometern bringt. Danach folgen, mit rund 3100 Kilometern, der Orient-Expresszug, der in 61 Stunden von Paris aus sein Ziel Konstantinopel erreicht, und der Petersburger - Camerac - Expresszug, dessen Fahrtdauer fast 66 Stunden beträgt.

Theater.

Russpielhaus. Franz Wagenhoffs Grotteske „Ein Königreich m. d. S.“, auf deutsch: „mit betrippten Mähnern“, vermochte keine volle Befriedigung aufkommen zu lassen. In „Sahelien“ wird ein Königreich auf Ätten gegründet. Es geht weiter, weil nirgends ein Staatspomp gelangt. Das junge, bis ans wackelige Thronchen von Gerichtsbeamten verfolgte „Himmelsinstrument“ dankt deshalb ab. Hiermit ist aber ein hamburgisch-amerikanischer Millionär, der den „König“ längst im stillen zum Mann seiner Tochter auserkoren, nicht zufrieden. Einen gewaltigen Entthronen will er haben, um „drüben“ die Millionäre gelb vor Reid werden zu lassen. Deshalb opfert er einige Millionen und zettelt ein regelrechtes Revolutionchen in Sahelien

an. Nachdem das einzige Kanonchen kräftig gebumst hat, kann er ruhig die Heimfahrt antreten; denn nummehr nimmt er doch einen richtig depossidierten König als Eidam mit. Die Grotteske erlangt weder der Anspielung auf die jüngsten Umwälzungen in Portugal, noch drastischer satirischer Bezüge auf das Geschäft des Königiums von Weibschs Gnaden überhaupt. Doch ein paar gut verwertete „Simplicissimus“-Witze entschädigen nicht für die ziemlich plump gezeichnete Wache des Ganzen. Für ein Weichen wird sie ja nahe Seelen lachen machen — um dann auf Kimmertwiedersehen zu verschwinden.

Notizen.

Die Weingartner-Konzerte in Fürstenwalde bringen einen Beethoven-Zyklus, u. a. alle neun Symphonien. Es wirken mit: das Wäthner-Orchester, der Mittelsche Chor und hervorragende Solisten. Die Eisenbahndirektion Berlin hat Vorsehrungen getroffen, daß an den Konzertenabenden je drei Sonderzüge von Charlottenburg über alle Stadtbahnstationen nach dem Schlesiischen Bahnhof und von da nach Fürstenwalde, und in gleicher Weise nach den Konzerten zurück verkehren.

Die Städteausstellung Düsseldorf wurde Sonnabend eröffnet. In fünf Gruppen sind zusammengefaßt: der Städtebau, sanitäre und soziale Einrichtungen, Hochbauten, Industrie. Die letzte Gruppe leidet durch die Firmenexposition unter System- und Ueberflüssigkeit, während die Abteilungen, die die Städte selbst veranstaltet haben, trotz des reichen Materials eher ein Bild geben.

Wissenschaft und Politik. Eben Hedins „Warnungsruf“, in dem der bekannte Forschungsreisende Europa auf die russische Gefahr hinweist, hat jetzt seinen Ausschluß aus der russischen Geographischen Gesellschaft zur Folge gehabt. Sie begründet das so: „Die russ. geograph. Gesellschaft hat festgestellt, daß die Schrift bewußte Lügen und Beleidigungen gegen Rußland enthält. Sie findet es daher unter ihrer Würde, mit dem Verfasser in irgend welcher Verbindung zu bleiben, und sie hat beschlossen, Eben Hedins wegen seiner unfairen Handlungsweise für unwürdig zu erklären, der Gesellschaft noch fernerehin anzugehören.“

Unabhängige Gelehrte sollten es sich überlegen, ob sie einer solchen Gesellschaft angehören können.

Die Ausstellung eines Wäthnerschiffs. Das historische Museum in Kristiania hat dieser Tage eine einzigartige Verherrlichung seiner Schätze erhalten: das berühmte Eberger-Schiff, das vor einigen Jahren aufgefunden wurde. Seine besondere Bedeutung erhält dieses alte Wäthnerschiff durch seinen zahlreichen und wertvollen Inhalt, denn es fanden sich darin die Toilettegegenstände und Küchenutensilien einer Wäthnerkönigin, interessante Nordgestecke, Reste eines reichgeschmückten Wagens, zwei Sätteln, verschiedene Schmuckgegenstände von hohem künstlerischen Wert und eine Anzahl Knochen von Pferden und anderen Haustieren.

Marheit haben. Das Gericht läßt die Frage zu. Zeuge Bruder: Es ist richtig, daß ich Beziehungen zu der G. hatte. Sie behauptete, ich wüßte nicht. Nun hörte ich, daß sie mit der gleichen Begründung von einem Offizier einige tausend Mark herausgeholt verstanden hatte. Da sie nun verschiedene Namen führte, keine Vernehmung hatte und nicht gemeldet war, teilte ich gelegentlich dem Kriminalkommissar Kindsbäuer die Tatsachen mit. Auf Befragen des Verteidigers sagt der Zeuge noch, daß er dem Mädchen postlagernd geschrieben hat. Es habe täglich etwa 200 Briefe bekommen. Verteidiger: Woher wissen Sie das? Zeuge Bruder: Von dem Postbeamten. Verteidiger: Gaben Sie ihn zu diesem Brauch des Dienstgeheimnisses veranlaßt? Zeuge Bruder: Das weiß ich nicht mehr. Ueber die G. läßt sich ein ganzer Roman erzählen. Sie hatte immer viel Geld, ritt aus, fuhr Auto und niemand wußte woher. Sie gab sich als Wäffin aus und behauptete, gräflicher Abstammung zu sein. Frau Schupitz: Ich wurde dazugelernt, als die G. in Tränen aufgelöst, vom Kriminalkommissar Kindsbäuer vernommen wurde. Sie sagte mir, sie sei in anderen Umständen; ich möchte dafür sorgen, daß sie nach der Schweiz könne. Ich erwiderte, sie erst einmal kennen lernen zu wollen; sie müsse in mein Heim kommen. Sie kam indessen nicht und ich hörte nichts mehr von ihr, bis mir ein Stillenschuhmann eines Tages sagte, sie sei unter falschem Namen in einem Mainzer Hotel aufgegriffen worden. Sie sagte wiederum, schwanger zu sein, und benannte als Vater den Bruder. Es wurde festgestellt, daß sie inzwischen gewerbdmähig der Unzucht nachgegangen und aus einem Hotel verschwunden war unter Hinterlassung einer großen Schuldenlast. In einem anderen Hotel hatte sie einen Vertrag mit einem Hausbesitzer abgeschlossen, der ihr Herren zuführen sollte. Sie fuhr nun nach Jülich, wurde aber bald darauf bei einer Razzia in Mainz von Pelzer und mir gefasst. Es war die Zeit, wo sie hätte niederkommen müssen, aber von dem Zustande war nichts zu merken. Sie bat Pelzer, nicht festzusetzen, sie werde sofort abreisen; das hat sie auch getan. Zeuge Bruder bekundet noch, daß er zwar nicht zuerst, aber mindestens später Mitteilungen über seine Beziehungen zu der G. gemacht hat. Die G. sei später unter Kontrolle gestellt worden. Seinerzeit habe sie sich nicht gegen Entgelt preisgegeben.

Am Mittwochnachmittag soll mit den Klädoyers begonnen werden.

Aus der Partei.

Auf eine 25jährige Redaktionsstätigkeit

Komten am 1. Juli die Genossen Otto Stollen und Gustav Stengele vom „Hamburger Echo“ zurück. Beide waren noch unter der letzten Zeit des Sozialistengesetzes in Hamburg an der „Bürgerzeitung“ als Berichterstatter bezw. Korrektor beschäftigt und beide sind sodann, nach dem Fall des Ausnahmengesetzes auch in die Redaktion des damals gegründeten „Hamburger Echo“ eingetreten. Ihre gemeinsame redaktionelle Tätigkeit in diesen 25 Jahren ist aufs innigste verwachsen mit der Entwicklung, die in diesem Zeitraum unser Hamburger Parteiblatt und mit ihm die gesamte Arbeiterbewegung seines Verbreitungsgebietes durchgemacht haben.

Wir wünschen den beiden Jubilaren — jedenfalls die ersten, die auf eine 25jährige Tätigkeit an einem Parteiblatt zurückblicken können — eine noch recht lange Tätigkeit in ihrer Redaktion und in der Partei.

Berichtigung. Im ersten Abzug der Ausführungen unseres schwebischen Mitarbeiters zu der Einleitung des schwebischen Jugendverbandes vor dem letzten Teil des Sozialistengesetzes in Hamburg an der „Bürgerzeitung“ als Berichterstatter bezw. Korrektor beschäftigt und beide sind sodann, nach dem Fall des Ausnahmengesetzes auch in die Redaktion des damals gegründeten „Hamburger Echo“ eingetreten. Ihre gemeinsame redaktionelle Tätigkeit in diesen 25 Jahren ist aufs innigste verwachsen mit der Entwicklung, die in diesem Zeitraum unser Hamburger Parteiblatt und mit ihm die gesamte Arbeiterbewegung seines Verbreitungsgebietes durchgemacht haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der typische Polizeiprozess.

Am Abend des 12. Januar d. J. kam es in einem Parteikollegium des Zentrums zu Caternberg, Kr. Offen, zu einer blutigen Schlägerei unter Zentrumsanhängern, die demnach ausbrach, daß der Wirt telephonisch Hilfe der Polizei erbat. Es erschienen drei Polizeibeamte, die nach ihrer Angabe erst mit Hilfe des Säbels der Prügelnden Herr werden konnten; auch auf der Straße legte sich die polizeiliche Säbelarbeit fort. Dabei wurde nach der Behauptung von Augenzeugen der Vergmann Gerhard von dem Schupmann Jürgen verletzt und mit dem Säbel bearbeitet, bis er zusammenbrach. — Die „Eiserne Arbeiterzeitung“ brachte einen Bericht über den blutigen Vorfall, in dem es hieß, der Schupmann habe den Vergmann niedergeschlagen. Dadurch fühlte sich der Beamte beleidigt und die Staatsanwaltschaft erhob Klage gegen den Redakteur Genossen Reumann. — In der Verhandlung vor der Strafkammer bestritten drei unbedeutende Augenzeugen, daß der Vorfall sich genau so zugetragen habe, wie die „Arbeiterzeitung“ ihn schilderte. Der Schupmann hingegen gab wohl zu, daß er mit der Hande Dinge geschlagen habe, von Niederlagen des Gerhard könne aber nicht die Rede sein. Die bedeutenden Kopfverletzungen habe sich dieser schon bei der Prügelei geholt. Die Klagen des Schupmann wolle von der Sache nichts gesehen haben. — Das Gericht ließ die ganz bestimmten Aussagen der drei Zeugen unbeachtet und verurteilte unseren Genossen zu fünfzig Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte ihm drei Wochen Gefängnis zugebracht.

Jugendbewegung.

Seditianen einer Jugendwehr.

In Darmen, dem Sitz der Zentralkomitee der evangelischen Jugendvereine, ist, wie in vielen anderen Orten, durch bürgerliche „Jugendfreunde“ eine sogenannte Jugendwehr gegründet worden, d. h. eine nach militärischem Muster organisierte und gedrehte Schar von jungen Deutschen, die unter der Leitung aktiver oder inaktiver Kameradentöcher die militärischen Feldübungen nachahmen und „Krieg“ spielen. Diese Jugendwehr war vor kurzem nach Ronsdorf bei Darmen angetreten, um dort eine „Übung“ vorzunehmen. Man marschierte mit einem Hauptmann zu Pferde an der Spitze dorthin, „übte“, trat dann zur „Kritik“ zusammen und hielt schließlich auch einen „Feldgottesdienst“ ab, zu dem sich sogar ein echter Geistlicher mit Talar und Wäffchen bemüht hatte. Als man aber mitten drin war, trat plötzlich ein Hindernis ein: der Jagdpächter des „bekriegten“ und bereit gehaltenen Gebietes, ein Fabrikant aus Darmen, trat im Jagdschloß in den Kreis hinein und rief mit lauter Stimme: „Hören Sie auf, Herr Pastor!“ Dieser ließ sich dadurch noch nicht stören. Der Anführer wiederholte seinen Ruf. Dann entwickelte sich folgendes Inzidenzspiel:

Der Pastor: „Sähen Sie mich nicht in meinem Amte.“
Der Jäger: „O, hier ist keine Kirche; ich bin Pächter der Jagd in diesem Revier und bediene Ihnen das hier.“
Der Pastor: „Wenden Sie sich an andere Herren.“
Der Jäger: „Wo ist der Führer dieser Veranstaltung?“
So ging es fort. Dabei stimmten die jungen Heben ein wahres Indianergeschrei an. Die unflätigsten Reden wurden inselweise über den Jagdpächter ausgesprochen. „Watt will de oit'r Kahl!“, rief man. „Schon! dat Doss doch boot, trampelt em doch ende potil!“ usw. Wären nicht einige Jäger besonnen gewesen und dazwischen getreten, so wäre es dem

Herrn wohl übel ergangen. Man denke, die Gesellschaft hatte soben „Feldgottesdienst“ abgehalten! —

Diese Sache kam bald in die bürgerliche Presse. Während dabei die Jugendwehr ganz mörderisch auf den Jagdpächter schimpfte, gab dieser von dem Treiben der Wehr ein Bild, das sich diese selber auch nicht hinter den Spiegel stecken wird. Er schrieb da unter anderem in direkter Anrede dem Führer der Wehr gegenüber: „Es treiben sich hier ganze Trupps junger Leute herum, die in meiner Jagd Indianer spielen, und diese Sorte geniert sich nicht, auf Menschen zu schießen. (Verschiedene Bauern sind schon vorzüglich angegriffen worden.) Dann werden Kavalkaden und Wettrennen von ganzen Gesellschaften abgehalten, die mit dem Bild vertreiben! Ihre Veranstaltung jetzt nun aber allem die Krone auf! Sie machen mit Ihren Schützenketten und mit Ihrem Schießen ja das reinste Kesseltreiben, das mir ausendlich im Nachtvertrage unterlagt ist. Wenn ein einzelner Mann mit Gewehr und ohne Jagdschein in einer Jagd angetroffen wird, so wird er als Wildbret verhaftet; ein Komplott ist noch schlimmer!... Augenblicklich können die Jagdhäuser und Wehe noch nicht ordentlich laufen, und so kam es, daß gestern eine ganze Anzahl Jagdhäuser, die von Ihrer Schützenkette aufgetrieben wurden, von Hund an ergriffen und gestolzt wurden. (Folgen Zeugenangaben.)

Sie wären übrigens im Irrtum, wenn Sie behaupteten, es sei in meiner Jagd nicht geschossen worden. Es ist ganz wüßig geknallt worden, und dann noch gerade während der Zeit, die Sie mir 1/4, vor 10 Uhr! Ferner nenne ich Ihnen den Landwirt Hölchen von der Erbslöcher Straße, der behauptet wird, daß Ihre Schützen vor vierzehn Tagen Jungpflanzen in der Schonung der Ronsdorfer Anlagen ausgerissen haben! Bei diesen Leuten können Sie auch erfahren, wie die Bauern über solche Veranstaltungen denken.

Was nun die Religion mit solchen, nach meiner Ansicht unzulässigen Unflätigkeiten zu tun hat, ist mir unerfindlich, — oder sollte der Feldgottesdienst ein „Te deum laudamus“ („Herr Gott, Dich loben wir!“) für die vielen vernichteten Waldbewohner vorstellen? Selbstredend habe ich nicht daran gedacht, einen wirklichen Gottesdienst zu stören, sondern habe nur den Veranstalter der Zusammenrottung vieler hundert Menschen gesucht, um der Sache bald ein Ende zu machen. — Den Prediger habe ich selbstredend auch nicht für einen echten Pastor gehalten, sondern wie seine Soldaten für eine Nachahmung.

Ihre freundliche Mitteilung, daß es sich bei diesen Veranstaltungen um eine Veredelung der Jugend handelt, war mir wirklich sympathisch, aber es blüht mich, daß Ihre Soldaten doch gestittet waren, als wenigstens einer Ihrer Führer, ich meine den Herrn Hauptmann zu Pferde, der sich durch niedrige Schimpfereien und direkte Beleidigungen gegen mich hervortrat!

Schließlich schreibt der Jagdpächter dem Führer der Jugendwehr noch folgendes ins Stammbuch:

„Ich bin überzeugt, verehrtester Herr Vorsitzender, daß Sie es ehrlich mit den jungen Leuten meinen, und da will ich nicht versäumen, Ihnen einen Fingerzeig zu geben, wie Sie rascher zum Ziele kommen, ohne in das Eigentum Dritter einzugreifen: Fragen Sie die jungen Leute, ob sie die Namen der gewöhnlichen einheimischen Waldbäume und Sträucher, der Vögel, Schmetterlinge, Fische, Wassertiere, der gisigen und ephären Pilze usw. kennen? Ich weite, Sie finden eine pyramidale Unwissenheit.“

Hier legen Sie einmal ein, führen Sie die Jugend in Abteilungen in die herrliche Gottesnatur, machen Sie dieselbe auf alles Schöne, Gute und Interessante aufmerksam, — dabei braucht man den Schöpfer des Alls doch nicht zu vergessen. Sie werden sehen, das klappt dann doch ganz anders.“

Soweit der Herr Fabrikant. — Es ist überflüssig, seiner Kennzeichnung des Treibens noch ein Wort der Kritik hinzuzufügen. Daß es ausgerechnet ein angesehenes bürgerliches Herr war, dem dieses Abenteuer passieren mußte, gibt der Sache ihren besonderen Reiz. Ob diesen Herrschaften jetzt nicht endlich die Augen aufgehen über den Anflug, an dem sie durch ihre Begünstigung des empörenden Treibens mitschuldig sind? Man stelle sich aber einmal das Gedreie vor, das in der bürgerlichen Welt losgelassen worden wäre, wenn eine Gruppe der freien Jugendbewegung auch nur den hundertsten Teil dieses Standes verübt hätte!

Soziales.

Neutralität der Genossenschaften.

Die Nr. 29 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ geht auf unseren Artikel in Nr. 142 des „Vorwärts“: „Zum Genossenschaftstag“ ein. Es mißfällt der „Rundschau“ unsere Darlegung, daß die Vorstände trotz aller politischen Bedenken, von denen sie gar zu sehr erfüllt sind, die Initiative beim Kampfe gegen die Teuerung hätten ergreifen müssen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ und das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ hätten doch eine große Reihe Artikel gegen die Teuerung enthalten. Die Artikel der beiden genossenschaftlichen Organe reichen keineswegs zur Entkräftung unseres Vorwurfs aus. Nicht die Quantität, sondern die Qualität macht es. Durchgängig fehlt den Artikeln insoweit der Ueberzeugung des Neutralitätsgedankens ein Eingehen auf die tieferliegenden wirtschaftlichen und politischen Gründe der Teuerung. Ein einfacher Marktbericht spricht auch von der Teuerung; er berührt aber die Gründe der Teuerung nicht. Gerade so steht es mit den Artikeln der Genossenschaftsblätter. Der Aufführungsbetrieb entziehen sie sich. Welche Aktionen hat die Genossenschaft gegen die Teuerung unternommen? Von Protestversammlungen gegen die durch die Zoll- und Steuerpolitik vermittelte Teuerung, mit dem Ziel der Aufklärung über die tieferliegenden Gründe dieser Politik war im Genossenschaftstagen mit ihren 1313 492 Mitgliedern nichts zu spüren. Freilich läßt sich diese Aufklärungsarbeit ohne Darlegung und Bekämpfung der Klassenkampfpolitik nicht verrichten. Da hilft kein Mundspitzen, da muß gepuffen sein! Die Genossenschaftsbewegung seit Kreuznach verbandt der intensiven politischen und gewerkschaftlichen Arbeit den Haupterfolg, fürchtet sich aber vor dem Aussprechen dessen, was ist, wie eine alle Jüngere vor den natürlichsten Dingen.

Die Gründe, weshalb die Propagandakommission nicht eingeladen war, wohl aber der konservative Professor Dr. Dade, lauten in dem Artikel der „Rundschau“ anders als in der von uns veröffentlichten Justiz der Berliner Genossenschaftsleitung. Die Propagandakommission war nach der „Rundschau“ nicht eingeladen, weil sonst — alle Propagandakommissionen Deutschlands hätten eingeladen werden müssen; das verbiete aber die große Zahl ihrer Mitglieder. Ein eigenartiges Argument — fand denn der Konsumgenossenschaftstag in Berlin oder in ganz Deutschland statt? Professor Dr. Dade sei aus folgendem Grunde eingeladen: Professor Dr. Dönnies habe auf dem internationalen Genossenschaftstag in Hamburg die Anregung gegeben, zu Genossenschaftstagen vor allen Dingen auch die Nationalökonomien einzuladen. Professor Dr. Dade sei Professor der Nationalökonomie und zugleich Generalsekretär des Deutschen Landwirtschaftsvereins, mit dem die Genossenschaftsleitung im Schriftenaustausch stehe. Deshalb sei er eingeladen. Die Bereitwilligkeit, mit der Herr Professor Dade sein Erscheinen zusagte, lasse auch erkennen, daß er persönlich die von uns niedriger gehaltenen Konsumvereinsmitgliedern Maßnahmen in Mecklenburg nicht künge, und daß er sicher alles ihm mögliche tun werde, um seine mecklenburgischen Parteifreunde eines Besizers zu belehren und sie zu einer wenigstens unfeindlichen Haltung gegen die Konsumgenossenschaftsbewegung zu veranlassen.“ So die

„Rundschau“, Ihre Darlegungen bezüchten einen unüberprüflichen Illusionismus, der der Genossenschaftsbewegung nur schädlich sein kann. Deshalb übrigens wurden linksstehende Nationalökonomien nicht eingeladen?

„Neutral“, wird im Artikel nochmals betont, sei die Genossenschaftsbewegung und werde sie bleiben. Diese „Neutralität“ ist, so wie sie jetzt von der Genossenschaftsleitung belätigt wird, im letzten Grunde eine Neutralität gegen links, eine sozialisfeindliche Neutralität. Dieser Geist macht sich z. B. auch in dem von dem Generalsekretär Kaufmann herausgegebenen „Genossenschaftlichen Liederbuch“ breit. Dort finden wir kein einziges Lied, das des Klassenkampfes oder des Arbeiters als Klassenkämpfers gedenkt, wohl aber unter Nr. 70 folgenden Satz:

Schulze-Dehligsch zum Gedächtnis.
Mel.: O Tannenbaum.

Der erste Sang, der erste Sang
Erhöhe laut dem Meister,
Der uns gelehrt die rechte Art,
Wie im Verein man schafft und spart;
Der erste Sang, der erste Sang
Erhöhe unsern Meister.

Er — Schulze-Dehligsch — sprach: „Mein Volk,
Du bist auf falschem Wege,
So lange kaum du gibst dem Wahn,
Dah nur der Staat dir helfen kann,
O deutsches Volk, o deutsches Volk,
O lern' dich selber regeln!“

Wer die verspricht, wer dir verspricht
Verbesserung deiner Lage,
Auch ohne, daß du schaffst und spartst
Und stillst deine Würde wahrst:
Der lägt, der Wicht — der lägt, der Wicht,
Und mehret nur Not und Plage.

Rein, deutsches Volk, hilf selber dir,
Werd' tüchtig, schaff' und spare,
Und wo nicht reicht die Einzelkraft,
Da schar' dich zur Genossenschaft.
O deutsches Volk, hilf selber dir,
Werd' tüchtig, schaff' und spare!“

So lehrtest, Meister, du dein Volk
Den Weg zur Wahrheit finden;
So schickst du dein ganzes Sein
Für's Wahre, Gute, Schöne ein,
Dem Vaterland, dem deutschen Volk
Die Wohlfahrt zu begründen.

Kun, Brüder, laßt in seinem Geist
Nach gleichem Ziel uns streben,
Und was man uns auch sonst verspricht,
Verlassen nie den Pfad der Pflicht!
Des Meisters Geist, des Meisters Geist!
Soll in uns weiter leben!

In der nächsten Auflage wird wohl die „Sparogues“ und die „Strampelmann“ in ähnlicher Weise angehimmt werden.

Diese Anführungen genügen wohl, um unsere Genossen zu veranlassen, mehr als bisher die Generalversammlungen der Konsumvereine zu besuchen und dahin zu wirken, daß statt einer verschwommenen, irreführenden und überhebenden Harmoniebuffelei sozialistischer Geist die Genossenschaftsbewegung durchwehe.

Gerichts-Zeitung.

Zat im Affekt.

Die Verzweiflungstat eines in seinen Hoffnungen betrogenen Mannes habe gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I ein Nachspiel. Wegen versuchten Totschlags, Widerstands gegen die Staatsgewalt und gefährlicher Körperverletzung war der 34jährige Rabinpucher Hermann Neubert angeklagt.

Der Angeklagte, welcher von allen Seiten als ein ordentlicher, fleißiger und solider Mann geschildert wird, hatte im Jahre 1907 nach über 20jähriger Ehe seine Frau verloren. Im Januar d. J. machte er durch ein Heiratseintrag die Bekanntschaft der Händlerin Frau Alwine Wöhlke geb. Raimprecht. Ohne zu wissen, daß diese wegen Ehebruchs mit einem Buchhalter Anton Stimm erst kurze Zeit vorher geschieden worden war, ging der Angeklagte mit ihr in die Verbindung ein. Nach kurzer Bekanntschaft erzählte die G. ihrem Verlobten, daß sie in der Lage sei, sich durch Ankauf eines Warentraumgeschäfts in der Dintenstraße eine Existenz zu verschaffen. Der Angeklagte ließ sich verleiten, der G. nicht nur seine eigenen Ersparnisse, sondern auch noch einen Teil der Ersparnisse seiner Kinder zu opfern und der G. insgesamt 2400 M. auszubringen. Wie sich später ergab, hatte die G. für das Geschäft nicht wie sie dem Angeklagten angegeben hatte, 2400 M., sondern nur 1600 M. bezahlt. Nachdem der Geschäftslauf perfekt geworden war, trat in den Gefühlen der Frau G. eine merkwürdige Abkühlung ein. Der Angeklagte erfuhr schließlich noch, wie er vor Gericht befandete, daß die G. eine sehr zweifelhafte Vergangenheit hat und u. a. wegen Diebstahls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war. In einem richtigen Verzweiflungszustand geriet der Angeklagte, als er ferner erfuhr, daß die G. auch während des Verlobnisses das Verhältnis mit dem Buchhalter Stimm fortgesetzt hatte. Er wurde hauptsächlich deshalb von Gewissensbissen geplagt, weil er nach seiner Meinung auch das Geld seiner Kinder leichtsinnig aufs Spiel gesetzt hatte. Er trug sich nämlich mit Selbstmordgedanken und kaufte sich eine Browningspistole. Gines Tages, nachdem er die G. auf Rückzahlung der geliehenen 2400 M. verklagt hatte, befand er sich in einem dem Wohlfehlen Geschäft gegenüberliegenden Laden, wo er mit dessen Inhaberin über seine traurigen Erfahrungen sprach. Als die G. plötzlich in der Tür ihres Ladens erschien, verzerrte sich das Gesicht des Angeklagten, seine Augen nahmen einen fernen Ausdruck an und plötzlich stürzte er mit dem Revolver in der Hand über die Straße hinweg in das Geschäft der G. Hier gab er auf die G. zwei Schüsse ab, welche am Unterarm und am Kopf leichtere Verletzungen verursachten. Durch die Schüsse wurde der in der Nähe befindliche Schuhmann Diehall aufmerksam. Als er hinzueilte, gab Neubert auch auf ihn einen Schuß ab, der ebenfalls nur eine leichte Verletzung des Beamtens zur Folge hatte. Der Schuhmann selbst gab nun aus seiner Dienstpistole auf M. einen Schuß ab, der aber fehl ging. Der Angeklagte wurde schließlich nach heftigem Widerstande übermüdet.

Vor Gericht bestränkte Rechtsanwalt Dr. Viktor Frankl die Verteidigung des Angeklagten darauf, nachzuweisen, daß es sich um eine im Affekt begangene Tat handele, für welche er nicht verantwortlich zu machen sei. Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung sämtliche Schuldfragen, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgte.

Im Wiedernahmeverfahren freigesprochen.

Der Spielwarenhändler Ernst Laustler ist am 14. Oktober vorigen Jahres von der 2. Strafkammer des Göttinger Landgerichts wegen Verneinung unzulässiger Handlungen an zwei noch nicht schulpflichtigen kleinen Mädchen zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt worden. Seine gegen das Urteil eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden. Inzwischen gelang es jedoch dem Verurteilten, neues Beweismaterial zu erbringen und dadurch Strafausschub zu erreichen. Infolge der neuen Ermittlungen ordnete dann die Strafkammer die Wiedereröffnung des Verfahrens an. D. sollte sich gegen die Töchter zweier Familien, die sich einander gar nicht kannten, vergangen haben. Das war von den Kindern bezeugt, der L. habe ihnen als Taler und L. ganz bestimmt als der Täter bezeichnet worden, der dem einen Kinde ein Pappst,

dem anderen Kullern geschenkt haben sollte. Nun ist aber inangeführt ein anderer Spielwarenhandler (Rolle) wegen Sittlichkeitsvergehen gegen Kinder ins Ausland geflohen, und das kleine Mädchen, das die Puppe geschenkt bekommen hatte, ist geflohen worden, wie es mit der Puppe im Arm aus dem Rolleischen Laden herauskam. Jetzt weiß das Kind den Rolleischen Laden nicht von dem Rolle zu unterscheiden; ja, es hielt sogar den Geschäftsdieners, der große Ähnlichkeit mit dem flüchtigen Spielwarenhandler hat, für den Täter. In dem anderen Falle war die Mutter erregt und besorgt wegen des langen Ausbleibens des Kindes; als es dann die geschenkten Kullern zeigte und erzählte, der „Onkel“ habe es geküßt, wird wohl dann die Mutter das aus dem Kinde herausgefragt haben, was vielleicht weiter geschehen sein könnte, und so kam die belästigende Aussage des Kindes zustande. Für 28 Unschuld sprechend hielt das Gericht, daß er von den Eltern der Kinder zur Rede gestellt, diesen die Tür wies und sagte, er lasse den Verdacht nicht auf sich sitzen, und daß er dann voller Entrüstung die Sache unbeteiligten Dritten erzählte. Aus allen diesen Gründen hob das Gericht sein erstes Urteil auf und sprach Laustäter kostenlos frei.

Von neuem beweist dieser Fall die Notwendigkeit der Vorsicht Kinderaussagen gegenüber.

Aus aller Welt.

Wirbelsturmverheerungen in Kanada.

Hunderte von Toten.

Die Stadt Regina in Kanada ist am Sonntagnachmittag von einem furchtbaren Unwetter betroffen worden. Ein Wirbelsturm hat den größten Teil der Stadt zerstört. Durch den Einsturz der Häuser wurden Hunderte von Menschen erschüttert, 3000 Personen wurden obdachlos gemacht. Ueber die Katastrophe werden aus Ottawa folgende Einzelheiten telegraphiert: Es war 4 Uhr nachmittags, als große schwarze Wolken am Himmel heraufgezogen waren. Die Stadt selbst trug ein feiliches Kleid, denn man feierte gerade den Dominicusstag. Um 6 Uhr setzte der Sturm ein und der Pfaffen suchte zuerst die Hamiltonstreet und im Osten und Westen die Albertstreet, das Viertel der Banken und Geschäfte, heim. Das Parlamentsgebäude, das im Süden des Wasenparks liegt, wurde fast vollständig niedergebissen. Zahlreiche Personen, die sich auf dem See befanden, ertranken. Kleine Boote, die sich auf dem See bewegten, wurden vom Sturm fortgetragen und in einer Entfernung von einer Meile vom See auf dem Victoriaplatz wiedergefunden. Der Pfaffen verfolgte dann eine nördliche Richtung und zerstörte das Viertel der Reichen, die 13., 14., 15. und 16. Avenue. Die Verwaltungsgebäude und die großen Kirchen dieser Gegend wurden fast sämtlich vernichtet, die Schienenstränge der Canada-Pacific-Eisenbahn aufgerissen. Zwölf große Getreidespeicher stürzten ein und die auf die Bahngleise fallenden Trümmer hemmten den Verkehr vollständig. Die Kirchen der Methodisten, Baptisten und Presbyterianer, prächtige Gebäude, wurden vollständig zerstört. Die Methodistenträbe stürzte mit großem Krach ein. Das Brücken des Sturms überdeckte das Krachen der einfallenden Gebäude. Das Haus des Vereins christlicher junger Männer und die neue Stabbibliothek bilden gleichfalls nur noch Trümmerhaufen. Einige kleinere Gebäude wurden vom Sturm vollständig hinweggetragen und die Trümmer in großer Entfernung wiedergefunden. Auch vom Klubhause der Freimaurer ist nichts mehr zu sehen.

Die ersten Rettungsarbeiten wurden von der berittenen Polizei, deren Kaserne sich zwei Meilen westlich von der Stadt befindet, unternommen. Bis jetzt sind 35 Leichen geborgen worden, doch liegen unter den Trümmern noch Hunderte von Menschen.

Die Zahl der Opfer dürfte auf über 1000 Personen zu schätzen sein. Der Schaden ist gar nicht abzuschätzen. Die Canada-Pacific-Eisenbahn hat den Verkehr eingestellt.

Die letzten, aus Winnipeg eingetroffenen Depeschen beziffern den Schaden auf etwa 10 Millionen Dollar. Eine große Anzahl der Holzhäuser, die längs der Straßen standen, sind einfach weggeblasen worden. An vielen Stellen brach Feuer aus. Die Hilfsmannschaften sind damit beschäftigt, die Brände zu löschen und die Trümmer wegzuräumen. Zahlreiche Tote wurden bereits geborgen. Die Hospitäler sind überfüllt. Die Stadt selbst bietet ein fürchterliches Bild der Verwüstung. Die Telegraphenlinien sind unterbrochen.

Ein Lenkballon in 800 Meter Höhe explodiert.

Das zur Ueberfahrt über den Atlantischen Ozean bestimmte Luftschiff „Akron“ ist am Dienstagmorgen bei einem Probeflug nahe der Stadt Atlantic City (New Jersey) in einer Höhe von 800 Metern explodiert. Der Ingenieur Paniman und drei Mann der Besatzung sind getötet worden.

Es wird vermutet, daß die Katastrophe ihre Ursache in der schnellen Ausdehnung des Gases, hervorgerufen durch die Sonnenhitze, hat. Das Luftschiff ging in Flammen auf und die Gondel fiel etwa einen Kilometer vom Ufer entfernt wie ein Stein ins Wasser. Bisher ist noch keine Leiche aufgefunden worden. Die Explosion war fürchterlich, die Ballonhülle wurde in Fetzen gerissen. Dreitausend am Ufer versammelte Personen waren Zeugen der schrecklichen Katastrophe.

Zum Eisenbahnunglück in Schlesien.

Wie aus Breslau gemeldet wird, ist das Befinden der bei dem Schiedesfelder Eisenbahnunglück schwer Verletzten den Umständen nach gut, so daß sie mit dem Leben davonkommen dürften. Nur bei der Schneiderin Meyer und dem Bureaugehilfen Krause besteht noch Lebensgefahr. Bahnwärter Stanke, der das Unglück verursachte, befindet sich noch auf freiem Fuß. Wie jetzt festgestellt ist, schlief Stanke, als der Zug mit 75 Kilometer Geschwindigkeit heranbrauste. Er hatte die Schranke überhaupt nicht geschlossen.

Todessturz bei einem Passagierfluge.

Aus Boston wird gemeldet: Die Aviatikerin Harriett Quimby, die an dem hiesigen Flugmeeting teilnahm, stürzte mit ihrem Passagier, einem Herrn Willard, aus 300 Meter Höhe in die Dorchesterbay. Die Aviatikerin wollte gerade im Gleitfluge landen, als ein heftiger Windsturz den Apparat packte und umstürzte. Sowohl Fräulein Quimby als auch ihr Passagier waren sofort tot.

Kleine Notizen.

Vom Spiel in den Tod. Montag nachmittag wurden fünf Kinder im Alter von fünf bis acht Jahren, die im Walde bei Remscheid spielten, von einem Wolkenschlag überrascht und, als sie sich unter eine Brücke flüchteten, von dem anschwellenden Wasser fortgerissen. Während drei ältere Kinder sich zu retten vermochten, ertranken ein fünfjähriger und ein sechsjähriger Knabe.

Arbeiterlos. Auf dem Hochwalzwerk Schütz-Krauß in Hungen bei Duisburg ereignete sich gestern eine schwere Gasexplosion, wobei ein Arbeiter getötet, einer schwer und einer leicht verletzt wurde.

Von Spießbuben erschossen. Gastwirt Kohn in Königshütte (Oberhessen), der mit seiner Frau in seiner Gaststube Montag nacht zwei Einbrecher überraschte, ist von einem derselben erschossen worden. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Unwetter in Südbungarn. In Südbungarn richteten heftige Unwetter neuerdings großen Schaden an. In Verdesz hat fast alle Stadtteile durch die starken Regengüsse der letzten Tage überflutet. Durch Blitzschlag wurde die Beleuchtungsanlage zerstört. In Szerpenta sind 500 Wohnhäuser durch Wassereintrich unwohnbar geworden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen.

Die Auslieferung Stäckmanns. Das Londoner Gericht hat Montag die Auslieferung Rudolf Stäckmanns, alias Baron v. Norf-König, beschloffen, der beschuldigt wird, in Deutschland beim Könige et Reichspiel betrogen und ferner Wechselbriefe sich in betrügerischer Weise verschafft zu haben.

Bugzusammenstoß. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich Montag auf der Strecke Lüttich-Longev. Dort stießen zwei Züge zusammen, wodurch der eine zur Entgleisung gebracht wurde. 20 Personen wurden teils schwer, teils leichter verletzt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in der Straße 69, vorn vier Treppen — Parterre —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkmal beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht beantwortet. Hilfige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. C. 34. Ja. — G. 2. Die Sachlage ist recht zweifelhaft. Wie können nicht rufen, Klage zu erheben. — Unfall. Zum Zwecke der Versicherung schreiben Sie an die Berufsgenossenschaft oder sprechen Sie dort vor. — C. 9. 19. 1. Der 181. bis 802. Tag vor der Geburt des Kindes. 2. Rein. — R. 100. Sie können bei dem aufsichtsführenden Richter des Amtsgerichts Beschwerde führen. — A. D. 1. Unmöglich bis zur Vermietung, sobald Mietzinsfälligkeit erheben. — Job. Sch. 126. Ja. — G. W. 24. Sie haben Anspruch auf Erlass der Steuer. Der Antrag ist an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu richten. — C. 29. 138. Richten Sie eine Eingabe an die Charlottenburger Steuerbehörde. — W. 73. Ja. — B. 2. Ja. — B. 2. 23. 1. Ja. 2. An das Regimentkommando. — F. 2. 7. 1. Bis zum 31. Märzjahr, so weil die Kinder ihren Unterhalt nicht selber verdienen. 2. Ja. 3. Der Antrag für den das Vormundschaftsgericht zuständig ist, erheben und schriftlich. 4. Es bleibt nur die Klage übrig. 5. 10 Monate. — Steglitz 11. Nach der herrschenden Rechtsprechung selber kein ausreichender Grund zur Abgabe, so daß Ihre Schwester verpflichtet erscheint, zurückzuführen. — Vaterlandslosen Gesellen. Ihre Einkommen unterliegt nicht der Beschlagnahme. In Haft könnten Sie bis zur Dauer von 6 Monaten gehalten werden. Die übliche Eidesformel gilt selber auch für Freiberufler. — R. D. 88. Die „Victoria“ hat das formale Recht auf ihrer Seite. — G. 6. 195. Nein.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 7.		am 30. 6.		Wasserstand	am 1. 7.		am 30. 6.	
	m	cm	m	cm		m	cm	m	cm
Bemmel, Mühl	122	+1	122	+1	Saale, Großhitz	70	+5	70	+5
Bretzel, Jüterburg	81	+4	81	+4	Saale, Spandau	88	+4	88	+4
Geißel, Thorm	78	+4	78	+4	Saale, Rathenow	8	—	8	—
Ober, Naumburg	118	+6	118	+6	Spree, Spremberg	98	+14	98	+14
Roßlau	118	+6	118	+6	Weser, Bielefeld	78	+2	78	+2
Frankfurt	146	+21	146	+21	Weser, Minden	112	+10	112	+10
Wartze, Schrimm	8	+4	8	+4	Weser, Minden	212	+14	212	+14
Landberg	10	+6	10	+6	Rhein, Maximilianstau	532	+6	532	+6
Rege, Borhamm	5	+4	5	+4	Raub	299	0	299	0
Elbe, Leimisch	14	+2	14	+2	Rhein	278	+6	278	+6
Dresden	74	+20	74	+20	Rehar, Hellstrom	47	+9	47	+9
Berlin	269	+4	269	+4	Wald, Hama	140	+2	140	+2
Magdeburg	190	+2	190	+2	Weser, Lutter	16	+8	16	+8

+) bedeutet Hoch, —) Senk, —) Unterpegel.

Enorm billige Reise-Kleidung

Für Sport, See und Gebirge

- Reise-Anzug grau, oliv oder bräunlicher Cheviot, hochmodern verarbeitet 27[—] M.
- Reise-Anzug Cheviot oder Kammgarnarten in den neuesten Mustern, sehr strapazierfähig 36[—] M.
- Reise-Anzug Falten-Joppe mit kurzer oder länger Hose, oliv oder bräunlicher Cheviot 24[—] M.
- Reise-Anzug Falten-Joppe mit kurzer oder länger Hose, echt engl. Cheviot, Ersatz f. Maß 45[—] M.
- Reise-Ulster gestreifte Cheviots in den neuesten Farben, englisch verarbeitet 27[—] M.
- Reise-Ulster echt englischer Cheviot, aparte Muster, Ersatz für Maß 45[—] M.
- Reise-Hose dunkel u. hellgestreifte Kammgarnarten, sehr haltbar 8[—] M.
- Reise-Hose Cheviots und Kammgarn in den neuesten Mustern 12[—] M.
- Reise-Mantel Form „Bosen“, grau od. grünl. Strichloden „Imprägniert“, f. Herr. u. Dam. 16⁷⁵ M.
- Reise-Pelerinen f. Herr. u. Dam. „Imprägnierter Strichloden“, 120—130 cm lang 7³⁵ M.
- Reise-Gummimantel echt engl. hochgeschl. Ulsterform, f. viel. Farb. 11⁹⁰ M.
- Reise-Staubmantel fester modelarb. Dreil 5[—] M.
- Reise-Anzug gestreifter Flanellstoff, geteilt, in allen Größen 6[—] M.
- Weißer Herren-Hosen Flanell, Satin oder Koper 2⁹⁰ an

- Reise-Joppe grünlicher Waschstoff 90 Ft.
- Reise-Joppe grau od. grünlicher Loden mit Ourl 3[—] M.
- Reise-Jackett schwarz Luster 2⁹⁰ M.
- Reise-Jackett blau Cheviot, 2reihig gearbeitet 12[—] M.
- Reise-Wasch-Anzug f. Knaben, Kleider Form, gestr. Kadettstoff, f. 9-13 3³⁰ M.
- Reise-Wasch-Anzug f. Knaben, Kleider Form, gestr. Kadettstoff, f. 9-13 3⁹⁵ M.
- Reise-Wasch-Anzug Joppe u. Hose aus grünlich. Waerhet, f. 9-14 J. 3⁶⁰ M.
- Reise-Sport-Anzug f. Knab., schöne aparte Muster, für 8 Jahre von 9⁵⁰ an
- Seppel-Anzüge Jacke: 25 Hose: 3 M. für 8-9 Jahre 2⁸⁵ M.
- Seppel-Anzüge Jacke: 35 Hose: 3 M. für 6-8 Jahre 3¹⁰ M.
- Reise-Mützen schöne Muster, neue Formen von 60 Ft. an
- Reise-Loden-Hüte 3⁴⁰ M. 2⁹⁰ M. 2²⁵ M. 1⁹⁰ M.
- Wash-Westen in vielen schönen Mustern 1⁸⁵ M.
- Westen-Gürtel von 90 Ft. an



- Kletter-Hosen
- Manchester-Kleidung
- Leder-Gamaschen
- Wickel-Gamaschen

- Reise-Hemden
- Sport-Hemden
- Tag- u. Nacht-Hemden
- Schlafanzüge (Pyjamas)

- Rucksäcke
- Sweater
- Stutzen
- Gürtel

- Kragen
- Manschetten
- Serviteurs
- Oberhemden

- Bergstöcke
- Schirme
- Krawatten
- Hosenträger

- Raisedecken
- Trikotagen
- Strümpfe
- Schals

Bast-Imitat-Kleidung
Herren-Anzug 12⁵⁰
Herren-Jackett 4⁹⁰

BaerSohn

Kleider-Werke □ BERLIN □ Gegründet 1891

Chausseestraße 29-30 □ □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntags nur von 3-10 geöffnet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) auf Wunsch kostenfrei

Jeglicher Nachdruck verboten.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein Kreis Niederharnim Bezirk Lichtenberg.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Johann Jeppsson
Schiffstr. 8
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle in Marzahn aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
14/13 Die Bezirksleitung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler (E. H. 3).
Zahlstelle Lichtenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Johann Jeppsson
(Wichtenberg, Schiffstr. 8)
am 30. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Stadt Lichtenberg in Marzahn aus statt.
184/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer
Ernst Dätweiler
am 27. Juni im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drochsenführer
Alois Winkler
am 28. Juni im Alter von 43 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 4. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
65/3 Die Bezirksverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Paul König** sage ich allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.
23365
Witwe König nebst Kindern.

Deutscher Bauarbeiter - Verband Zweigverein Berlin.
Am 29. Juni starb unser Mitglied, der Maurer
Hermann Wolff.
(Bezirk Süden.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.
140/15
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Max Honold
Neukölln, Emmer Str. 112, durch Ertrinken verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 3. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15/16, aus statt.
120/4
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 30. Juni verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied
Hermann Talman
im Alter von 48 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem französischen Kirchhof, Wollanstraße, statt.
28/1 Die Ortsverwaltung.

Schon manche Mutter hat darüber geklagt, daß ihr blutarmes, bleichsüchtiges Kind aus Appetitmangel die kräftigsten Speisen zurückwies. In solchen Fällen empfiehlt sich die Ernährung mit „**Rufete**“, denn es ist nicht allein nahrhaft und leicht verdaulich, sondern vermag sich auch durch die verschiedenen Formen seiner Anwendung — siehe „**Rufete**“-Kochbuch — dem Geschmack jedes Patienten anzupassen. Kinder nehmen es besonders gern in Milch oder Kaffee.

Ohne jede Anzahlung
erstklassiges Fabrikat!
Pianos Flügel und Harmoniums
gegen kleine monatliche Teilzahlung ohne jeden Preisaufschlag.
Für jedes Instrument gewähre ich 24jährige schriftliche Garantie.
Conrad Krause Nachf. Berlin, Ansbacher Strasse 1, Ecke Kurtfischenstr. Tel. Ch. 10410
Auch Sonntags geöffnet.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anwendung frei. Ohne Stachel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Berlin (30 VI.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek, Würzburg.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 30. Juni verstarb unser Genosse, der Metzgermeister
Otto Georgi
Gulmastr. 35.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, auf dem städtischen Friedhof, See-straße Ecke Müllerstraße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Max Honold
Emmer Straße 112 (15. Bezirk) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Gemeinde-Friedhofes, Pappelallee 15/16, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Strasse 37a (2. Haus von der Jerusalemstrasse).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstrasse).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Holzarbeiterverband, Metallarbeiterverband, Vereinigung der Maler u. Lackierer, Verband d. Sattler u. Verband d. Schmiede
Donnerstag, den 4. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr, bei Doerfer, Weberstr. 17:
Große Versammlung
aller Arbeiter der Wagen- u. Karosseriefabriken.
Tagesordnung:
„Unter dem neuen Tarif.“
Diskussion.
Die Kollegen aller Branchen werden gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Ferner bitten wir zu beachten, daß in dieser Versammlung die neuen Tarife ausgeben werden, aber nur an die Erschienenen.
Rege Beteiligung erwartet Kartell der Organisationen der Wagen- u. Karosseriefabriken Berlins u. Umg.
J. K. W. Sioring.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Zwei außerordentliche Mitglieder-Versammlungen mit Frauen
Heute Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in „Süßmilchs Konzertsaal“, Berlin N., Vornholmer Str. 7 (großer Saal).
Tagesordnung:
„Arbeitskämpfe und Arbeiterbewegung in der Gegenwart.“
Referent: Gewerkschaftssekretär Genosse **Adolf Waschick.**
Morgen, Donnerstag, den 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Wolfs Gesellschaftshaus, Neukölln, Kirchhoffstraße, Ecke Wipperstraße.
Tagesordnung:
„Die Aufgaben der Gewerkschaftsmittglieder in der heutigen Zeit.“
Referent: Stadtdirektor Genosse **Adolf Ritter.**
Wir ersuchen unsere Mitglieder, in diesen Versammlungen zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen!
Der Vorstand.

WESTMANN
Mohrenstr. 37 a Gr. Frankfurterstr. 115
Bis 9. Juli
1500 Kostüme
aller Art. Kammgarn, Bast, Tuch, Loden, Phantasie-
stoffe etc. zu 5 Einheitspreisen
18.- 26.- 36.- 48.- 60.-
früher 33.- bis 135.-. Jede Größe vorrätig!
1000 Mäntel
Wolle, Tuch, Seide, Kammgarn, Taft,
Liberty etc. zu 5 Einheitspreisen
15.- 25.- 35.- 45.- 55.-
früher 25.- bis 135.-. Jede Größe vorrätig!
Zum Ausschauen!
Ein Post. Waschkleider u. Kostüme n. G., sonst b. M. 28
Ein Posten Neuseidene Kleider. M. 11, sonst b. M. 25
Ein Post. Loden-, Tourn.-, Frottier-Hüte n. 10, ab 24
Eleg. Modellkleider Seide, Wolle
ninen etc. M. 60
Püsch- und Pelz-Konfektion zu Sommerpreisen!
Sonntag geöffnet 8-10 vormittags.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 3. Juli 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Theater. D. diese Berliner.
Anfang 8 Uhr.
Urania. In den Dolomiten.
Königsgraber Straße. Die fünf
Frankfurter.
Kurfürstenschloß. Der Tanzantw. **Neues.** Der liebe Augustin.
Berliner. Große Hofmen.
Schiller O. Hohe Politik.
Schiller. Charlottenburg. Das
Konzert.
Thalia. Antollechen.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Jose. Die Tragödie einer Ehe.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Steilener Sänger.
Sanatorium Sonnenfisch.
Wintergarten. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Veffing. Vergnügungsgeselle.
Neues Schauspielhaus. Silberer
Schäfer. I. Klasse.
Lustspielhaus. Ein Königreich
m. d. K.
Neues Operetten. Parteilich
Nr. 10.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Die fer. je Susanne.
Hollers. Parfissana-Ensemble
Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Unerschämte. Der
Witz seiner Ehre. Der Fer
mit der grünen Kravatte.
Königsstadt-Kasino. Spezialitäten.
Anfang 10 Uhr.
Admiralspalast. Tischballer. Zwome.
Zierrwarte. Invalidenstr. 57-52.

Schiller-Theater O.
Wallner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Letzte Vorstellung vor den Ferien:
Hohe Politik.
Schwan in 3 Akte v. H. Stovronnet.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Wiedereröffnung am 15. August.
Schiller-Theater
Charlottenburg.
Das Konzert.
Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Schr.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Operette von Leo Fall.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofmen.
Theater in der Königprätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Gastspiel Helene Stiehe
vom Hoftheater in Kassel.
8 1/2 Uhr. Zum ersten Male:
Die Tragödie einer Ehe
in 3 Akten von Karl W. Jacob.
Auf der Gartenbühne: **Neues**
Juni! Es ist erreicht! Gr. Revue.

ZOO-LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab
50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Sylvester Schäffer
Neues Schauspielhaus

LUNA PARK
30 Weltattraktionen 30
Kongo, Zwergstadt. Die alte
Mühle, Johnstowns Untergang
usw.
Entree 50 Pf.
Kinder und Zwergstadt bis
6 Uhr frei.

Hagenbeck's Indien
— Tempelhofer Feld. —
Täglich geöffnet von 11 Uhr
vormittags bis 11 Uhr abends.
150 Indier.
Macri Soliothi's
Löwen- und Tigergruppe.
Ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater.
Belundebunnen Badstraße 58.
Heute: **Elite-Tag.**
Die Tochter der Hexe
Tanz bei groß. Orchester
Stoffeneröffnung 9 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Königsstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstr.
Täglich: **Theater und Varieté.**
Anfang wochentags 8, Sonntags
5 Uhr. Erstkass. Spezialitäten u.
„Rosen aus dem Süden“
große Operettenbuchse.

Metropol-Theater.
Schwindelmeier & Comp.
Phantastisch musikalische Komödie in
3 Akten aus dem Englischen völlig
frei bearbeitet von F. Freund. Musik
von H. Nelson. U. a. Länge u. B. Bishop.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.
Anfang 8 Uhr. Nauchen gestattet.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße,
z. Z. einziger Elspalast.
Angenehm kühl. Aufenthalt
2 Vorstellungen! 2
Nachmittags und abends:
„Yvonne“, Eis-Ballett.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges
Wein- und Bier-Abteilung.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Sam. Schütz neu:
Sanatorium
Sonnenlicht.
Beste
von Regler.
Anfang
Bogenstr. 8
Sonntags
7 1/2 Uhr.

Apollo Theater
ab 8 Uhr.
Vollständig neues Programm.
Clown Alf. Daniels
mit seinen Fickelshähen.
Paul Beckers
mit seinem neuen Schläger
Der Augler usw.

IKLA
Intern. Kongress Lebender
Abnormitäten.
Die größte
Ausstellung
lebender Naturwunder
von 10 bis 10 Uhr
in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.
Kinder, Sold. 25 Pf.
Für den Inhalt der Inskate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Potsdam. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, bei Glaser: Generalsammlung des Wahlvereins. Abrechnung und Vorstandswahl.

Berliner Nachrichten.

Für die in Familienpflege untergebrachten Waisenkinder wird die Stadt Berlin fortan ein höheres Pflegegeld zahlen. Die Pflegegeldsätze, die bis jetzt galten, waren teils bei der letzten, im Jahre 1902 bewilligten Erhöhung festgesetzt worden, teils stammten sie noch aus einer erheblich früheren Zeit. Die Waisendeputation und der Magistrat sind zu der Ansicht gelangt, daß die meisten der damals festgesetzten Beträge nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechen und einer Erhöhung bedürfen. Die diesbezügliche Vorlage des Magistrats, die von den Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung genehmigt wurde, sagt ausdrücklich, daß den Pflegeeltern durch die Erhöhung kein besonderer Vorteil zugewandt werde. Durch diese Maßregel solle jetzt ebenso wie vor zehn Jahren nur die Preissteigerung ausgeglichen werden, die auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens eingetreten sei. Wir finden, daß hier die Stadt Berlin der allgemeinen Preissteigerung sehr nachhinkt und erst spät den Pflegeeltern samt Waisenkindern zubilligt, was ihnen längst gebührt.

Bei den bisherigen Pflegegeldsätzen bestand zum Teil noch der alte Unterschied zwischen Berlin und seinen Vororten. Nur für Waisenkinder, die die Stadt Berlin in Charlottenburg oder in Köpenick unterbrachte, zahlte sie die gleichen Beträge wie bei Unterbringung in Berlin selber. An Pflegeeltern, die in einem der anderen Vororte wohnten, wurde für Kinder von 3-6 Jahren ein geringerer Betrag als an Einwohnern Berlins gezahlt. Eine dritte Gruppe, die eine noch geringere Vergütung erhielt, bildeten die Bewohner der Provinzorte. Für Kinder von 2-3 Jahren und von 6-14 Jahren zahlte ihnen Berlin weniger als den Bewohnern der Vororte. Bei den neuen Pflegegeldsätzen wird zwischen Berlin und seinen Vororten kein Unterschied mehr gemacht, und auch die Provinzorte sind jetzt den Vororten fast in allem gleichgestellt, mit Ausnahme nur der Pflegeelder für Mädchen von 3-6 Jahren. Erhöhungen sind nicht für nötig gehalten worden bei den genessenden Säuglingen und bei den gesunden Kindern des ersten Lebensjahres, weil für diese beiden Gruppen schon bisher ein als hoch geltendes Pflegegeld gezahlt wurde. Für alle anderen Altersklassen (mit Ausnahme nur der in Provinzorten untergebrachten Mädchen von 3-6 Jahren) sind Erhöhungen bewilligt worden, eine besonders große für die Kinder von 1-1/2 Jahren, die künftig den Kindern des ersten Lebensjahres völlig gleichgestellt werden, weil sie fast durchweg eine ebenso umständliche Pflege und Wartung erfordern. Die Pflegegeldsätze pro Monat sind nunmehr bei Unterbringung in Berlin oder in den Vororten oder in der Provinz übereinstimmend die folgenden: für genessende Säuglinge 30 M., im übrigen für Kinder von 0-1/2 Jahren 21 M., von 1/2-2 Jahren 18 M., von 2-3 Jahren 15 M., für Knaben von 3-14 Jahren durchweg 13,50 M., für Mädchen von 3-6 Jahren 12 M. (hier bei Unterbringung in Provinzorten nur 10,50 M.), von 6-14 Jahren 10,50 M. (in Berlin bis zu 15 Jahren). Es kann auffallen, daß vom dritten Jahre an für Mädchen weniger als für Knaben gezahlt wird und vom sechsten Jahre an die Mädchen in diesem Punkt noch weiter hinter den Knaben zurückbleiben müssen. Das erklärt sich wohl daraus, daß Mädchen in diesen Altersklassen auch für ein geringeres Pflegegeld immer noch lieber als Knaben in Pflege genommen werden. Die Mädchen brauchen in der Regel weniger Nahrung und können mehr als die Knaben sich den Pflegeeltern schon nützlich machen. In diesen Umständen kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß manche Pflegeeltern hauptsächlich deshalb ein Waisenkind nehmen, weil sie es zu allerlei Hilfeleistungen gebrauchen wollen.

Der Magistrat weist in seiner Vorlage darauf hin, daß mit den neuen Pflegegeldsätzen die Stadt Berlin sich im großen und ganzen denen anschließt, die für Waisenkinder von den Vororten und von dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg gezahlt werden. Die Erhöhung ist bei manchen Pflegegeldsätzen, die bisher als besonders dürftig bemängelt werden mußten, verhältnismäßig recht beträchtlich. Beispielsweise steigt jetzt das Pflegegeld für 6-14jährige Mädchen, die in der Provinz untergebracht werden, von 7,50 M. auf 10,50 M., für die in der Provinz untergebrachten 2-3jährigen Kinder von 10,50 M. auf 15 M., für die 1-1/2jährigen Kinder überall von 15 M. auf 21 M. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung in der vorigen Woche den beantragten Erhöhungen zugestimmt hat, gelten sie bereits vom 1. Juli ab.

Die stimmsfähigen Bürger Berlins haben im letzten Etatsjahr, vom 1. April 1911 bis zum 31. März 1912, sich ungefähr um ebenso viel wie im vorhergehenden Etatsjahr vermehrt. Während damals 11 899 Stimmsfähige hinzukamen, wird diesmal der Zugang mit 11 512 angegeben. Aus dem letzten Jahre hat das Wahlbureau des Magistrats über die regelmäßige Fortschreibung der Liste stimmsfähiger Bürger wieder den üblichen Bericht erstattet, den der Magistrat jetzt bekannt gibt. Dem Bericht entnehmen wir, daß diesmal durch Erlangung des Stimmsfähigkeitsalters sowie durch Zugang schon Stimmsfähiger nach Berlin zusammen 94 235 Personen hinzukamen und andererseits durch Wegzug oder Tod zusammen 82 723 Stimmsfähige auswichen. Der Zugang und auch der Abgang waren geringer als im vorhergehenden Jahr, wo 97 425 Stimmsfähige hinzugekommen und 85 526 ausgewichen waren. Aus den sonstigen Angaben des Berichts ist noch von Interesse, daß im letzten Jahre dem Wahlbureau 67 178 Meldungen über Unterstützte zugegangen. Im vorigen Jahre hatte es 69 860 solche Meldungen erhalten, hier ist also endlich mal wieder eine kleine Minderung eingetreten. Wie groß bei Schluß des letzten Etatsjahres, am 31. März 1912, die Gesamtzahl der in der Liste stehenden Stimmsfähigen war, ist aus dem Bericht, wie üblich, nicht zu ersehen. Die Liste der stimmsfähigen Bürger dient als Grundlage für die Kommunalwählerliste, die alljährlich in der zweiten Hälfte des Juli öffentlich zur Prüfung und eventuellen Berichtigung

ausgelegt wird. Im vorigen Jahre waren überhaupt 388 125 Personen in die Kommunalwählerliste gelangt, wovon nach dem Geldsachs-Dreiklassenystem unseres Kommunalwahlrechts zur ersten Klasse 832 Wähler, zur zweiten Klasse 32 080 Wähler, zur dritten Klasse 355 215 Wähler gehörten.

„Die Großstadtjugend kennt den Wald gar nicht!“ Also sprach Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Goltz, der Protektor der nationalen Jugendpflege und Begründer des Jungdeutschlandbundes, am Sonntag in Heidelberg auf dem Kongress des Zentralausschusses für Volls- und Jugendspiele. So ganz unrecht hat der Feldmarschall leider nicht. In diesen Verhältnissen wird aber die nationale Jugendpflege wenig oder nichts ändern. Hat sich Freiherr v. d. Goltz schon mal ernstlich überlegt, weshalb wohl die Großstadtjugend den Wald noch nicht so kennt, wie auch wir es aus volstem Herzen wünschen und durch unsere eigene Jugendpflegeaktion erstreben? Die Gründe sind fast sozialer Natur. Sie liegen darin, daß trotz aller gesetzlichen und sonstigen Bestimmungen über den Kinderschutz immer noch viele Tausende von Großstadtkindern gar nicht die rechte Zeit haben, den Wald zu genießen, weil sie gestourten sind, zum Unterhalt der Familie mit ihren schwachen und doch noch nicht entbehrlichen Kräften beizutragen. Oder es fehlt an den paar Groschen, um die Kinder in die Wälder zu schicken. Der Feldmarschall wirft eben die gesamte Großstadtjugend in einen Topf und macht keinen Unterschied zwischen der Proletarierjugend und der Jugend aus bürgerlichen Kreisen. Und hat er wirklich einiges Verständnis für die Not der unteren Klassen, so ist er trotz seiner hohen Stellung gar nicht in der Lage, hier grundlegende Veränderungen herbeizuführen. Soweit Arbeiterkinder noch Zeit haben, sich an Waldausflügen zu beteiligen, stehen ihnen unsere Jugendorganisationen zur Verfügung, die die andere Jugendpflege vollkommen ersetzen. Wir buhlen nicht um die bürgerlichen Kreise, man soll also auch unsere Kreise nicht stören. Bei uns stimmt man im Walde freilich kein theatermäßiges Kriegsgeflüster an, sondern sucht Erholung und Zerstreuung und singt begeistert Volls- und Freiheitslieder, was der „Erlächtigung“ nicht den geringsten Abbruch tut. Recht zeitgemäß ist aber der Hinweis des Feldmarschalls doch. Er bedauert es, daß die Kinder den Wald gar nicht kennen lernen, und muß es mitleiden, wie der Großstadtjugend durch die Geldgier des Fiskus ein Stück Wald nach dem andern vor der Nase fortgenommen wird. Freilich hat Herr v. d. Goltz gegen die Waldschlächtereien, die seinem Jungdeutschlandbund so gar nicht in den Kram paßt, lebhaft protestiert, aber gegen den geldgierigen Fiskus ist wohl auch er ohnmächtig. Bemerkenswert ist ferner, daß nach der Erklärung des Generalfeldmarschalls die finanzielle Existenz des Bundes „auf zehn Jahre hinaus gesichert sein soll. Damit scheint die kürzlich genehmigte Jungdeutschland-Lotterie gemeint zu sein. Des ausbrechenden Hinweises, daß ein gesunder „Patriotismus“ entwickelt werden soll, der sich „umsetzt in Liebe zum Landesherren und in Treue zu Kaiser und Reich“, hätte es nicht erst bedurft. Man weiß auch ohnedies, daß die Jungdeutschlandbewegung weiter nichts ist, als unter der Maske der körperlichen Erleichterung mit militärischem Vorgezieren ein großes politisches Durststücken.

Reutenempfang unter Polizeiaufsicht. Wegen der beschränkten Räumlichkeiten des Postamts 88 in der Danziger Straße werden die in diesem Bezirk fälligen Invaliden- und Unfallrenten am Monatsersten in einem Restaurationssaal von Puhlmanns Theater in der Schönhauser Allee ausgezahlt. Obwohl hierbei alles höchst ruhig und solide zugeht, steht regelmäßig während der Auszahlungsumben vor der Tür ein Schutzmann. Die verkrüppelten Opfer der Arbeit werden doch nicht etwa revolutionieren? Geht es auf dem Postamt ohne Schutzmann, so ist der Besetzte hier bei Puhlmann auch sehr überflüssig.

An der Erfüllung der Schulpflicht gehindert!

In Berlin geht die Sage, daß hier kein Kind auf längere Zeit der Schulpflicht entzogen werden könne. Wir haben einmal einen zu unserer Kenntnis gelangten Fall mitgeteilt, der diesen schönen Glauben bitter zerstreute. Ein schulpflichtiges Kind, das man wegen Epilepsie vom Schulunterricht befreit hatte, war während der Unterrichtszeit in einem fremden Geschäft erwerbstätig. Jetzt erfahren wir einen Fall, der anders liegt, aber uns eigentlich noch wunderlicher dünkt. Diesmal ist es die Schulverwaltung selber, die Anlaß dazu gegeben hat, daß ein noch schulpflichtiges Kind nun schon seit mehreren Monaten seinen Unterricht mehr genießt.

Ein Mädchen, das im August 1899 geboren wurde, also jetzt noch keine 18 Jahre alt ist, besuchte im vergangenen Winter eine Gemeindefschule der Rosenthaler Vorstadt. Wegen das sittliche Verhalten dieser Schülerin scheint das Bedenken sich geregt zu haben, daß sie andere Kinder ungünstig beeinflussen könnte. Uns wird gesagt, das Mädchen habe gegenüber der Großmutter und auch in einer anderen Familie sich Unredlichkeiten zuschulden kommen lassen, die der Schule bekannt wurden. So etwas „passiert in den besten Familien“, aber wenn es bei einem Arbeiterkinde passiert, dann gilt das als ein Zeichen schlimmer Verwahrlosung. Es wird zu den Älteren genommen, und wenn später wieder mal etwas Ungehöriges vorkommt und nun gegen das Kind eingeschritten werden soll, dann spielt auch die frühere Verfehlung noch als „Beweismaterial“ ihre Rolle. Ob gegen das Mädchen, um das es sich hier handelt, noch anderes vorliegt, entzieht sich unserer Kenntnis. Im übrigen ist diese Frage von geringerer Wichtigkeit gegenüber dem, was allein an der ganzen Angelegenheit die Öffentlichkeit interessiert. Die Schulverwaltung muß allerdings wohl geglaubt haben, daß ihr Bedenken gegen das sittliche Verhalten des Mädchens schwerwiegend genug sei. Sie hielt es für nötig, das Kind mitten im Winterhalbjahr aus der Schule zu entfernen. Ende Februar ordnete der Schulinspektor Zodenhagen an, daß die damals erst 12 1/2-jährige Schülerin entlassen werden solle. Vor verjüngelter Klasse sagte ihr der Rektor, sie könne nach Hause gehen und dürfe die Schule nicht mehr betreten. Der Schulleiter führte sie der Großmutter zu, bei der sie als elterliche Waise wohnte, und überbrachte den Bescheid, das Kind sei entlassen.

Als am anderen Tage die Großmutter — vermutlich in einiger Aufregung, die ja begreiflich wäre — zur Schule ging und um Auskunft ersuchte, wies die Klassenlehrerin sie ab: „Gehen Sie, ich habe mit Ihnen nichts zu tun — ich bin nervös!“ Der Rektor erklärte der Großmutter, das Kind verderbe ihm die anderen. Die Angehörigen versichern uns, daß niemand ihnen eine Verleumdung darüber habe zuteil werden lassen, was sie nun mit dem noch schulpflichtigen Mädchen anfangen sollten. Wir können nicht wissen, ob das zutrifft oder ob Mißverständnisse vorliegen. Tatsache ist aber, daß das Kind, das weiter bei der Großmutter blieb, seitdem keiner anderen Schule zugelassen worden ist und bis auf den heutigen Tag keinen anderen Unterricht erhalten hat. Inzwischen soll zweimal durch Angehörige, wie sie selber ausgeben, die Schuldeputation schriftlich gebeten worden sein, diesem Zustand ein Ende zu machen. Sie versichern auf das bestimmteste, daß niemals eine Antwort gekommen sei. Wenn etwa die Schuldeputation aus den Zuschriften nicht klar erlah, um was es sich handelte, so konnte sie durch Nachfrage sich informieren. Schließlich ging die Großmutter selber nach dem Rathaus, um der Schul-

deputation ihre Bitte vorzutragen. Dort wurde in irgendeinem Bureau — sie weiß nicht, ob wirklich bei der Schuldeputation — ihr gesagt, sie müsse doch Bescheid erhalten haben. Sie behauptet, noch bis auf den heutigen Tag habe sie nichts von einem Bescheid gesehen. Das eine sieht fest, daß nicht nur von Ende Februar bis zum Schluß des Winterhalbjahres, sondern dann auch vom Beginn des Sommerhalbjahres bis nun in den Juli hinein das Kind jedes Unterrichts entbehrt hat. Dabei ist es ein Kind, das ohnedies in der Schule wenig Erfolg gehabt hat und Ende Februar mit 12 1/2 Jahren noch in Klasse V saß. Auch das blieb dem aus der Schule ausgeschlossenen Kind verlag, daß es als Ersatz einen Privatunterricht im Hause erhalten hätte, der auf Kosten der Stadt von einem besonderen Lehrer zu erteilen gewesen wäre.

Man versteht nicht, wie so etwas möglich ist! Die Großmutter, die dem Kind die Pflegemutter sein muß, ist jedenfalls ohne Schuld, da sie als einfache Frau sich auf die höhere Einsicht der Schulverwaltung verlassen zu sollen geglaubt hat. Hatte nicht die Schulverwaltung dafür zu sorgen, daß dem Kind, wenn es aus der Schule ausgeschlossen werden mußte und auch nicht in eine andere Schule aufgenommen werden sollte, in Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht irgend ein Ersatzunterricht zuteil wurde? Für Kinder, die man wegen Verdachts der Verwahrlosung nicht in der Schule dulden zu dürfen meinte, ist doch hiermit nicht die Schulpflicht überhaupt aufgehoben! Gerade solche Kinder sollten nicht sich selber überlassen bleiben, sondern um so sorgfältiger vor den Gefahren des Wählganges bewahrt werden. Ob übrigens gegen das Kind ein Verfahren auf Ueberweisung zur Fürsorgeerziehung beabsichtigt wurde und inzwischen etwa eingeleitet worden ist, das ist nicht recht klar. Die Großmutter klagt, vor Jahren habe kein Mensch ihr das früh verwaiste Kind abnehmen wollen. Jetzt aber, wo es ihr bald eine Stütze sein könne, solle es ihr genommen werden. Es scheint allerdings, daß so etwas im Gange ist, — und das Ende vom Liede wird ja wohl wieder das sein. Aber auch dann dürfte selbstverständlich das aus der Schule gewiesene Mädchen nicht ohne Unterricht bleiben, bis es in eine Anstalt gesteckt wird.

Die Vermächtnisse des Geheimen Regierungsrats v. Gronow. Wir berichteten kürzlich von dem sonderbaren Testament des vor zwei Jahren in Köslin verstorbenen Verwaltungsdirektors, Geheimen Regierungsrats J. v. Gronow, der der Stadt Berlin letztwillig 2000 Mark mit der Bestimmung vermacht hat, daß dieses Geld zinsbar anzulegen und die Zinsen so lange zum Kapital zu schlagen seien, bis dieses die Höhe des Betrages der städtischen Schulden erreicht habe. Wie bekannt, hat die Stadt das sonderbare Vermächtnis angenommen. Wie jetzt dazu mitgeteilt wird, hat derselbe Erblasser auch dem Deutschen Reich und der Monarchie Preußen je 10 000 M. unter denselben Bedingungen hinterlassen. Auch hier sollen die Zinsen so lange zum Kapital zu schlagen sein, bis dieses den Betrag der Staatsschulden erreicht habe. In seiner Begründung dieser seltsamen Vermächtnisse führt der Testator u. a. aus, daß die Kapitalien von 10 000 M. zu vier Prozent verzinst, zum Beispiel im Laufe von 500 Jahren auf mehr als dreitausend Milliarden anwachsen würden. Uebrigens hat Herr v. Gronow auch dem ersten Garderegiment z. B. in Potsdam, mehreren Städten und dem ersten Genossenschaft des Johanniterordens ähnliche Summen vermacht.

Gegen das städtische Krematorium an der Gerichts- und Adolfsstraße, dessen Pläne im Polizeipräsidium öffentlich ausgelegt waren, sind von mehreren Seiten Einsprüche erhoben worden, welche der Polizeipräsident als un begründet und zurückgewiesen hat. Die Genehmigung zum Weiterbau des Krematoriums konnte trotzdem noch nicht erteilt werden, weil dem Beschwerdeführer noch das Recht der Verurteilung zusteht, über welche der Minister des Innern zu entscheiden hat. Wie die „Flamme“ mitteilt, sind inzwischen die Vorarbeiten so gefördert worden, daß binnen drei Monaten nach endgültig erteilter Genehmigung das Berliner Krematorium mit zwei Defen betriebsfertig dastehen werde.

Millionenunterschlagungen werden den Bankiers Leopold Weiser und Max Hirsberg zur Last gelegt, welche die Kommanditgesellschaft Weiser u. Ko. in der Mohrenstraße leiteten. Die beiden Bankiers wurden in Haft genommen. Ueber dem verlorenen Kommanditkapital von 650 000 M. sind Passiva in gleicher Höhe vorhanden, denen 2-300 000 M. Aktiva gegenüberstehen, die aber uneinbringlich sein sollen.

Eine Kindesaussetzung beschäftigt die hiesige Kriminalpolizei. Spielende Kinder fanden gestern nachmittag um 4 1/2 Uhr auf der ersten Treppentstufe des Hauses Frankfurter Allee 82 ein kleines, ungefähr 3-4 Wochen altes Mädchen, das jämmerlich schrie. Die Kinder brachten die Kleine zu einer Geschäftsfrau im Hause, die sie an sich nahm und später durch die Revolverpolizei nach dem Waisenhaus bringen ließ. Dieselben Kinder, die das Mädchen fanden, saßen kurze Zeit vorher, wie eine ungefähr 20-28 Jahre alte Frau, die sehr mager war, ein mit Sommerprossen bedecktes, eingefallenes Gesicht hatte, an dem Kinde sich zu schaffen machte. Später fanden sie dann das Kind allein daliegen. Die Kleine ist bekleidet mit einem weichen Wolltuch, einem weichen gestricelten Jäckchen mit roten Bändern, einer weichen Mütze mit ebenfalls roten Bändern und einem schwarzgrauen Umhang. Die sehr dürftig aussehende Frau hat allem Anschein nach aus Not das Kind ausgesetzt. Bisher gelang es noch nicht, sie zu ermitteln.

Ein Müttermörder wurde, wie wir gestern schon kurz unter „Letzte Nachrichten“ mitteilten, Montagabend von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen. In der Nacht zum 1. d. M. erschlug der 18 Jahre alte Malergehilfe Josef Dewald seine in Weich bei Schwiebus wohnende 66 Jahre alte Mutter, raubte 1900 M. und schlachtete zuerst nach Schwiebus und von dort nach Berlin, wo er bei dem Schwager seiner Braut in der Landsberger Allee Unterschlupf fand. Hier wurde er von der benachrichtigten Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen. Zuerst wurde er nach dem 51. Polizeirevier und dann später nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier ist der jugendliche Mörder geständig. Mit unglaublicher Kaltblütigkeit, keinerlei Spuren von Reue zeigend, erzählte er hier die 20. v. Mts. in Schwiebus, wo er das Malerhandwerk erlernte, seine Lehrzeit beendet. Er fuhr jetzt nach Weich wo seine Mutter mit einem älteren Bruder ein Fleischergeschäft betrieb. Nach seiner Angabe hat er von der Mutter Geld verlangt, um es einem Freunde zu leihen. Weil diese ihm den verlangten Betrag nicht geben wollte, habe er beschlossen, sie zu ermorden und dann zu berauben. Er wartete die Zeit ab, bis sein Bruder sich aus der Wohnung entfernt hatte, und schlug nun mit einem Fleischerbeil in bestialischer Weise auf die Frau ein, so daß nicht nur das ganze Bett, sondern auch das Zimmer ganz mit Blut bespritzt war. Ein kleiner Kesse des Mörders schlief während der Tat im Nebenzimmer. Als der Mörder sein verbrecherisches Werk vollendet hatte, stahl er aus einer Kommode 1900 M. und machte sich damit auf den Weg nach Schwiebus. Hier traf er mit seiner Braut zusammen, die er während seiner Lehrzeit kennen gelernt hatte, und die auch ein Kind von ihm besitzt. Er schloß sich jedoch hier nicht sicher genug und fuhr mit dem ersten Frühzug nach Berlin. Zuerst schlief er sich hier vollständig neu ein, kaufte sich auch einige Schmuckstücke und suchte dann den Schwager seiner Braut auf. Hier wurde er dann im Laufe des Abends festgenommen. In seinem Besitze fanden sich noch 1706 M., den Rest hatte er für die Neuanfassungen

und Schmutzfäden ausgegeben. Nach seiner heutigen Vernehmung auf dem Polizeipräsidium wurde der Mörder dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Das gestrige Wetter. Während des gestrigen Witters hatten die Feuerwehren von Groß-Berlin viel Arbeit zu verrichten. Die Berliner Feuerwehr allein wurde 21mal durch öffentlichen Feuermelder alarmiert, und daneben liefen noch weit über hundert telefonische Meldungen von Lieberschwemmungen ein. Die telephonischen Meldungen wurden größtenteils unberücksichtigt gelassen, denn die Feuerwehr leistet nur dort Hilfe, wo wirkliche Gefahr vorliegt. Die Alarme durch Feuermelder erfolgten nach Ludenerstraße 28, Ufedomstr. 9, Stargarder Str. 17, Schönhauser Allee 128, Reddenstr. 18, Reinickendorfer Str. 36, Danziger Str. 61, Velforster Straße 19, Wörther Str. 12, Wilsdr. 68, Wilsnader Str. 57, Friedrichstr. 107, Schönhauser Allee 181, Choriner Str. 88, Vornholmer Str. 48, Reinickendorfer Str. 67, Müngstr. 14, nach dem Wahnst. Weihensee und nach dem Kronaplatz 4. Fast überall waren Keller überschwemmt. In einzelnen Orten stand das Wasser über einen Meter hoch. Am tollsten sah es in der Schönhauser Allee aus. Dort bildete sich bald ein tiefer Fluß, so daß die Straßenbahn den Betrieb einstellen mußte. Die Wagen der Linien 83, 47, 48, 49, 51, 54, 57 mußten über zwei Stunden still liegen bleiben. Die Pferde der Fuhrwerke warteten bis zu den Anien im Wasser. In der Straßburger Str. 53 war eine Wohnung durch Regenwasser überschwemmt. An der Ecke der Friedrich- und Karlstraße war kurzschluß in einem Straßenbahnmast entstanden. Nach der Gerichtstraße wurde die Wehr gerufen, weil dort ein Mann in die Banke gestürzt war. Die Charlottenburger Feuerwehr wurde nach der Untergrundbahn am Kurfürstendamm Ecke Joachimshaler Straße gerufen, wo der Blitz eingeschlagen hatte und infolgedessen kurzschluß entstanden war. Die Stigkammer hatte einen Teil der Spitzerschaltung in Brand gesetzt. Die Gefahr wurde mit dem kleinen Löschergerät beseitigt. In der Hansstr. 109 mußte ein überschwerer Keller ausgepumpt werden. Die Schöneberger Feuerwehr wurde nur ein einziges Mal alarmiert, und zwar nach der Warburgstr. 8, wo vom Dach des Hauses eine Kuppel infolge des Sturmes abgestürzt war. Personen sind hierbei nicht verunglückt.

Ein schwerer Banunfall, bei dem ein Arbeiter seinen Tod fand, ein zweiter lebensgefährlich und mehrere andere leichter verletzt wurden, ereignete sich gestern früh auf der Baustelle der Untergrundbahn am Alexanderplatz. Kurz vor dem Schichtwechsel, gegen 5 1/2 Uhr, löste sich plötzlich auf noch nicht aufgeklärte Weise ein schwerer Eisenträger und begrub zwei Arbeiter unter sich. Einer von ihnen, ein 21 Jahre alter unterbehrter Arbeiter Kofers, erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Krankenhause am Friedrichshain, wohin er sofort gebracht wurde, gleich nach der Aufnahme verschied. Ihm war der Brustkasten völlig eingedrückt. Der ebenfalls 21 Jahre alte lebige Arbeiter Rudolf Kropat aus der Pagenauer Straße erlitt einen Bruch des linken Oberschenkels und bedenkliche Brustverletzungen. Der Verletzte wurde zuerst auf der Hiltzstraße in der Reibellstraße verbunden und dann auch nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Die anderen Arbeiter konnten noch rechtzeitig befreit springen und kamen so nur mit geringfügigen Hautabwühlungen davon. Sie konnten, als sie um 8 Uhr abgelöst wurden, ihre Wohnungen aufsuchen. Wie das Unglück geschehen konnte, bedarf noch der Aufklärung.

Ein Baugerüst gestürzt und schwer verunglückt ist gestern nachmittag gegen 6 Uhr ein 28 Jahre alter Arbeiter Gustav Hellwig. Der Mann war auf dem Neubau der Tierärztlichen Hochschule in der Luisenstraße beschäftigt. Infolge eines Versehens trat er fehl und fiel von einer Höhe von 6 Meter herab. Hellwig fiel dabei so unglücklich, daß er sich einen Oberschenkelbruch und einen Bruch des rechten Armes zuzog. Er wurde sofort nach der gegenüberliegenden Charité gebracht.

Auf einer Brauereibank vergiftet hat sich in der Großen Frankfurter Straße gestern früh der 31 Jahre alte Kellner Hermann Bloß, der bei seiner Mutter, einer Beamtenwitwe in der Großen Frankfurter Straße 127 wohnte.

Nahrungsvorgaben haben die 18 Jahre alte, aus Rauchstadt gebürtige Arbeiterin Hedwig Martins, die zuletzt in der Dragonerstraße 44 wohnte, in den Tod getrieben. Das Mädchen hatte seit einiger Zeit keine Arbeit und konnte daher auch die Miete nicht bezahlen. Vor dem Hause Burgstr. 21 sprang das Mädchen in die Spree. Rettungsbemühungen blieben ohne Erfolg. Bis jetzt gelang es noch nicht, die Leiche der Ertrunkenen zu finden.

Einen schweren Verlust hat eine Angestellte erlitten, der am Sonntag, den 30. Juni, abends 10 1/2 Uhr, auf der Städtischen Straßenbahn Warthauer Straße—Danziger Straße, Ecke Schönhauser Allee ihr Gemäch in einem Kuvert eingeschlossenes Monatsgehalt von 120 M. abhandeln kam. Es ist der einzige Verlust der Angestellten und wird der eventuelle Finder um Abgabe an H. Holzflüter, Gollandsstr. 7, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Woffener. Gestern abend kurz nach 6 Uhr kam hier ein neues Großfeuer zum Ausbruch. Es brannte diesmal der Dachstuhl des Hauses Reinekestr. 18 — Liebenburgerstraße in erheblicher Ausdehnung. Die Feuerwehr rückte mit den Löschwagen aus der Ost- und Südstraße an und außerdem erschien ein Löschzug der Wilmersdorfer Feuerwehr auf der Brandstelle. Der Löschangriff erfolgte mit sechs Schlauchleitungen, und von allen Seiten brangen Mannschaften gegen den Brandherd vor. Nach kurzer Zeit führte der tüchtige Aufbau des Daches in sich zusammen, doch konnten sich die Feuerwehrlente noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Der Dachstuhl wurde größtenteils ein Raub der Flammen. Erst nach einständiger Löschfähigkeit war die Gefahr beseitigt. Die Hausbewohner vermuten Brandstiftung.

Steglitz-Friedenau.

Die Gewerkschafts-Unterkommission nahm in ihrer letzten Sitzung den Bericht des Ausschusses entgegen. Die Tätigkeit der Unterkommission erstreckte sich, wie der Vorsitzende Genosse Hogen hervorhob, in der Hauptsache auf die Vorbereitung der Wahlen zu den sozialpolitischen Institutionen. Die Beteiligung an den Wahlen sei für beide Orte trotz eifrigster Propaganda (mit Ausnahme der Friedenauer Gewerkschaftswahl) eine sehr geringe gewesen. Zur Verschärfung der weissen Krankenkassen finden in den nächsten Tagen Verhandlungen mit den Unterkommissionen der umliegenden Vororte statt. Bei den Neuwahlen zum Ausschuss wurde als Vorsitzender Genosse Paul Seeliger, als Kassierer Genr. Böhm und als Schriftführer Genosse Scharber gewählt. Die Adresse des Genossen Seeliger ist Steglitz, Wilsenstr. 6 IV.

Groß-Friedrichsfelde.

Die letzte Gemeindevertretersitzung vor den Sommerferien hatte sich nur mit wenigen Beratungsgegenständen von größerem Interesse für die Öffentlichkeit zu befassen. Genehmigt wurde der Erlaß einer Verordnung der Bau Polizei, wonach für das an der Fietenstraße, nahe der Dahlemer Grenze gelegene Gelände der Gruppenhausbau zugelassen wird.

Für die Erweiterung der Gemeindefschule III (Kantantenstraße) wird der erforderliche Betrag von 79 000 M. bewilligt. Auf die Anfrage des Gemeindevertreters Horn, ob auch ein Aufenthaltssaal für die Kinder während der Pausen vorgesehen sei, damit sie in der kalten Jahreszeit sich nicht im Freien aufhalten brauchen, erfolgte vom Gemeindevorstand eine nicht weniger als klare Antwort, aus der mir mit Bestimmtheit zu entnehmen war, daß ein Arztzimmer vorhanden sei. Ein Aufenthaltssaal für die Kinder erscheint mindestens ebenso notwendig.

Für den Umbau des Schiller-Gymnasiums wurden 12700 M. gefordert und für den Bau einer neuen Kirche an der Friedrichstraße bis zu 200 000 M.; beide Beträge wurden ohne Debatte bewilligt. — Außerhalb der Tagesordnung kamen noch zwei dringliche Anträge des Gemeindevertreters Geldermann zur Beratung. Der eine verlangt die Bewilligung von Gemeindegeldern zur Veranstaltung von Probenanden-Konzerten in den Parkanlagen am Teufelskanal. Der Antragsteller machte sich die Begründung seines Antrages sehr leicht.

Jedem wach künstlerisches Interesse machte er nicht geltend. Diese Promenadenkonzerte sollten lediglich stattfinden, um den Jüngern von wohlhabenden Steuerzahlern zu fördern; sie sollen also mit Pianen und Trompeten eingesungen werden. Die Kosten dieses musikalischen Fingervorganges werden auf 700 M. veranschlagt. Die Gemeindevertretung verwies die Angelegenheit an eine Kommission, die gleichzeitig über die Frage der Erbauung eines Musikpavillons beraten soll. — Vielleicht befaßt sich die Kommission auch mit dem Bau eines neuen Armenhauses an Stelle des jetzigen, das allen hygienischen Anforderungen Lohn spricht und geradezu eine Schande für den vornehmen Willenort ist.

Der zweite Antrag betraf die Stellungnahme der Gemeindevertretung zu dem neuen Erlaß des Regierungspräsidenten, der fast ausnahmslos die Anlegung und ordnungsmäßige Unterhaltung von Vorgärten fordert. Dadurch sollen die Hausbesitzer in den Geschäftstraßen in ihren Interessen geschädigt und verlangen Änderung des Erlasses. Es wurde beschlossen, vorerst die Angelegenheit in einer gemeinsamen Sitzung des Gemeindevorstandes mit dem Amtsvorsteher zu beraten.

Friedrichsfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die „Vorbeeren“, die man in anderen Gemeinden auf dem Gebiete der Jugendpflege angegliedert gesammelt hat, haben wohl manchem strebsamen Mitgliede der Gemeindeverwaltung und einigen patriotisch angehauchten Einwohnern unseres Ortes die Ruhe geraubt, bis sie es nun doch erreicht haben, daß auch hier ein Ortsausschuß für Jugendpflege gebildet wurde. In großzügigen Ausführungen legte Genosse Finsler dar, wie eine Jugendpflege gestaltet sein müsse, wenn sie unsere rücksichtslose Unterstützung finden solle. Nicht erst nach erfolgter Schulentlassung dürfe unsere Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht beginnen, sondern müsse bereits beim Säugling ansetzen. Säuglingsheime, Kindergärten, Ferienkolonien seien ein zwingendes Erfordernis unserer Zeit. Aldam zerpflückt er all die schönen Redensarten über das, was auf diesem Gebiete angeblich bereits geleistet sei. Jugendpflege in unserem Sinne wolle man eben nicht, sonst wäre das Verhalten der Gemeindeverwaltung unerklärlich, die nicht allein dem Arbeiterturnverein die Benutzung der Schulturnhallen verweigere und ihm auch sonst durch allerlei Schikanen die Existenz erschwere, sondern auch der Arbeiterjugend die Veranstaltung eines Goethe-Abends und anderer künstlerischer Abende durch vollzeitliche Eingriffe vereitere. Aus diesem Verhalten gehe klipp und klar hervor, daß es sich im vorliegenden Falle gar nicht um Jugendpflege, sondern vielmehr um die Bekämpfung der proletarischen Jugendbewegung handle; d. h. es sollen aus den Steuererlösen der vorwiegend proletarischen Gesamtheit unseres Ortes Mittel für die politischen Bestrebungen einer kleinen Clique aufbewahrt werden. Dies aber können wir ganz entschieden ablehnen. — Die Vorlage gelangte trotzdem mit großer Mehrheit zur Annahme.

Für den schon längst als notwendig erkannten Erweiterungsbau der ersten Volksschule wurden 100 000 M. gefordert und bewilligt. Es sollen zunächst 18 Klassen, 1 Zeichenlokal und eine Turnhalle und durch späteren Ausbau eines dritten Obergeschosses weitere sechs Klassen geschaffen werden. Das Kellergehoß wird ein Brausebad erhalten. Wie ein grausamer Jahn aber mutete es an, daß in der nächsten Vorlage nicht weniger als 1 102 000 M. verlangt und auch bewilligt wurden — allerdings zum Bau einer höheren Schule. Greßer kann der Klassenunterchied wohl kaum beleuchtet werden.

Unsere Genossen hatten feinerzeit beantragt, daß auch Frauen auf dem Gebiete der gemeindlichen Armen- und Waisenspflege hinzugezogen werden möchten. Dem Antrage hat man jetzt zwar stattgegeben und für den Ortsteil Friedrichsfelde zwei Frauen und für den Ortsteil Karlsdorf eine Frau zugelassen; aber anstatt unserer Vorschläge zu berücksichtigen und Frauen aus dem Kreise der Winderbeimittelten zu wählen, hat man dies unter nichtigen Vorwänden abgelehnt. Unserer Armenverwaltung scheint dabei zu grauen, daß einmal von besorgter Seite das Elend in voller Größe aufgedeckt wird.

Nachdem die Prinzen-Allee — mit Ausnahme der Grundstücke einiger besonders hartnäckiger Anlieger — verdeckelt und auch die Friedrichstraße durch das Burckhardtschen und Aufrichtschen neuer Räume ein vorzeigbares Aussehen erhalten hat, wird nun auch die Kurze Straße eine dem Gesamtbild angepaßte Breite bekommen. Besonders beachtenswert ist dabei, daß sich die katholische Kirchengemeinde allein weigert, das erforderliche Straßenland abzutreten.

Einige die Allgemeinheit sehr stark interessierende Punkte wurden leider in geheimer Sitzung verhandelt, so die Gasfrage, der Vergleichsvorschlag mit der Firma Bruch und schließlich auch wieder ein paar Gesuche um Weihen an Beamte. Die häufige Wiederkehr derartiger Gesuche erregt wohl allgemein Bekremden, denn sie stellen — neben die wiederholten Gesuchsaufstellungen gehalten — in der Tat eine recht eigenartige Erscheinung dar. Die Öffentlichkeit wird sich damit noch eingehender zu beschäftigen haben.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung gab ihre Zustimmung zu dem mit dem Kommerzienrat v. Friedländer-Fuld in Berlin abgeschlossenen Jagdpachtvertrag. Die Pachtsumme beträgt 5500 M. gegen 7000 M. im Vorjahre. Der Errichtung einer neuen Lehrerschule an der Volksschule wurde ohne Debatte zugestimmt, ebenso gelangten die Entwürfe zu Verträgen für Kanalisationsprojekte zu den Pressen von

3700 und 4700 M. zur Annahme. — In geheimer Sitzung wurden für das Lehrpersonal an der höheren Schule Gehaltszulagen in Höhe von 50, 100 und 200 M. bewilligt.

Leser- und Diskussionsklub „Südk“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Göllicher Str. 58: Sitzung. Vortrag. Gäste willkommen.

Leser- und Diskussionsklub „Paul Singer“. Sitzung jeden 1. und 3. Freitag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Karl F.-F. Samariterstraße 17. Nächste Sitzung: Freitag, den 5. Juli. Vortrag. Gäste willkommen.

Leser- und Diskussionsklub „Baumschulenweg“. Heute Mittwoch, den 3. Juni, abends 9 Uhr, im Lokal von Erde, Baumschulenstr. 14: Vortrag. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 2. Juli 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C
Stolmenbe.	758	SW	halb dd.	17	Saparanda	763	NO	6	19
Damburg	758	SW	2	14	Petersburg	763	NO	1	13
Berlin	758	SW	1	14	Sibiry	763	NO	5	13
Frankf. a. M.	759	SW	3	14	Usterden	761	NO	6	11
München	760	SW	2	13	Paris	760	SW	2	15
Wien	759	SW	2	16					

Wetterprognose für Mittwoch, den 3. Juli 1912. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich mit einzelnen Regenschauern und meist schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Weichhorst. 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Kädnerstr. 9. Fernspr.: Amt Rortplatz, 4787. Fernspr.: Amt Norden, 6709.

Donnerstag, 4. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 16:

Sektions-Versammlung der Lackierer.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Gustav Link: Klaffengebilde in der heutigen Gesellschaft.
 2. Diskussion.
 3. Der Abschluß der Tarifbewegung in den Wagenlackierereien der Innungs- und Kleinmeister.
 4. Verbandsangelegenheiten.

Freitag, den 5. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Kombinierte Versammlung

aller in der Rükhenmöbelbranche beschäftigten Maler, Anstreicher, Tischler, Maschinenarbeiter usw.

- Tagesordnung:
1. Die Krankenkassen in der Reichsversicherungsordnung. Ref.: Arbeitersekretär Genosse W. Ritter.
 2. Branchenangelegenheiten.
- Bahreiche Beteiligung erwartet

Die Branchenleitungen.

Möbelfabrik „Stern“
Eingehagene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Nachtrag zur Bilanz per 31. Dezember 1911. Das Geschäftsergebn und ebenso die Postsumme haben sich um 80 M. verringert.
Der Vorstand: 23309 Kräger. Kordeck.

Heideschloß Hohenbinde
„Zum Gutenberg“.
Stadtbahnstation Ormer. Fernruf 293. (Südlich an Wald und Spree gelegen. 2500 Sommerwohnungen u. Zimmer. Für Besuche in der schönsten Ausflugsort. Prachtvolle und Halle. Regelmäßige Bahnen z. U. Schmann.

Achtung! Kohlengeschäft wegen anderen Unternehmens billiger zu verkaufen. In erst. Ober-Schöne-Weide, Rathbudenstr. 9, bei Rehner.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, sauber, zuweilen von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Südb. Dir.)

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prunzenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-4

Zigarren-W. Herbst
Fabriken gegr. 1882. Tel.: Moritzplatz 3873. BERLIN SW., Ritterstr. 83. Erstklassige Ware. Zigarrenhändler bestens empfohlen. Tarifarbeit.

Für Tausende

Ist der in 25 Jahren bewährte **Dr. Michaelis' Eichel-Kakao** mit Zucker u. präpariertem Mehl

ein ständiger Reisebegleiter geworden. Es gibt kein besseres Mittel, um die gerade auf der Reise, infolge ungewohnter Lebensweise häufig auftretenden Darmstörungen zu lindern und zu bessern. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Man weise Nachahmungen zurück. Wohlschmeckend! Zuverlässig!

Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft m. b. H., Nordhausen, empfehen ihre vorzüglichen Kautabake, netto frei. Haupt-Niederlage **Udo Stangenberg, Berlin SO., Kopenicker Straße 20a.** Telefon: Amt Rortplatz 9460.

Ravon-Geife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft.

Stück 20 Pf.

